

Erscheint täglich außer Montags. Preis pr. Nummer 2 Pf. Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 2 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochens. Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. Honorar. Eingetrag. in der Post-Bezirks-Verwaltung für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit für den Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Insetze für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Ant I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 19. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Polizei gegen die Arbeitslosen!

Endlich eine That! Nachdem das Reich und die Regierungen der Einzelstaaten durch ihre berufensten Vertreter sich dem herrschenden Nothstand gegenüber für inkompetent erklärt hatten, haben die Stützen des Klassenstaats sich endlich zu einer rettenden That aufgerafft: Zwei Tausend der Arbeitslosen Berlins, die von ihrem gesetzlichen Recht, sich zu versammeln, Gebrauch machten, sind heute Morgen, als sie den Saal, in welchem die leider verhinderte Versammlung stattfinden sollte, — in musterhafter Ruhe und Ordnung verlassen, von einer starken Polizeimacht überfallen worden, so daß es der eisernen Disziplin unserer Berliner Arbeiter bedurfte, um eine Straßenschlacht zu verhindern. Wir haben uns nach den verschiedensten Richtungen hin auf das Geheueste erkundigt, wir haben nicht bloß Männer unserer Partei, sondern auch Männer aus bürgerlichen und sogenannten „höheren“ Kreisen, darunter selbst ausgesprochene Gegner, befragt, und alle stimmen darin überein, daß die Versammlung (in der das „anarchistische“ Element beiläufig eine verschwundene Minderheit bildete) sich „geradezu unheimlich still“ verhalten hat, wie ein hochgestellter, unserer Partei nicht angehöriger Mann, welcher der Versammlung beiwohnte, sich uns gegenüber ausdrückte. Diese „geradezu unheimliche Stille“ (eine natürliche Folge der dumpfen Verzweiflung!) wurde, wie derselbe Gewährsmann uns erzählt, auch dann nicht unterbrochen, als man erfuhr, daß die Versammlung nicht stattfinden könne; und diese Ruhe dauerte fort während und nach der Räumung des Saales.

Wenn eine Sitzung des Reichstages zu Ende ist, gehen Ihre Herren Kollegen nicht so ruhig nach Hause, wie diese Arbeitslosen“, sagte der nämliche Gewährsmann, dessen Empörung über das Vorgehen der Polizei keine Grenzen kennt. Und dies gilt von allen, die Zuschauer dieser unerhörten Szenen gewesen sind. Auch in den Berichten der uns feindlichsten Blätter findet sich ein mehr oder weniger direkter und kräftiger Tadel der Polizei.

Daß die Arbeiter — oder Arbeitslosen — die Polizei nicht provozieren — das steht fest, das wird von der Presse aller Parteien zugestanden. Warum aber, aus welchem Grund und in welcher Absicht hat die Polizei friedliche Männer, die auf dem Boden des Gesetzes sich bewegten, in dieser Weise angegriffen, so daß, wenn die Angegriffenen nicht ein wahrhaft riesiges Maß von Geduld und Selbstbeherrschung hatten, gewaltsamer Widerstand und damit ein blutiger Zusammenstoß unvermeidlich war?

Welche Befehle hatte die Polizei?
Sollte die Polizei provozieren?

Wollte sie provozieren?

Wir wissen, daß unter dem Sozialistengesetz von Seiten der reaktionären Parteien Alles angeboten ward, um die Arbeiter und die Sozialdemokratie zu Putsch und vor die Flinten und Kanonen der gerüsteten Gesellschaftsstützen zu treiben. Wir wissen, daß Fürst Bismarck noch in den letzten Tagen seiner Hausmeiererschaft diesen Plan hatte, um sich wieder in den Sattel zu schwingen.

„Der Kurs bleibt der alte“, ist uns nach Bismarck's Sturz gesagt worden. Ist auch in dieser Beziehung der Kurs der alte geblieben? Oder wird wenigstens von Personen in der Regierung, oder in einflussreichen Stellungen die Bismarck'sche Provocationspolitik noch gepflegt? Das verlangen wir zu wissen.

Die Sozialdemokratie läßt sich in keine Falle locken, und sie hat die deutsche Arbeiterschaft zu gut erzogen, als daß diese sich je dazu hergäbe, dem Junkertum und der kapitalistischen Gesellschaft durch eine absichtslose Straßenschlacht aus der Patsche zu helfen. Aber wir wollen und müssen die Urheber der heutigen Polizeigroßtat kennen, und wir fordern von der Regierung, daß sie die Schuldigen ermittelte und unnachsichtlich zur Strafe zieht.

Schon zu früher Stunde sah man Schutzleute zu Fuß und zu Pferde truppweise nach einer dem Königsschloß entgegengekehrten Richtung die Straße ziehen. Weiter dem Osten zu waren dem Auge kleine Gruppen von Arbeitern bemerkbar, die schweigend ihres Weges gingen, ebenfalls der Richtung nach dem Königsthor zu. Was war los? Auf der Pferdebahn hörten wir zwei Lieutenants von der Garde im eifrigen Gespräch: „Heute wird es wohl was geben, Militär und Schutzmannschaft ist konsigniert!“ „Ja, wo denn, das Wetter ist nicht besonders ausgelegt!“ meinte die andere phlegmatischere Natur. In der Brauerei Friedrichshain sollte eine Versammlung der Arbeitslosen stattfinden. Die Massen mehrten sich in der Nähe des Lokals und füllten dasselbe bald derartig, daß schon ziemlich Zeit vor dem zu 10 Uhr angefügten Beginn der Versammlung der geräumige Saal abgesperrt wurde. Unter den Arbeitslosen, die den großen Raum eng füllten, verbreitete sich bald das Gerücht, daß der Einberufer der Versammlung plötzlich verhaftet worden sei, und daß, da der Verhaftete die Anmelde- Bescheinigung noch in der Tasche trage, die Versammlung vielleicht garnicht stattfinden könne. Dies Gerücht erhielt seine volle Bestätigung, als um 10 Uhr ein Herr Piffin das Podium bestieg und an die Versammelten, unter kurzer Darlegung der peinlichen Sachlage, die Aufforderung richtete, in aller Ruhe den Saal zu verlassen und durch keinerlei Provokationen sich zu

Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen. Diese Aufforderung wurde von den Versammelten buchstäblich befolgt. In geradezu musterhafter Ruhe verließen die Massen der Arbeitslosen, bei denen auf jedem Gesicht Hunger und Sorge ihre Züge tief eingegraben hatten, die Brauerei, und gingen, ohne zu singen oder sich laut zu unterhalten dem Ausgang zu, um sich auf der Straße zu zerstreuen. Daß dies nicht sehr schnell ging, da die noch draußen stehenden Gruppen erst von dem Stand der Dinge unterrichtet wurden, konnte uns zwar nicht weiter verwundern wohl aber mochte der aus für uns anfangs nicht ersichtlichen Gründen zahlreich aufgetretenen Schutzmannschaft die Säuberung nicht schnell genug vor sich gegangen sein. Denn plötzlich sah man einige Verirrte in die sich fortbewegenden Gruppen der völlig wehrlosen Versammlungsbefucher hineinfahren und in einem Nu hatte sich die ganze Szene in einer Weise verwandelt, die jeden, der noch keinen Begriff vom Polizeistaat Preußens bekommen hatte, in namenlose Aufregung versetzen mußte. Von allen Seiten her sah man Schutzleute zu Fuß und zu Pferde auf die Wehrlosen mit blanker Waffe einhauen und neben den Schutzleuten schwebten die berühmten Achtgroßen-Buben ihren wohlverprobten Gemütschlauch. Es gab kein Halten und keine Rast, jeder, der nicht mit Windeseile sich in Sicherheit bringen und in Löden oder Hausflure hineinflüchten konnte, erhielt einen Hagel von Hieben auf Kopf, Arme und Rücken. Der Eifer der Beamten kannte weder Maß noch Ziel; bis in die abgelegensten Straßen und in die Hausgänge hinein wurden die Wehrlosen verfolgt und wehe dem Ununterrichteten, der harmlos stehen bliebe und nach dem Grunde des ungeheuerlichen Verfolgungseifers fragte. Zahlreiche Mitteilungen, die bei der Redaktion eingingen, geben Zeugnis von der namenlosen Wuth und Aufregung, die sich ob dieser Polizei-Aktion auch der Ruhigsten bemächtigt hatte, und als ein wahres Wunder muß es betrachtet werden, daß es bei der Affäre nicht zu gewaltthätigen Austritten folgenschwerer Art gekommen ist. Beim Niederschreiben dieser Zeilen drängt sich immer und immer wieder Staunen und Bewunderung in uns auf, daß die Männer, die von der Gesellschaft durch Arbeitslosigkeit und Hunger einer nur zu erklärlichen dumpfgrollenden Verzweiflung überantwortet sind, sich auch einer empörenden Provokation gegenüber die heutige Nacht- und Sachlage vor Augen gehalten haben und ruhig und besonnen geblieben sind.

Die sozialdemokratische Schulung hat sich selbst angesichts dieser schweren und plötzlichen Probe bewährt und die Arbeiterschaft hat, flammenden Auges und mit bewissenem Grimm allerdings, gezeigt, daß sie sich nicht provozieren läßt.

Wir erhalten von einem Berichterstatter noch folgende Mittheilung über den Vorgang dieses Morgens:

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Alle Rechte vorbehalten.

Helene.

120

Roman in zwei Bänden von Nina Kautsky.

Lene ergriß ihre Hand in warmer Theilnahme.

„Das muß für Dich wohl recht ängstlich sein?“

„Bewahre!“ Lufens blaue Augen blühten in einem ganz jugendlichen Feuer. „So was macht nicht ängstlich, aber rebellisch.“

Sie lachte. „Uebrigens finden sie bei uns gar nichts — nicht so viel — der Konrad sagt, ein Revolutionär muß alles im Kopf und nichts am Papier haben — aber diese Russen — ach, ich wollte, der Lawrow hätte seine Sachen, und unwillkürlich blickte sie nach dem anstoßenden Gemache, dessen Thür verschlossen war.“

In dem Augenblicke vernahm man Geräusch an der äußeren Thür.

Lene erblickte.

Die Ebner erhob sich und sagte lächelnd:

„Das ist der Lazar. Er will herein und kann nicht, weil ich den Niegel vorgeschoben habe.“

Nach ging sie in die Küche und öffnete.

Auch Helene war aufgestanden. Sie lautete hinaus und hörte eine tiefe männliche Stimme fragen, ob Konrad zu Hause sei.

„Noch nicht, aber er muß gleich kommen.“

„Sonst etwas vorgefallen?“

„Nichts, doch, Frau Hartmann ist hier, Röders Tochter.“

Gleich darauf trat Lazar Alexandrowitsch Poduboff in die Stube. Er begrüßte Helene in weltmännischer Weise, sich selbst als Dr. Tempelky vorstellend, als ein Bekannter ihres Vaters.

Sie nickte lächelnd und ein wenig verwirrt.

Seine elegante Haltung und eigenartige Schönheit überraschten sie. So hatte sie sich ihn nicht vorgestellt.

Sie tauschten, Röder betreffend, Fragen und Antworten, aber so liebenswürdig er sich auch zu geben suchte, sie merkte wohl, seine Gedanken waren anderswo und sein Lächeln war zerstreut wie seine Augen.

„Er mag wohl an seine Frau denken,“ dachte sie und das machte ihn ihr noch sympathischer.

Da zog er plötzlich die Brauen in die Höhe, die Spannung eines Hordenden kam in sein Gesicht, dann sagte er aufatmend:

„Es ist Konrad.“

Gleich darauf hörte man den Schlüssel ins Schloß stecken und Konrad trat ein.

Dieser that einen Schritt zurück, als er Helene bemerkte.

Wie verändert erschien sie in Haltung und Kleidung, wie elegant. Sie hatte sich vollständig zur Dame umgewandelt. Die Ueberraschung war so plötzlich und er konnte es nicht hindern, daß eine dunkle Flamme in seine Wangen stieg und sein Herz stärker zu klopfen anfing. Helene aber kam mit einem lauten Ausruf der Freude auf ihn zu.

Sie hatte an diesem Tage mächtige Anregungen erhalten; Theilnahme und Interesse waren ihr für Dinge entstanden, um die sie sich bisher nie gekümmert hatte, auch Konrad war ihr in einem neuen Lichte erschienen und es war der Ausdruck einer naiven Reugier, mit dem sie zu ihm emporsah, als müsse sie ihn darauf erst näher ansehen.

Auch er hatte sie näher angesehen, und als er die frühen Anzeichen der Mutterchaft in dem so veränderten Gesicht zu erkennen glaubte, überkam ihn Mitleid mit ihrer Jugend.

Und wie sie ihm herzlich beide Hände entgegenstreckte, drückte er sie vielleicht allzu heftig in den seinen.

Sie war roth geworden und entzog sie ihm rasch. Und nun waren sie Beide links und verlegen und die Worte, die sie zu einander sprachen, klangen fremd und zurückhaltend.

Die Mutter suchte mit einem Scherz das Gleichgewicht wieder herzustellen, aber es wollte ihr nicht gelingen.

Lazar war in seine Stube getreten und kam nun wieder heraus.

Auf sein bezeichnendes Räuspern wandte sich Konrad nach ihm um, und seine Augen befragten ihn.

Lazar nickte bejahend.

„Wirklich?“ rief Konrad, „und wann?“

„Heute,“ stieß der Andere hervor, in dem kurzen Wort seine Aufregung und Ungeduld verrathend.

Helene griff nach dem Hute. Sie hatte die Empfindung, als hätte sie Unrecht gethan, so lange zu bleiben und sie empfahl sich rasch.

Deller Abendsonnenschein begrüßte sie, als sie die Straße betrat.

Das Gewölk hatte sich völlig zertheilt, der Regen war strichweise niedergegangen und hatte die Luft merklich abgekühlt.

Rasch ging sie dahin, in Sinnen verloren.

Gedanken drängten sich in ihrem Kopfe und gingen nach den verschiedensten Richtungen.

Am Bahnhofs blieb sie stehen und überlegte, was sie nun thun sollte.

Langsam und zögernd wandte sie sich der Luisenstraße zu, in der Erich wohnte.

Sie kannte das Haus, wenn sie auch niemals darin gewesen war.

Der Friedrichshain war gestern (d. 18. d. M.) um die Mittagszeit der Schauplatz standalber Vorgänge. Im großen Saale der „Braueri Friedrichshain“ sollte eine Versammlung der Arbeitslosen stattfinden. Bald nach 9 Uhr machte sich in den benachbarten Straßen ein zahlreiches Aufgebot von Schulenteuten zu Fuß und zu Pferde bemerkbar; nach Versicherungen von Bewohnern jener Gegend waren außerdem in verschiedenen Geschäften größere Reservetruppen derselben bereit gehalten. Nachdem der Saal sich leiblich gefüllt hatte, — es mochten gegen 2000 Personen anwesend sein, — wurde von Einzelnen der Versuch gemacht, Tische und Stühle aus dem Saale zu entfernen, um weiteren Scharen Einlass zu ermöglichen. Der Celonum verhinderte dies, worauf der Saal polizeilich abgesperrt wurde. Gegen 11 Uhr betrat ein junger Mann das Podium und gab bekannt, daß die Versammlung nicht stattfinden könne, da der Gießer (Modrian) in dessen Bezirk sich die Bescheinigung über die erfolgte polizeiliche Anmeldung befindet, am selben Morgen verhaftet worden sei (er hatte im „Sozialist“ einen Aufruf zu dieser Versammlung erlassen, der das Mißfallen der Behörde erregte), nächste Woche werde eine neue Versammlung einberufen werden. Die Anwesenden verließen in größter Ruhe das Lokal, nun aber geschah schier Unglaubliches. Als der Menschenhaufen sich langsam die enge Straße „Am Friedrichshain“ nach dem Königsdörfer zu bewegte, wurde er auf Befehl des kommandierenden Polizeihauptmanns, ohne daß eine Aufforderung zum schnelleren Gehen — letzteres wäre übrigens in der schmalen Gasse eine Unmöglichkeit gewesen — erfolgte, von der inzwischen schnell zusammengezogenen Schutzmannschaft überfallen und regelrecht attackiert. In ihrer Angst wußten die Gehechten weder vor noch rückwärts zu kommen. Hagelbald schlugen die Schläge der Säbel und — Gummischläuche der Polizisten auf die Wehrlosen nieder. Wenn es gelang die Portalanlagen zu erreichen, wurde auch dort von entgegenkommenden Schutzleuten gemißhandelt oder von den „Berittenen“ über Stock und Stein geholt. Die Rasenflächen, die sonst kein Hund betreten darf, ohne daß nicht sein Herr eine ziemlich hohe Geldstrafe zu gewärtigen hätte, dienten heute als Lammplatz der förmlich toll gewordenen Schutzmannschaft. Das Gros der Arbeitslosen, das mittlerweile die Ecke der Friedenstraße erreichte, wurde hier nochmals von einem bereit gehaltenen Haufen von Zivilbeamten und Jägern der Kriminalpolizei in Empfang genommen und mit Stöcken und Gummischläuchen in einer Weise bearbeitet, die jeder Beschreibung spottet. In allen möglichen Verkleidungen, selbst direkt zerlumpt, hatten sie sich, wie Augenzeugen berichten, zwischen die Schaar der Arbeitslosen gedrängt und schlugen mit einem Eifer um sich, die bezweifeln ließ, ob es vernünftige Menschen oder Wahnsinnige waren. Hüte, Mägen und abgeriffene Kleiderstücke bedeckten die Strafe. Viele Mißhandelte mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Verhaftungen sind wenig vorgenommen worden, da sich selten Jemand zur Wehr setzte.

Die von uns gebrachte Darstellung der Polizei-Attacke findet eine Bestätigung selbst in den Berichten der gegnerischen Presse. Das „Kleine Journal“ schreibt:

Die Szenen, die sich nach dem Verlassen des Versammlungslokals vor demselben, in der Straße Am Friedrichshain, im Friedrichshain, in der der Brauerei „Friedrichshain“ entgegengesetzten Seite sich entlang ziehenden Friedenstraße, am Königsdörfer und in der darankommenden Neuen Königsstraße abspielten, bildeten einen großen Kontrast zu Ruhe und Ordnung, die während der Versammlung der Arbeitslosen und bei dem Verlassen des Versammlungslokals geherrscht — und zwar nicht durch die Schuld der Arbeitslosen. Die Leute, die, wie das nicht anders möglich war, in Trupps und geschlossenen Zügen die Brauerei verlassen hatten, wurden, noch ehe sie Zeit gehabt, sich zu zerstreuen, von Polizeibeamten in Zivil mit Gummischläuchen und Stöcken ohne wahrnehmbare Ursache geschlagen. Fortwährend ertönten die Aufforderungen, sich zu zerstreuen, doch das war in der nicht breiten Straße nicht sofort zu befolgen. Der Aufforderung folgten sofort Schläge, die so hagelbald fielen, daß viele unschuldige, die sich in dem Menschenhaufen befanden, in den von allen Seiten reitende Schulenteuten blindlings hineinkam, getroffen wurden. Alles Protestieren gegen eine derartige Behandlung half nichts und hatte nur zur Folge, daß außer dem Beamten in Zivil drei oder vier Schulenteuten in Uniform mit blanker Klinge auf den armen Wehrlosen einhieben. In großen Scharen flohen die Menschen die Straßen entlang und durch die Anlagen des Friedrichshains, verfolgt von Polizisten zu Fuß und zu Pferde, die mit der blanken Klinge, mit Stöcken und Gummischläuchen dreinhielen. Selbst einzeln gehende anständig gekleidete Personen erhielten plötzlich von hinten und von vorn Stockschläge. Diejenigen, die sich den Schlägen durch die Flucht zu entziehen suchten, wurden verfolgt und wenn sie sich in ein Haus flüchteten, aus dem Hausflur herausgeholt und von Neuem geschlagen.

Der fromme „Reichsbote“ läßt die Mißrate sich folgendermaßen abspielen: Die Anwesenden verließen nunmehr durchaus ruhig und still das Lokal und wir haben auch

nicht bemerkt, daß ein Arbeitsloser auf der Straße irgend eine Ungehörigkeit begangen hätte. Ein gewisses Gedränge war bei dem Hinauströmen so vieler Menschen indes nicht zu vermeiden. Die vielen hundert Schulenteuten sorgten dafür, daß niemand stehen blieb und daß der Strom sich theilte. Berichterstatter sah von weitem am Königsdörfer ein Handgemenge, das sich jedoch alsbald wieder auflöste, wobei die Arbeitslosen in eine Art Flucht gerieten. Pöblich galoppirte eine kleine Abteilung berittener Schulenteuten die Friedenstraße entlang, weshalb die daselbst abziehenden Arbeiter aus Furcht ebenfalls in eine schnellere fluchtartige Gangart gerieten. Dann kamen drei reitende Schulenteuten den Promenadenweg an der Friedenstraße im Friedrichshain, der ebenfalls mit Arbeitern und Passanten belebt war, entlang gejagt; doch kamen keine Unfälle dabei vor. (Dagegen kam es zu Schlägereien in der Neuen Königsstraße, wobei indes das Publikum nach untrüglicher Beobachtung des Berichterstatters lediglich der leidende Theil war.)

Die „Post“ giebt ihrem Berichte folgenden charakteristischen Schluß:

Trotz der großen Ruhe, mit der sich alles abspielte, kam es schließlich durch den Ueberreifer einiger Unterbeamten der Polizei zu einigen Szenen, die allgemein mißbilligt wurden. Viele Hunderte begaben sich auf dem nächsten Wege in die Barmbehalle am Alexanderplatz.

Auch die berufenen Anbeterin des Säbels und Polizei-Regiments, die „Kreuzzeitung“, läßt sich in einer Weise über den Fall aus, der nur zu deutliche Spuren der Verlegenheit erkennen läßt.

Die Versammlung trennte sich, so berichtet sie, in durch-aus ruhiger Weise und vertheilte sich in die angrenzenden Straßen. Natürlich machte das Hinauströmen der Menschenmenge aus dem Brauereigarten Friedrichshain zunächst einen geschlossenen Eindruck; rollen- und massenweise zogen die „Arbeitslosen“ von dannen. Wo indessen die „Kolonne“ sich nicht alsbald auflöste, dorthin sprengten die berittenen Schutzmannschaften, um die Massen zu zerstreuen. Das ging natürlich nicht durchweg glatt ab. Der Polizei-Hauptmann freilich, der die Schutzmannschaft kommandirte und der selbstverständlich nicht allzuweit zugegen sein konnte, lenkte die Ordnung selbst nicht in die gewiesenen Bahnen. Er konnte es aber nicht verhindern, daß der gutgemeinte Eifer seiner Mannschaften hier und da wohl etwas zu eilig vorging, was von Passanten allerdings nicht gerade angenehm empfunden wurde. Bisweilen machte der scharfe Ritt, der übrigens die Sicherheit und Festigkeit der Reiter und die Zuverlässigkeit der staatlichen Schutzmannschaft auf dem immerhin glatten und feuchtschlüpfrigen Pflaster gültig und schneidig in die Erscheinung treten ließ (dieses Privilegium des Junferlottes kommt so ziemlich dem „praktischen Reiterangriff“ gleich, von dem Anno 70 berichtet wurde), den Eindruck einer Attacke.

Die Abendpost bringt folgende Darstellung: Auf der Straße kam es jedoch zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei, welche zur Unterdrückung einer etwaigen Unruhebildung abkommandirt war. Als die Versammlungsteilnehmer den Saal verließen, nahmen die Polizeimannschaften zu Fuß und zu Pferde sofort eine Säuberung des Platzes vor dem Königsdörfer mit blanker Waffe vor, ohne irgendwelche Aufforderung zum Auseinandergehen zu erlassen. Wie der Berichterstatter, der sich in ein benachbartes Lokal retten mußte, um nicht niedergeschlagen zu werden, gesehen hat, sind viele unbetheiligte Passanten mit blanker Waffe und mit Gummischläuchen geschlagen worden. Unter den obwaltenden Verhältnissen war ein solches Eingreifen der Polizei auf keinen Fall notwendig.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. Januar.

Aus dem Reichstage. Ob der Graf v. Posadowski nicht schon manches Mal die Stunde erwünscht hat, welche ihm die Nachricht brachte, daß es mit dem beschaulichen Leben seiner landrätlichen Herrlichkeit zu Ende und er zu großen Dingen bei den Reichsfinanzen berufen sei?

Zwar hat der Herr Reichs-Schatzsekretär schon wiederholt erklärt, daß er die Vaterschaft der neuen Steuerentwürfe für sich in Anspruch nehme, aber einmal hat schon Goethe gesagt, daß es mit dem Glauben an die Vaterschaft so seine besondere Bewandniß habe, dann aber bleibt ein Wechselbalg ein Wechselbalg, gleichgiltig wer auch dessen Vater sein mag. Als wahre Wechselbälge erweisen sich aber die Produkte der Miquel-Posadowski'schen Finanzkunst von Tag zu Tag mehr.

Der deutsche Reichstag hat schon allerhand erlebt, aber daß für einen neuen Steuerentwurf der Regierung aus dem Hause sich nicht eine Stimme ausspricht, das ist bisher

Helene trat ein.

Sie durchschritt ein Vorzimmer und betrat ein großes Gemach, trat einige Schritte über einen dicken Smyrnaer Teppich, blieb stehen und sah sich um.

Fremdartig und phantastisch sah es da aus. Ein großer Divan mit schwellenden Polstern und orientalischen Teppichen reich belegt stand fast in der Mitte. Zwei Paravents von Seide mit japanischer Hoch-Stickerei bildeten seine Rückwand, die im Verein mit zwei hoch-aufragenden Palmen einen Theil des Gemachs den Blicken der Eintretenden entzogen. Die Palmenblätter waren bestäubt und well, sie waren wohl erstickt in dem Raum, dessen Fenster geschlossen, dessen Vorhänge herabgelassen waren und in dem eine dicke Luft herrschte, die, mit den feinen Düften einer Havanna und verschiedener Parfüms geschwängert, auf Helene eine betäubende Wirkung übte.

„Da wohnte er,“ dachte sie und wieder schweifte ihr Blick über die vielen, vielen Teppiche hinweg, die dem Zimmer einen so weichen Charakter gaben und über die Hirschkränze, auf denen die Rippes sich häuften. — Ein Gefühl des Unbehagens ergriff sie, und wieder that sie einige Schritte — da führte eine Thür in ein zweites Gemach.

Sie war um die Paravents herumgegangen und bemerkte einen zierlichen Schreibtisch, nahe beim Fenster. Darüber hing ein Delbild: badende Mädchen. Nicht die leuchtende Schönheit des Weibes wollte der Maler verstanen, nur ihren berückenden Reiz.

Helene senkte den Blick davor, er fiel auf die mannigfache Ausstattung des Tisches. Ein ihr unangenehmer Duft leitete sie und sie streckte die Hand nach einem hier offen liegenden Billel aus.

Es war dasselbe, was er heute erhalten hatte. Das Kouvert trug den Poststempel des Tages und St. Agath's. Aber sie hätte es schon nach dem Parfüm erkannt, den es ausströmte.

Mit einer raschen Bewegung hatte sie das Billel vor ihre Augen gebracht und las: „Ja werde Ihnen die Antwort auf Ihre Frage mündlich geben. Erwarte Sie bald nach fünf.“

wohl nie dagewesen. Das war aber heute mit dem Weinsteuergesetz der Fall.

Selbst der konservative Redner hatte so viele Bedenken gegen den Entwurf, daß seine Bestätigung desselben einer Ablehnung so ähnlich sah wie ein Ei dem anderen. Ja sogar das Wunder ist mit dieser Vorlage bewirkt, daß der Redner der Nationalliberalen namens seiner gesamten Parteilagenossen reden und eine ablehnende Stellung einnehmen konnte.

Die Debatte, welche von dem Staatssekretär der Reichsfinanzen eingeleitet wurde, dem zunächst der freisinnige Schmidt folgte, nahm einen recht schleppenden Verlauf. Unterbrochen wurde diese Eintönigkeit in etwas durch die Gewohnheit des Zentrumsredners, Dr. Brandach, welcher Herr jeden Satz seiner Rede mit „Meine Herren“ beginnt und schließt. Diese zahllosen „Meine Herren“ wirkten schließlich so auf die Lachmuskeln, daß der Redner bei den ernstesten Stellen unterbrochen wurde, ohne daß er sich klar darüber wurde, worin der Grund für diese anscheinend deplazirte Fröhlichkeit zu suchen sei.

Als letzter Redner, vor der Vertagung erhielt unser Genosse Diez das Wort.

In vortrefflicher, mit Sachkenntniß vereinter Weise schilderte der Redner das Loos der kleinen Weinbauern, die unter der Ungunst der klimatischen Verhältnisse, dem Mangel an Kapital, der Verschuldung schon schwer genug leiden und auf deren Schultern die neuen Lasten des Entwurfes gewälzt würden. Unser Genosse wies darauf hin, daß für diese Produzenten die Bestimmung des Gutwurfs, wonach der Hausstrunk steuerfrei bleibe, keine Bedeutung habe, denn diese armen Winzer bauen zwar den Wein unter unfählichen Mägen — aber zu trinken bekommen sie dann nichts. Dazu sind sie zu arm. Der steuerfreie Hausstrunk wäre also ein Privilegium nur für die wohlhabenden oder reichen Weinbergbesitzer.

Treffend schilderte Diez die rapid vor sich gehende Proletarisierung des Weinbauernstandes, dessen Kinder in die Fabriken gehen müssen, um den väterlichen Hausstand mit ihrem Verdienst über Wasser zu halten. In diesen neuen Arbeitsstätten werden die Bauernkinder freilich auch mit den Lehren der Sozialdemokratie bekannt, die sie ihrerseits wieder in die Dörfer ihrer Heimath tragen. So finden die Lehren unserer Partei auch auf dem Lande immer mehr Eingang und der Bauer fange an, aus seiner politischen Indolenz zu erwachen. Nicht ferne mehr sei die Zeit, wo diese Bauern gleich ihren Vorgängern im Jahre 1825, ihre „zwölf Artikel“ präsentieren, dann aber in den Städtebewohnern nicht mehr treulose Bundesgenossen, sondern in den organisirten sozialdemokratischen Proletariern erbliche und opferbereite Bundesgenossen finden werden. Redner weist darauf hin, daß die württembergischen Korsetzweber für Löhne arbeiten und unter Verhältnissen leben müssen, wie sie trauriger im Guleugebirge nicht vorherrschen. Diese Korsetzweber sind aber die Söhne jener Winzer, auf deren Arbeitsprodukt die neuen Millionen für die Weinsteuer gelegt werden sollen.

Nachdem Diez unter dem lebhaftesten Beifall der Linken seine Rede geschlossen, wurde die Verhandlung auf morgen vertagt.

Der Bundesrath. In der heutigen Plenarsitzung des Bundesraths wurden die Beschlüsse des Reichstages zu den Anträgen der Abgeordneten Reichsdierl und Genossen bezw. Staudy und Steppuhn auf Revision des Gesetzes betreffend die Invaldität- und Altersversicherung, ferner der Entwurf einer Gemeindeordnung für Elsaß-Lothringen, sowie der Entwurf eines Gesetzes über Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Die Mittheilung betr. die Kündigung des zwischen Deutschland und Italien einerseits und der Schweiz andererseits zur Ausführung des deutsch-italienischen Auslieferungsvertrages getroffenen Abkommens vom 25. Juli 1873 wurde zur Kenntniß angenommen. Dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für 1894/95 wurde die Zustimmung erteilt. Die Berechnung der nach dem Entwurf des Reichshaushalts-Etats für 1894/95 zur Deckung der Gesamtausgabe des ordentlichen Etats aufzubringenden Matrikularbeiträge wurde genehmigt. —

Keine Aufschrift, keine Ueberschrift, nur zum Schluß ein eigenthümlicher Schnörkel.

Aber was brauchte sie mehr zu wissen; er hatte ihr von einer Einladung zur Jagd gesprochen und eine Unwahrheit gesagt.

Warum — wozu?

Sie hatte sich niedergesetzt, in plötzlicher Ermattung des Herzens, ihre Hand, die das Briefchen mit einer Gebärde des Widerwillens auf den Tisch zurückwarf, zitterte heftig.

Mit auseinander gepressten Zähnen starrte sie vor sich hin.

Es dauerte eine Weile, ehe es ihr zum Bewußtsein kam, daß ihre Augen auf dem Bilde einer Frau ruhten, das in einem zierlichen Bronzerahmen vor ihr auf dem Tische aufgestellt war.

Es war eine nicht mehr ganz junge Dame, in einem kostbaren Kleide mit tiefenblauen Schultern. Sie zog es näher, um jede Linie dieses schönen Gesichts zu analysiren und bemerkte, daß am Rande des weißen Kartons etwas gedruckt stand. Es war jene bei Widmungen gewöhnliche Phrase, aber darin ein Wort, über das ihre Augen nicht hinwegkamen: der Name ihres Mannes, dem man dies Bild „zur Erinnerung“ geschenkt hatte.

Hastig sah sie nach dem Kouvert des Briefes, um die Schrift zu vergleichen. — Wichtig, der gleiche Name zeigte die gleiche Schrift, und hier wie dort der Schnörkel.

Alles war ihr mit einem Male verständlich geworden, alles erschlossen.

Die Einladung kam von dieser Frau . . . Sie erwartete ihn und er war zu ihr gegangen — er war bei ihr.

Und ihr hatte er es verheimlicht — er hatte sie belogen, belogen! Unter Nervenschauern erbehte sie und schlüßte doch ein so heißes, brennendes Weh im Herzen, das versengend wirkte. Aber war es denn möglich? Nein, es konnte nicht sein, nein, nein, sie hatte sich getäuscht.

Und wieder griff sie nach dem Bilde und wieder nach dem Brief, um beide im nächsten Augenblick von sich zu schleudern.

(Fortsetzung folgt.)

Vielleicht traf sie ihn selbst in der Wohnung an, er würde über ihr Kommen nicht böse sein.

Und nun erwachte plötzlich die Neugier, die Räume kennen zu lernen, die ihr Lieblich bewohnte und die noch immer sein Absteigequartier bildeten.

Sie betrat ein großes, elegantes Haus, das einen Portier hatte und fragte in der Loge nach Dr. Hartmann.

„Nicht anwesend“, hieß es kurz.

„War er nicht heute schon hier?“ fragte sie, „gewiß, er muß hier gewesen sein.“

„Freilich war er da und es ist nicht lange, daß er fortgegangen ist,“ bemerkte die dicke Portiersfrau.

„So,“ sagte Helene und blieb zagend und unschlüssig stehen.

„Na, die kann ja gar nicht mehr fortkommen.“ ließ sich der Portier aus dem Hintergrund seiner Loge in unangenehmer Weise vernehmen.

„Ich bitte, geben Sie mir den Schlüssel zur Wohnung, ich möchte hinauf,“ sagte Helene leise und verlegen.

Die Portiersfrau lachte ihr ins Gesicht.

„Nein, so etwas, das ist doch schon frech.“

„Ich bin Frau Dr. Hartmann,“ rief Helene, unter der Insulte erblickend. Dann all ihren Muth zusammenfassend, „ich glaube wohl, daß ich die Wohnung meines Mannes betreten kann, und — und berechtigt bin, den Schlüssel dazu zu verlangen.“

Die Portiersfrau hatte sie betroffen angesehen und schlug dann die Hände zusammen:

„Jesus, freilich Frau Doktor, ich bitt' tausend Mal um Verzeihung. Ich hab' ja schon die Ehre auf der Photographie, aber in der Wirklichkeit sieht man immer ein Bißchen anders aus.“

Sie nahm den Schlüssel und bat die Dame voranzugehen, sie werde ihr selbst die Wohnung aufsperrn.

Sie bedauerte, daß Madame es nicht so schön finden werde, als es ehemals hier war, aber der Herr Doktor spendire jetzt nichts mehr auf die Wohnung.

Sehr unangenehm war die Gabe berührt, als sie, nachdem sie die Thür aufgeschlossen hatte, von der jungen Frau entlassen wurde.

Im Herrenhause schlugen die Herren Agrarier einen sehr verführerischen Ton gegen die Regierung an, sie formulierten schon die Bedingungen, unter denen sie den Handelsvertrag mit Rußland anzunehmen gewillt sind. Läßt sich das deutsche Volk zu Gunsten des verschuldeten Grundbesitzes seine Währung ruinieren, dann wollen die Herren auch auf die Verbilligung der Getreidezölle eingehen. Der Landwirtschaftsminister v. Seyden wählte den Agrariern im Herrenhause gegenüber einen ganz anderen Ton als Caprivi und Marschall im Reichstage an. Der Gegenstand des oft und westfälischen Grundbesitzes in Preußen trat in der Rede Schorlemer-Mis's klar zu Tage. Interessant waren die sachkundigen Darlegungen Koch's über die Währungsfrage. Aus den ganzen Verhandlungen gewann man den Eindruck, daß der Angriff Mantuffel's ein Lustspiel war, daß die Reichsregierung das Spiel gewonnen hat; die Konservationen sind auf dem besten Wege, wieder gouvernemental zu werden.

Im Abgeordnetenhaus sprachen heute bloß zwei Minister, Miquel und v. Seyden. Der preussische Finanzminister wollte mit seiner Rede auf den Reichstag wirken. Er stellte die Annahme seiner Steuervorlagen im Interesse des Reiches und Preußens als unbedingt nötig hin und schilderte den Stand der Landesfinanzen als überaus traurig. Es kann heute auf die Einzelheiten seiner Rede nicht eingegangen werden, ebensowenig auf die Rede v. Seyden's. Der Landwirtschaftsminister zeigte den Agrariern ein ganzes Füllhorn von Geschenken, Landwirtschaftskammern, Umwandlung der Hypothekenschulden in Rentenschulden, Aenderung des ländlichen Erbrechtes und viele andere schöne Sachen, die die bösen Wunden alle bekommen sollen, wenn sie endlich brave Kinder werden wollen und vor allem, wenn sie den deutsch-russischen Handelsvertrag annehmen. Die vielen Bravos, die nach den Reden der Minister von der rechten Seite des Hauses ertönten, lassen erwarten, daß Konservative und Regierung sich vertragen wollen.

Der preussische Etat. Der dem Abgeordnetenhaus vom Finanzminister Dr. Miquel vorgelegte Staats-Haushaltsetat für 1894/95 bezieht die ordentlichen Einnahmen mit 1879 449 391 M., gegen das Vorjahr mehr um 43 836 131 M., die ordentlichen Ausgaben mit 1891 612 410 M., gegen das Vorjahr mehr um 47 509 155 M., die außerordentlichen Ausgaben mit 58 036 981 M., gegen das Vorjahr mehr um 8 826 976 M. Es betragen somit die gesammelten Ausgaben 1 949 649 391 M., der Fehlbetrag 70 200 000 M., also um 12 400 000 M. mehr. Derselbe wird durch eine Anleihe zu decken sein. Der Beitrag Preußens zu den Reichsausgaben ist um 87 058 915 M. höher als im Vorjahre.

Herr Miquel ist seiner Absicht, Preußens finanzielle Verhältnisse möglichst düster erscheinen zu lassen, auch bei Aufstellung des Etats treu geblieben. Die beabsichtigte Wirkung auf die Entschlüsse des Reichstages liegt klar zu Tage.

Herr Miquel ist ein bedauerlicher Mann. Er führt aus Intention das Peinliche und Lächerliche seiner Situation. Wie hilflos verzweifelt muß ein Mann von seinem Verstand und seiner „Hindigkeit“ sein, wenn er vor dem Reichstag, also vor einer Versammlung von Leuten, unter denen es doch auch Gelehrte giebt, das verbrauchte, höchstens einem Verrückten erlaubte Fretus-Kunststück des Appells an den Patriotismus ausführt. Das war, wie wenn ein großer Schauspieler — ein Seidelmann oder Terlent auf der Bühne mitten in der Vorstellung plötzlich einen Clownstreich oder Clownduz verübt hätte. Und in welcher Ferkaltung müssen die Nerven des sonst so starknervigen Mannes sein, daß er durch eine Grobheit seines reindeutschen Namensvetters vollständig aus der Fassung gebracht werden konnte! Das zeugt von tiefem, marternendem Seelenschmerz; und wenn ein Mann wie Miquel, der sonst alles lächelnd ertragen konnte und lächelnd, auch bei den halbberedendsten, freiwilligen und unfreiwilligen Sprüngen, stets lahengleich auf einem Fuße zu stehen kam, zu solchen tragischen, fast laotöonartigen, freilich nicht klassisch-schönen Schmerzensbrüchen gedrängt wird, dann muß er auch dem hartherzigsten Mitleid abzwängen. Es ist das ewig Menschliche, und das gemeinam Menschliche, das in Momenten, wo es elementarfräftig berührt wird, und auch den schwersten Verbrecher und den virtuosesten Finanz- und Steuerminister als unseres Gleichen betrachten und bebauern läßt. Wir haben dieses psychologische Moment, obgleich es an sich wenig interessant ist, deshalb hervor, weil es auf die Situation mehr Licht wirft, als alle Reden zusammengenommen, die in der viertägigen Tabakdebatte, und auch in den vorherigen Debatten des Reichstages gehalten worden sind. Herr Miquel hat den Kopf und die Lanze verloren — das spricht Vände. Er hält also sein Spiel für verloren, auch wenn er es noch nicht verloren giebt. Und unter dem Miquel'schen Spiel verstehen wir weit mehr, als seine Reichsfinanzpläne. Wir verstehen darunter die ganze herrschende oder — da sie nie herrschte — wenigstens fortwährende Politik, die gar keinen festen Kurs hat, weder einen alten noch einen neuen.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik soll, wie Herr v. Rottenburg vorschlagen will, ihr Tätigkeitsfeld ausdehnen, so daß auch die Verhältnisse von Arbeitern, wie die der Bureau-Angestellten, untersucht werden könnten. So erfreulich dies ist, es genügt nicht. Die Kommission müßte die Aufgabe erhalten, die Verhältnisse aller Arbeiterkategorien zu untersuchen, vor allem auch die der Landarbeiter. Dagegen werden sich aber der Reichsminister, Bundesrath und die Agrarier sträuben, denn den Landarbeitern geht es bekanntlich bei den nachbleibenden Großgrundbesitzern und unter der Herrschaft der Gesinde-Ordnung so gut, daß nicht die mindeste Veranlassung vorliegt, mit der Leuchte der Statistik etwas hineinzuwandeln.

Justizreform. Der Entwurf der Novelle, betreffend Aenderung und Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeß-Ordnung, ist nunmehr nebst einer umfangreichen, 70 Quartseiten füllenden Begründung an den Bundesrath gelangt. Der „Reichs-Anzeiger“ beginnt in heutiger Nummer die Veröffentlichung dieses geschwerlichen Materials. Die wichtigeren Abänderungsvorschläge betreffen: die Einführung der Berufung gegen Urtheile der Strafkammern in erster Instanz; Entschädigung unschuldig Verurtheilter und Einschränkung des Wiederaufnahme-Verfahrens; Aufhebung einiger der zum Erlass für die mangelnde Berufung eingeführten Garantien des Verfahrens; Aus-

dehnung des Kontumazial-Verfahrens; veränderte Vorschriften über die Beeidigung der Zeugen; Einführung eines abgekürzten, summarischen Verfahrens für gewisse, eine schleunige Behandlung erheischende Straftaten (delicta flagrantia); Veränderung in der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte, und anderweitige Regelung der Geschäftsvertheilung und Geschäftsbehandlung bei den Kollegialgerichten.

Wir kommen auf diese Vorlage noch zurück.

Die Hirsch-Zunderschen Gewerkvereine haben an den Reichstag eine Petition gerichtet, worin sie aber bloß für die Industriebetriebe des Reiches und der Einzelstaaten eine Statistik der gesammten Arbeiterverhältnisse, die Einführung des Neunstundentages und die Beschäftigung der Arbeiter während des ganzen Jahres fordern. Es hat lange gedauert, bevor sich die Gewerkvereine zu der „großen That“, dieser harmlosen Petition an den Reichstag entschlossen haben, sie sind aber weit entfernt, die Sozialdemokratie zu unterstützen, welche gestützt auf das Vertrauen der gesammten Arbeiterklasse, die gleichen Forderungen für die gesammte Industrie Deutschlands in entschiedenster Weise seit Jahrzehnten vertritt, ja sie suchen uns unausgesetzt, wenn auch vergebens, Steine in den Weg zu werfen, unsere Partei zu verleumdern und ihre Anhänger über uns zu täuschen.

Warum wendet sich übrigens nicht der freisinnige Verbandsanwalt Dr. Hirsch mit einer gleichen Eingabe an die „freisinnige“ Stadtvertretung Berlins und anderer Städte. Er will wohl seinen Parteigenossen keine Schwierigkeiten bereiten und nicht in den Verdacht kommen, daß er es ernst meint?

Binder hat in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ von heut Morgen einen Artikel über Anarchismus und Sozialismus veröffentlicht, der so blechernes Blech enthält, daß er nur von dem Blechschmied par excellence geschrieben sein kann, oder von Binder selbst. In üblicher Weise wird Anarchismus und Sozialismus verwechselt und diese bewußte Fälschung zu den demagogischsten Schlüssen ausgeführt. Kaum ohne Absicht erschien dieser Artikel am Morgen der Polizeilattache am Friedrichshain.

Neben einer kräftigen leistungsfähigen Landwirtschaft wünscht die „Kreuz-Zeitung“ eine gesunde Industrie. Unter einer gesunden Industrie versteht sie Schutzhölle für die industriellen Magnaten und Innungen für das absterbende Kleingewerbe; und die kräftige leistungsfähige Landwirtschaft sind Hunger-Kornzölle, die das Volk den Junkern, und Hungerlöhne, welche die Junker ihren Landarbeitern bezahlt — für letztere noch die Peitsche mit Fesselung an die Scholle und für die Herren Junker noch Liebesgaben aller Art. Man muß sich nur richtig ausdrücken wissen — denkt Herr von und für Hammerstein.

Böckmererei. Die bürgerliche Gesellschaft, weil auf Eigennutz gegründet, erzieht ihre Glieder zu allen Handlungen des Eigennutzes; und die häßliche Moral, die sie in der Theorie hat, wird durch die Praxis Lügen gestraft, wodurch jene widerliche Duselei entsteht, welche die Signatur unserer modernen Gesellschaft ist. Mit welcher tiefer stiller Entschlossenheit verurtheilt nicht jeder Bourgeois den Betrug. Und wie viele Bourgeois giebt es, die nicht böckmeren? Erwischt werden natürlich nur die wenigsten. Und bei Lebzeiten fast keiner. Die Zusagen sind selten. Nach dem Tode kommt es aber mitunter an den Tag, freilich auch nur in Ausnahmefällen, und meist nur, wo es sich um große Vermögen handelt. So berichten jetzt die „Dresdener Nachrichten“, daß in Sachen von dem Vermögen eines verstorbenen Großkaufmanns 500 000 M., und von dem eines verstorbenen Großrestaurateurs 400 000 M. „hinterzogene“ Einkommensteuer nachgezahlt werden müssen.

Diese zwei Verbrechen waren jedenfalls bei Lebzeiten geachtete Sünden der Gesellschaft. Wehe dem, der ihre Ehrenhaftigkeit bezweifelt hätte. Und auch wer sie heute als Betrüger erklärte, wäre vor Strafe nicht sicher.

Aus dem Hamburgischen Staatshaus. Die Hamburger Bürgerschaft genehmigte ohne Debatte den Antrag des Ausschusses auf Bewilligung von 4 568 000 M. für die Regulirung des Fahrwassers der Elbe, von 1 708 000 M. für Errichtung von Lößplätzen und von 384 000 M. für Verbesserung des Fahrwassers im Köhlfließ; insgesamt wurden 6 660 000 M. bewilligt.

Hier, wo es sich um Handelsinteressen handelt, bewilligen die Bevorchreiteten Hamburgs Millionen spielend, als es sich aber um die Wasserversorgung der Hansestadt, um die Heilung der durch die Cholera-Epidemie verursachten Schädigung der ärmeren Bevölkerung und um die Regelung der Wohnungsfrage handelte, da waren die Hamburger Patrizier sparsam bis zum Geiz, kleinlich und kurzichtig.

Die bürgerlichen Darwinisten werden in dem letzten Hefte der „Grenzbote“ treffend folgendermaßen charakterisirt:

Sie bewahren sich als stramme Ordnungsmänner und sie halten es mit der Partei, die, konserverativer als Luther, der Papst und die Jesuiten zusammen genommen, für die Gesellschaft den absoluten Stillstand als heiligstes und unverbrüchliches Gesetz proklamirt; gleich einer angelegenen Straßburger Gasse darf diese unglückliche Gesellschaft keinen Schritt vorwärts, rückwärts oder zur Seite thun, sondern muß still halten, bis sie bei schwindendem Gehirn an ihrer ungeheuren Festigkeit krepirt sein wird. So will es der große Eugen, der ja allemal die fortgeschrittenste Wissenschaft vertritt, und seine Freunde unter den Naturwissenschaftlern haben kein Wortlein dagegen einzuwenden. Denn mit den Negativerien (Großthiere) der Cocanperiode zwar kann die Wissenschaft nach Belieben umspringen, ihnen nachweisen, daß sie für unsere heutige Welt nicht organisirt sind, und sie aussterben lassen, wenn ihre Zeit herum ist, aber die Negativerien der kapitalistischen Periode sind weit gefährlichere Wesen; sie heißen den, der sie nicht tödtlich genug behandelt, mögegen sie einen Gelehrten, der sie artig zu freizeiten versteht, mit Professuren, Orden, Geheimrathstiteln und wirksamer Empfehlung auf dem Büchermarkte zu lohnen wissen.

Burschenschaft und Sozialdemokratie ist ein großer Artikel in den burschenschaftlichen Blättern betitelt. Gegen denselben zu polemisieren, hieße das Hans Blum'sche Lügenbuch einer Erwiderung würdigen, sind doch sämtliche Angriffe gegen die Partei diesem den Studenten warm empfohlenen Buche entnommen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Verfasser des Artikels schreibt:

„Niemand wäre wohl berufter, der Burschenschaft ihre Aufgabe gegenüber der Sozialdemokratie klar zu legen, als gerade Herr Dr. Blum.“

Jemand, der dieser Meinung ist, die sozialistischen Studenten „Catalinarien“ nennt, ist würdig, Hans Blum's Schüler zu sein.

Die Enthüllungen Clemenceau's über die französische Marine betreffen nicht bloß den Bestand der Kriegsschiffe, sondern auch Verproviantirung der Flotte. Hierbei, wie überhaupt in der Flottenverwaltung, werden Skandalöse und ausgedehnte Unterschleife nachgewiesen. Es ist ganz „russisch“ zugegangen, woraus allerdings zu schließen, daß die französisch-russische Allianz doch nicht ganz so „unnatürlich“ ist, als vielfach geglaubt wurde. Es fehlt an Vorräthen und Munition aller Art; und wenn ein Krieg plötzlich ausgebrochen wäre, hätte die französische Flotte sich ebenso wenig vorbereitet gezeigt, wie 1870 die französische Armee. Alles was Clemenceau sagt, ist durch amtliche Aktenstücke erwiesen. Die Sache wird vor die Kammer kommen und der Mann der Enthüllungen, der sich durch sie wieder populär gemacht hat, jedenfalls bald in die Kammer.

Die französische Rentenkonversion hat auch die Zustimmung des Senats gefunden. Man erwartet in Regierungskreisen ein vollständiges Gelingen der Operation.

Clisee Reclus hat, um dem Streik über seine Brüsseler Professur ein Ende zu machen, die Stelle einfach niedergelegt. Ob es recht war, vor den Segnern die Segel zu streichen, das bleibe dahin gestellt. Jedenfalls müssen wir der Nachricht verschiedener Blätter widersprechen, daß Reclus in Brüssel abgesetzt worden sei. Das ist nicht geschehen — bloß der Termin seiner Vorlesungen, der jetzt beginnen sollte, wurde hinausgeschoben — freilich auf unbestimmte Zeit.

Zur Situation in Italien wird aus Rom telegraphirt:

Die allgemeine Situation ist, infolge des Zusammenbruchs der Banca Generale, eine außerordentlich düstere, durch den Fall der genannten Bank ist der gesammte Handelsstand Italiens in die größte Verlegenheit gebracht worden. Man befürchtet, daß eine große Anzahl Fiskalissements folgen könne. Die gesammte Geschäftswelt und alle italienischen Börsen befinden sich in größter Erregung. An eine baldige Wiederaufnahme der Zahlungen der Banca Generale wird nicht geglaubt.

Auf der einen Seite die Geldkrise, auf der andern die Hungerrevolution, der Beamtenstand und die leitenden Politiker korruptirt, das ist heute das Bild Italiens, die Frucht der Politikal Crispi, Rudini, Giolitti. Keiner der leitenden Politiker des Landes wird hier Ordnung schaffen können. Nach neuen Personen, selbstlos, im Volke wurzelnden, nach neuen Grundfahen ruft das Volk. Bloß der Sozialismus kann da noch Ordnung schaffen.

Aus Italien. Das Crispi'sche Reptilvolk verbreitet noch immer, de Felice habe einen förmlichen Insurrektionsplan gemacht, und zwar in Gemeinschaft mit Cipriani, der die finanzielle Unterstüfung der französischen Sozialisten in Aussicht gestellt habe. Wir sind, auf genaue Kenntniß der Personen und Verhältnisse hin, in der Lage, diese Behauptung nochmals und formell für eine Lüge erklären zu können. Beachtenswert ist das Urtheil der „Frankfurter Zeitung“ über die Situation in Italien. Das Blatt schreibt:

So weit hat es also der glorieöse Militarismus glücklich gebracht, daß er den ruhigen Bürger nicht mehr weksam schüßen und den Aufruhr nicht mehr sofort nachhaltig unterdrücken kann. Begreiflich ist dies allerdings. Die Regierung hat zuerst 66 000 Mann nach Sizilien schicken müssen, dann mußte sie für Verstärkungen in Unteritalien sorgen, und da es in ganz Italien gährt, kann sie nirgends Soldaten entbehren, ohne sich in hohem Grade zu schwächen. Bemerkenswert ist, daß es bis jetzt nur in den alten Gebietstheilen zu Unruhen gekommen ist; in Sizilien, im Königreich Neapel und in den Herzogthümern; außerdem gährt es am meisten im ehemaligen Kirchenstaat, in Toscana, zum Theil auch in der Lombardei und in Venetien. Das will heißen, daß die Leute dort sich dem durch das Haus Savoyen gegründeten neuen Italien beigefügt angegeschlossen haben, weil sie von ihm eine Befreiung ihrer Lage erhofften, daß sie dann aber auch zuerst die Geduld verloren, als sie sich nach langem Warten überzeugt hatten, daß sie in einer schweren Täuschung begriffen waren. Darin liegt die große Gefahr der gegenwärtigen Krisis. Es handelt sich nicht um vereinzelte Putschs, sondern um einen allgemeinen höchst bedenklichen Zustand, dessen Aenderungen, wenn sie sich nun schon einmal in Thaten umzusetzen beginnen, leicht den Anfang zu historischen Umwälzungen bilden können. Man soll sich in der Konfultation und auch im Quirinale nur nicht einteden, daß irgend etwas erreicht sei, wenn wieder einmal, wie man in den letzten Tagen so oft lesen konnte, die Ruhe wieder hergestellt ist. Die Wiederherstellung der Ruhe ist das Geringste, was die Staatsgewalt leisten muß; die Hauptsache ist, solche Zustände zu schaffen, daß es den Leuten nicht mehr einfallt, die Ruhe zu führen. Bis jetzt aber wartet die Welt immer noch auf den Beweis, daß man in Rom bis zu dieser Erkenntniß gedrungen ist.

Aus Italien liegen heute die folgenden Depeschen vor: Rom, 17. Januar. Die Stadt Massa wurde in der vergangenen Nacht von Truppen bewacht; in Carrara sind drei weitere Kompagnien eingetroffen. Die Municipalität von Carrara hat eine Proklamation an die Einwohnererschaft erlassen, in welcher sie dieselbe zur Ruhe und Achtung vor den Gesetzen auffordert. Die streikenden Marmorarbeiter zwingen die noch arbeitenden, die Arbeit einzustellen. Infolge des gestrigen Zusammenstoßes vor den Stadthoren verbargen sich 80 „Anarchisten“ in den Häusern von Massa, wo sie verhaftet wurden. Die Truppen verfolgen die Ruhestörer ins Gebirge. Auf Sizilien herrscht weiter Ruhe; die Entwaffnung wird fortgesetzt.

Rom, 18. Januar. In politischen Kreisen wird die Verhängung des Belagerungszustandes über Massa nicht übereinstimmend beurtheilt. Die „Tribuna“ schreibt, es mache sich im Kabinete eine starke Strömung gegen die neuen Steuern bemerkbar. Man befürchtet, daß noch vor Beginn des Parlaments eine partielle Krisis ausbricht.

Die Finanzen der Vereinigten Staaten sind vornehmlich wegen der verfehlten, bloß im Interesse einer kleinen Anzahl überaus reicher Silbergruben-Besitzer eingeleiteten Silberpolitik in Unordnung gerathen. An Stelle der früher sehr hohen Ueberschüsse ist das Defizit und die Nothwendigkeit, Staatsanleihen aufzunehmen getreten. So wurde gestern die Subskription einer Anlage von 200 Millionen Mark in Gold vom Schatzsekretär der Vereinigten Staaten ausgeschrieben.

Depeschen.

(Wolf's Telegraphen-Bureau.)

Massa, 18. Januar. General Gensch hat die Einsetzung eines Kriegesgerichts, sowie die Abgabe der Waffen seitens der Bevölkerung verfügt und das Versammlungsrecht aufgehoben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 19. Januar.
Opernhaus. Mignon.
Schauspielhaus. Schiller: Jylus. Wallensteins Tod.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Berliner Theater. Julius Caesar.
Leistung-Theater. Madame Sans-Gêne.
Wallner-Theater. Geflossen.
Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater. Der Lieutenant zur See.
Residenz-Theater. Der Mustergatte.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Die lustigen Weiber von Berlin. Nachher: Bajazzi.
National-Theater. Der Teufel in Berlin. Nachher: Charley's Tante.
Theater Unter den Linden. Solen Pigeberger. Hierauf: Drama.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne
 im Wallner-Theater, 2 1/2 Uhr:
Die Kreuzschreiber
 von Angenruber. 453/9
 Sonntag, 21. Januar, II. Abtheilung.
 28. III.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Doppelvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
 Novitäten! Novitäten!
Charley's Tante.
 Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Basse.
 Regie: Max Samst.
 Musik von Adolph Wiedede.
 Vorher:
Der Teufel in Berlin.
 Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von A. Wiedede. Regie: Max Samst.
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Sonntag Nachmittags 3 Uhr Volks-Vorstellung: Kabale und Liebe.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Ein toller Einfall.
 Schwank in 4 Akten von Carl Laufs. Hierauf zum **Berlin 1893.**
 27. Male.
 Revue in 2 Akten von L. Leipziger.
 Anfang der Vorstellung 7 1/2, der Revue 9 1/4 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die Bajazzi.
 Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
 Musik von Franz Roth.
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar.

Dresdenstr. 52/53 (City-Passage).
Großartiges
neues
Riesen-Programm.
 Hr. Goswin, Mlle. Bonné, Troupe Hassoni, Die Wunderhunde etc.
 Entree 15 Pf.
 R. Winkler.

Präuscher's Museum.

Tausende von anatomischen Präparaten.
Schusskanal durch fünf Körper.
Gladiatoren-Kampf.
 Wunder d. Ceroplastik u. Mechanik.
 Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag: Damentag.

American-Theater.

Dresden-Strasse 55.
Lumpensusanne
 oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
 Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Brecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
 Lumpensusanne, gen. Die Gräfin, ein schon geprüftes Mädchen.
 Franziska Häser.
 Die Bombe, Astervermüthlerin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs“
 Josephine Deliclioussour.
 Brunwald — mit bewegter Vergangenheit
 Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des besten **Bauchredners d. Zeitzeit**
H. Blank.
 Ferner u. a.:
„Direktor Nippe“
 von Martin Bendix.
Außer. tägl. Spezialitäten.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
 Täglich: Or. Instrumental-Konzert.
 Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
 Spezial: Ausspann von Vahrenhoffer Lagerbier, hell und dunkel.
 In den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., nat. Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Passage-Panopticum.

Der **Deutsche Mann mit dem Steinkopf.**
 Ohne Extra-Entree.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Freitag, den 19. Januar ev.: Abends 7 1/2 Uhr:
Ein Künstlerfest.
 Vollständig neue und glänzende Ausstattung und Einlagen. Ueberraschende Licht- und Wassereffekte.
 Außerdem: Königsquadritze, ger. v. 8 Damen und 8 Herren; 6 englische Springpferde, vorgeführt von Herrn R. Renz. Das Schulpferd Cyd, ger. von Herrn R. Renz. Die hohe Schule, geritten von Fr. Oceana Renz. Die unübertrefflichen Akrobaten auf dem Telephonbraht Zalva, Espana und Alvar. Der ulrom. Imitator-Klowon Mr. Ybbs. Die weltberühmten Rockkünstlerinnen Geschwister Hoffmann etc.
Preis wie gewöhnlich.
 Sonnabend: Ein Künstlerfest.
 Sonntag: 2 Vorstellungen, 4 Uhr Nachm. und Abends 7 1/2 Uhr.
Der Circus ist gut geheizt.
 Fr. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Freitag, den 19. Januar ev.: Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. außerordentl. Vorstellung.
 Aus dem reichhaltigen Programm ist besonders hervorzuheben: 3 Etagen-Riesen-Karoussel mit 25 Pferden, Original-Dressur des Herrn Max Schumann. Grand pas de deux, ger. von Fr. Emma Rohde und Herrn Adolf Schumann. Paul und William, musikal. Klowon. Mr. Eugen Lecousson als Jockey. Das Schulpferd Nelusco, geritten von Fr. Eugenio Lecousson. Original-Klowon William Olschansky mit seinen dressirten Ratten und Raben. Miss Margerithe, Reizkünstlerin. Romisches Entree des beliebten Klowon Little Prod. „Piddus“, Springspferd, in Freiheit vorgeführt vom Direktor.
 Zum Schluss der Vorstellung:

Die Fuchsjagd bei Bolton

Genre-Bild in 2 Abtheilungen mit großen Ballet-Einlagen. Die Jagd geht über bedeutende Hindernisse, als Feden, irische Mauern und Wassergraben. An der Jagd nehmen 24 Damen und Herren Theil, etc.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm.
 Sonntag 2 Vorstellungen: Nachm. 4 und Abends 7 1/2 Uhr. (Nachmittags 1 Kind frei): Klüßgahl.
 Hochachtungsvoll und ergebenst
 G. Schumann, Direktor.

Die Fuchsjagd bei Bolton

Genre-Bild in 2 Abtheilungen mit großen Ballet-Einlagen. Die Jagd geht über bedeutende Hindernisse, als Feden, irische Mauern und Wassergraben. An der Jagd nehmen 24 Damen und Herren Theil, etc.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm.
 Sonntag 2 Vorstellungen: Nachm. 4 und Abends 7 1/2 Uhr. (Nachmittags 1 Kind frei): Klüßgahl.
 Hochachtungsvoll und ergebenst
 G. Schumann, Direktor.

Die Fuchsjagd bei Bolton

Genre-Bild in 2 Abtheilungen mit großen Ballet-Einlagen. Die Jagd geht über bedeutende Hindernisse, als Feden, irische Mauern und Wassergraben. An der Jagd nehmen 24 Damen und Herren Theil, etc.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm.
 Sonntag 2 Vorstellungen: Nachm. 4 und Abends 7 1/2 Uhr. (Nachmittags 1 Kind frei): Klüßgahl.
 Hochachtungsvoll und ergebenst
 G. Schumann, Direktor.

Die Fuchsjagd bei Bolton

Genre-Bild in 2 Abtheilungen mit großen Ballet-Einlagen. Die Jagd geht über bedeutende Hindernisse, als Feden, irische Mauern und Wassergraben. An der Jagd nehmen 24 Damen und Herren Theil, etc.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm.
 Sonntag 2 Vorstellungen: Nachm. 4 und Abends 7 1/2 Uhr. (Nachmittags 1 Kind frei): Klüßgahl.
 Hochachtungsvoll und ergebenst
 G. Schumann, Direktor.

Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung unter beiden Kindern sagen wir allen, insbesondere dem Gesangsverein „Bieber'scher Männerchor“, unseren verbindlichsten Dank.
 1294b
G. Thiele nebst Frau.

Dankagung.

1291b
 Allen Freunden und Bekannten sprechen wir hierdurch für die Liebe und Theilnahme, welche sie uns beim Beimgange unseres lieben Bruders Carl Stargard erwiesen haben, unseren herzlichsten Dank.
 Die Schwestern.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.
 Heu! Heu! Heu!
Ein Stiergeficht in Cadix.
 Große Ausstattungs-Parodie. Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermandos Bolso und sämtlichem Theater-Personal.
 Anfang: { Sonntags 6 Uhr.
 { Wochentags 8 Uhr.
 Entree Wochentags 50 Pf.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Welt u. größt. Etablissement. Berl.
Neues Programm.
 Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.

National-Konzert D. Obenlander

in National-Tracht und Auftreten von **Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.**
 Mr. Kauning, Concertmaler. Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Oelgemälde malen, welches nach Schluss der Vorstellung verlost wird.
 Sonntag Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Victoria-Brauerei.

Lühnowstraße 111-112.
Jeden Freitag und Montag:
Stettiner Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Großes
Ut-
Programm
 Zum Schluss neu.
Eine Soiree bei Lehmann's.
 Gr. parodistisches Ensemble von Reysel.
 Donnerstag: Sanssouci.

Charlottenburg.

Sonntag, den 21. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale Bismarckshöhe:
Quartals-Versammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer u. S. W.
 „Grundstein zur Einigkeit.“
 Tages-Ordnung:
 Abrechnung. Die wichtigsten Bestimmungen des Statuts für die Mitglieder und Kassenangelegenheiten.
 255/18
 Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse d. Lederjurierter Berlins (G. S. Nr. 50).

General-Versammlung
 am Sonntag, den 28. Januar ev., Vormittags 11 Uhr. 1284b bei Feindt, Weinstr. Nr. 11.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894.
 2. Revisorenbericht. 3. Wahl des ersten Vorsitzenden. 4. Wahl der Schriftführer. 5. Wahl der Beisitzer. 6. Wahl der Erfahrmänner. 7. Geschäftliches.
Der Vorstand. J. A.: G. Basse.

Zur Beteiligung a. Radball suchen einen Verein, welcher Saal hat, möglichst im Süd-Ost Mitte Februar. Gef. Verein „Wiederhall.“ Adresse an F. Stöckel, SO., Lausitzerstr. 3, v. 2 Tr.

Altes Schützenhaus, Vinkenstr. 5, empfiehlt seine Säle. Sonntag, den 18. März, ist noch zu vergeben. 1286b

Achtung! 6. Wahlkreis (Roabit). Achtung!

Montag, 22. Januar, Ab. 8 Uhr, in Arend's Brauerei, Thurmstr. 26-27:
Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Molkenbuhr** über: Der jetzige Reichstag und die deutsche Sozialdemokratie. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
Die Vertrauensperson.

Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 21. Januar 1894, Nachmittags 6 Uhr, bei Röllig, Neus Friedrichstraße.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Thierbach.** 2. Diskussion. 1292b
 Zur Deckung der Unkosten Lekturfammlung. Ueberschuss erhält die Parteikasse.
Der Einberufer.
 Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**

Große öffentliche Versammlung der Leder-Arbeiter Berlins

(Weissgerber, Lohgerber, Lederzurichter, Lederfärber u. Berufs.)
 am Sonntag, den 21. d. M., Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Geisel, Invalidenstr. 1.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Der Kampf ums Dasein“. Referent Genosse **Hoffmann.** 2. Diskussion. 3. Unsere Organisation. 4. Bericht der Revisoren. 5. Verschiedenes. 1292b
Der Vertrauensmann.

Freie Vereinig. aller in der Chirurg. Branche beschäft. Berufs.

Sonntag, den 21. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn **Seefeldt, Grenadierstr. No. 33:**
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Antrag Behnke: Gerabfehlung der Wochenbeiträge. 4. Vereinsangelegenheiten. — Gleichzeitig findet die Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest statt. Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand. 130/20

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin.

Sonnabend, den 20. Januar 1894, Abends 8 1/2 Uhr, in Ch. Goltz Festsaal, Alte Jakobstraße 75:
Grosser Wiener Maskenball.
 Billets à 40 Pf. inkl. Tanz sind bei W. Hinz, Dresdenstr. 48, 3 Tr., und in den Restaurants von H. Sass, Markgrafenstr. 102; W. Voss, Holymarktstraße 61; J. Louz, Alte Jakobstraße 69, zu haben. — Landsteute, sowie Gäste willkommen. 1288b
Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Berein der Zimmerer Berlins u. Umgegend.
General-Versammlung
 am Sonntag, 21. Januar, Vorm. 10 Uhr, bei **Norbert's,** Beuthstr. 22, 1 Tr.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1893 und Bericht der Revisoren. 2. Vereinsangelegenheiten: Wahl eines Kassiers. 3. Vortrag: Wann beginnt die Revolution? Referent Genosse **Hoffmann.** 4. Diskussion
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung (Abrechnung) werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 428/10
Der Vorstand.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirth

Berlins und Umgegend.
General-Versammlung
 am Freitag, 19. d. M., Nachm. 4 1/2 Uhr, bei **Kol. Ehrenberg,** Annenstr. 16.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen **Jubril** über die Gewerbesteuer-Veranlagung und Diskussion. 2. Vierteljahresbericht des Kassiers und der Rechtschutts-Kommission. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Beschlußfassung über die obligatorische Beibehaltung des „Gastwirthsgehilfen“. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 169/7
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird die Versammlung früher wie sonst und pünktlich eröffnet und ist es Pflicht eines jeden Kollegen rechtzeitig zu erscheinen.
 Billets zu dem am 25. d. M. stattfindenden **Herrenabend** werden in der Versammlung ausgegeben.
Der Vorstand. J. A.: W. Lorenz.

Achtung! Maurer.

Zentral-Verband deutscher Maurer.
Zahlstelle Berlin II.
Mitglieder-Versammlung
 am Sonntag, 21. Januar, Vorm. 10 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegirten zum Verbandstag. 4. Abrechnung. 5. Generalschaftliches. 295/5
 Ersuche die Mitglieder in dieser Versammlung zu erscheinen, auch die Kollegen vom Westen. Die nächste Versammlung findet Bülowstraße statt. Also alle Mann auf Bed!
Die örtliche Verwaltung.

Tischler-Verein.

Versammlung mit Damen
 am Sonnabend, den 20. Januar, Abends 9 Uhr.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Herrn **Dr. Pinn.** Ausgabe der Billets zum Maskenball. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.
 Billets sind zu haben bei: Böschel, Dieffenbachstr. 27; Wolff, Prinzenstraße 8; Gache, Staltherstr. 66; Lehmann, Kopenstr. 78; Zinke, Heimstr. 9.

Achtung! Böttcher. Achtung!

Oeffentl. Versammlung mit Frauen
 am Sonnabend, 20. Januar, Abends 8 Uhr, bei **Heise,** Dichtenbergerstr. 21.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Wurm** über: Die Arbeitslosigkeit durch die Spiritussteuer im Böttchergewerbe. 2. Verschiedenes. — Nach der Versammlung: **Vergügtes Beisammensein.**
Der Einberufer. 113/2

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 18. Januar 1894. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf von Posadowsky, von Bötticher, Miquel, von Niedeck, von Miltzsch, von Jagomann, Aschenborn.

Nachdem der Antrag des Abg. Auer, betr. die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Kees für die Dauer der Session ohne Debatte genehmigt ist, tritt das Haus in die erste Lesung der Weinsteuer-Vorlage.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die verbündeten Regierungen erachten die Weinsteuer als eine durchaus rationelle Steuer als Ergänzung unseres Getränke-Steuer-systems überhaupt und als Luxussteuer. (Widerspruch links.) Ich werde das nachher weiter ausführen und berufe mich vorerst auf eine Rede Dr. Buhl's. Der Hauptvorwurf gegen die Vorlage liegt in der Behauptung, die Steuer würde auf den Winger zurückgewälzt werden und so die Landwirtschaft neu und schwer belasten. Wir haben die Steuer so weit wie möglich vom Winger abhalten wollen, der Verbraucher oder Kleinhandlender soll sie tragen. Das der Winger durch die Reichs-Weinsteuer schlechter gestellt sein würde als bisher, können wir nicht zugeben. Die Besteuerung des Schaumweins und des Kunstweins ist als Kompromiß in Vorschlag gebracht worden. Auf dem großen Mainzer Interessententage wurde von einem Schaumwein-Interessenten erklärt, dem deutschen Schaumwein habe allgemein der Fluch an, als Luxusartikel zu gelten; diesem Fluche verdanke er in der neu beabsichtigten Vorlage die Ausnahmestellung einer höheren Steuerbelastung. Darin liegt ein Körnchen Wahrheit. Man denkt beim Schaumwein immer an Champagner. In der Besteuerung des Kunstweins sind alle Interessenten einig, die bietet man uns großmüthig an. Wir würden auch gern darauf eingehen, wenn wir nur die Unterscheidung genau wüßten. Nach unseren Forschungen wird sehr wenig Kunstwein fabriziert, und es wäre gar nicht wunderbar, wenn es schließlich gar keinen Kunstwein gäbe. (Weiterkeit.) Ich möchte nur wünschen und hoffen, daß die Mehrheit des Reichstags dieses Weinsteuergesetz mit Freuden begrüßt.

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Vg.): Die Einzelheiten der Vorlage und die tatsächliche Lage der Dinge müssen doch zu ganz anderen Schlüssen führen, als sie der Schatzsekretär gezogen hat. Bier und Wein werden nicht u e b e n dem Branntwein in Mittel-Deutschland und im Süden getrunken, sondern statt des Branntweins. (Sehr richtig!) Man beabsichtigt doch nur eine Besteuerung der bestehenden Klassen, und die kann man haben ohne diesen großen neuen Steuerapparat, ohne die Unmasse neuer Steuerbeamten, durch eine Besteuerung der höheren Einkommen. Von einer Liebeshandlung für die Winger habe ich auch in der Vorlage nichts gefunden. (Weiterkeit.) Von ausgleichender Gerechtigkeit kann man wirklich bei dieser Vorlage nicht reden. Wenn der Wein schon einmal bluten soll, braucht man doch nicht gleichzeitig drei Wader an drei verschiedenen Stellen zum Adlerlaß schreiben zu lassen. Wenn im Südwesten des Reiches der Weinkonsum noch vorhanden ist bis in die untersten Klassen hinein, dann soll doch auch dafür gesorgt werden, daß dieses gesunde Volksgetränk erhalten bleibt. (Sehr richtig!) Der Weinbauer ist auch keineswegs allgemein ein wohlhabender Grundbesitzer; gerade bei den kleinen Qualitätsweinen ist das am wenigsten der Fall. Im Rheingau giebt es 3000 Veshler, von denen über 2000 unter 1 Hektar haben und nur 57 über 3 Hektar. Die Kleinen sind am unsichersten daran, weil ihre Reben die empfindlichsten sind, und sie würden durch die Steuer in ihrer ökonomischen Lage unbedingt verschlechtert werden. Ein Theil der Steuer wird ganz zweifellos auf die Winger abgewälzt werden, das giebt die Vorlage selber zu. Ein Theil des Verbrauchs wird fortfallen, und dieser Konsumausfall muß notwendig den Winger schädigen. Es wird Quantitätsverringering oder Schmiererei eintreten. Die Kunstweinfabrikation kann man nicht eindämmen durch hohe Besteuerung, sondern lediglich durch ein Verbot. Die Kellerkontrolle ist auch lange nicht so harmlos, wie die Begründung sie ausgeben will. Jeder Weinbändler muß seine Kellereinrichtung genehmigen lassen und kann bis zu 25000 M. Geldbuße aus diesem Anlaß verurtheilt werden; auch sonst sind Ordnungsstrafen bis zu 1000 M. zugelassen, und der Steuerbeamte hat es in der Hand, mit solchen Summen die Beteiligten zu strafen, ebenso sind auf Uebertretungen jeder beliebigen Verwaltungsverordnung, die nicht einmal allgemein, sondern direkt einem bestimmten Manne gegenüber erlassen ist, Ordnungsstrafen bis zu 1000 M. gesetzt, etwas geradezu Unerhörtes! Ganz gleiche Erfassungen sind bei der Besteuerung zu erwarten. Der Steuerbeamte hat in jedem Privatkeller das Recht der Untersuchung, und der betheiligte Konsument muß sich dem fügen. Die Bezeichnung „Kellerratten“, wie der Volksmund diese staatlichen Revisoren genannt, besagt genügend, welche Werthschätzung solchen steuerlichen Maßnahmen beigelagt wird. Die Ertragsberechnung in der Vorlage ist ganz oberflächlich, sie kann auch nicht zuverlässig aufgestellt werden, jedenfalls ist sie um so weniger ausschlaggebend, als eben der Kunstwein in der Vorlage vollständig fehlt. Die Verwaltungskosten werden bloß mit 10 pCt. berechnet, während die Wiesbadener Handelskammer mindestens auf 30 pCt. kommt und die Erhebung in Elsaß-Lothringen durch einer dort aufgemachten Berechnung von dem Bruttoertrage der Steuer 2/3 in Anspruch nehmen soll. Das Großkapital ist besonders an der Ablehnung des Gesetzes interessiert. Die Umgehung des Gesetzes wird auf die einfachste Weise erfolgen; vor allem wird man durch den erlaubten Zusatz von Fuderswasser den Werth des Hektoliters unter 50 M. herabdrücken und so den Wein steuerfrei machen. Die prozentuale Werthsteuer ist eine Prämie auf die Abgabe falscher Angaben und auf die Ueberwälzung auf den Produzenten. Wir können deshalb für das Gesetz nicht stimmen, und sind auch gegen eine Kommissionberathung. Geben Sie dem Gesetze nicht ein Begräbnis dritter Klasse, sondern hier im Plenum eine schöne würdige Bestattung. (Weißall links.)

Abg. Vörstin (nll.): Ich komme nach den Ausführungen des Vorredners, denen ich ganz beistimme, in Verlegenheit und hätte lieber gesehen, daß vor mir ein Freund der Vorlage gesprochen hätte. Aber unter der großen Menge der gemeldeten Redner befindet sich nur ein einziger Freund der Vorlage, und das Präsidium scheint denselben für ein späteres Stadium der Debatte aufsparen zu wollen (Weiterkeit). Die Erregung in den betheiligten Kreisen ist keine künstlich gemachte, wie der Schatzsekretär anzunehmen scheint, sie datirt in unermindelter Nähe an; dieser Weinsteuer gegenüber ist Landwirtschaft und Industrie, Norden und Süden darin einig, daß hier ein Mißgriff gemacht ist, der noch dazu nicht einmal für den Fiskus etwas Erledliches abwirft. Der Gedanke, der als optatio benevolentiae den Motiven voransteht, daß der Wein vom Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit besteuert werden müsse, wie Bier und Branntwein besteuert seien, hat etwas für sich, und diesem Satze verbandt die Weinsteuer auch eine gewisse Popularität, die unlegbar vorhanden ist; aber bei näherer Betrachtung erweist sich der Gedanke, wie die ihm in der Vorlage gegebene Ausführung als unrichtig. Bier und Branntwein werden im ganzen Deutschen Reiche produziert, Wein nur im

Süden und Westen des deutschen Vaterlandes. Die steuer-technische Durchführung ist ein weiterer Grund gegen das ganze Projekt, auch wenn die Weinsteuer die gerechteste Steuer von der Welt wäre. Daß der Wein das Getränk der Wohlhabenden ist, ist in dieser Allgemeinheit auch nicht richtig, er ist im Süden und Westen ein Volksgetränk im eminentesten Sinne des Wortes. Man hat man die Werthgrenze von 50 M. pro Hektoliter erfinden, um den Wein zum Luxus-Verbrauchsgegenstand zu machen. Herr Buhl hat in Mainz nur von dem sogenannten Luxuswein gesprochen, der herangezogen werden könnte; was aber Luxuswein ist, davon hat er damals nicht gesprochen; er legt die Grenze sehr viel höher als die Vorlage. Die Grenze ist viel zu niedrig gegriffen, um Luxus- und Volksgetränk, Qualitäts- und gewöhnliche Weine scharf zu trennen. Die Weine von 50-80 M. werden in der Pfalz in allen Volkskreisen bei allen Kirchweihen aus Schoppengläsern getrunken. Aber man mußte so tief greifen, weil sonst nichts herausgekommen wäre aus der ganzen Besteuerung. Das künftige Weinsteuergesetz hat den Winger schon jetzt einem Herbst gegenüber, der vielleicht seit 20 Jahren der beste ist, schwere Enttäuschungen bereitet. Die Werthsteuer wird gerade in ihrer schärfsten Form als prozentuale Steuer den Winger ruiniren; der Handel wird sich mit der äußersten Zähigkeit zu schätzen suchen. In dem Kampf wird der Winger als der schwächere Theil unter allen Umständen unterliegen, denn der größte Theil der Winger muß den Wein in den ersten Tagen des Herbstes nolens volens verkaufen. Ein Kunstweinsteuergesetz haben wir in Baden; es hat bisher ganz kümmerliche Erträge geliefert. Das liegt daran, daß gewisse Formen der Kunstweinfabrikation außerordentlich schwer zu fassen sind. Die Kunstweinfabrikation wird sogar nach meiner Meinung aus dieser Vorlage und natürlich sehr gegen ihre Absicht einen neuen Impuls erhalten. Ich würde ein Gesetz nicht verschiefen, welches der schwierigen Lage des Wingererwerbes eine neue Erschwerung hinzufügt. Ich finde vollständig begreiflich, wenn der badische Minister im badischen Landtage erklärt hat, daß, wenn Baden für diesen Entwurf eingetreten wäre, es sich in Widerspruch gesetzt haben würde mit der ganzen Politik der Fürsorge für die Landwirtschaft, der wir uns seit 15 Jahren hingeben (Hört! hört! links.) Die Kontrolle muß eine geradezu widerwärtige sein, und trotz der schärfsten und straffsten Kontrolle wird der Zweck des Gesetzes doch nicht erreicht werden. Wie soll der Zollbeamte einen Wein richtig taxiren können? Wie soll er die Qualitäten auseinanderhalten? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Das die Wingerbevölkerung des Deutschen Reichs aus partikularistischen Rücksichten gegen die Vorlage eintritt ist eine agitatorische Uebertreibung; aber man soll diese auf den Reichsgedanken eingeschworene Bevölkerung nicht ohne Noth verstimmen, und das würde durch dieses Gesetz geschehen. Ich halte die Vorlage für undurchführbar, sie wird nicht einbringen, was die Regierung erwartet, was aber eingebracht wird, wird von den Winger, den Produzenten genommen werden entgegen der Absicht der Regierung; es wird wesentlich eine Produktions-, nicht eine Konsumtionssteuer sein. Die Nationalliberalen sind einig in der Ablehnung der Vorlage; Einige wollen den Luxus auf dem Gebiet des Weinkonsums, soweit es ohne Belästigung des Wingers geschehen kann, besteuern; hauptsächlich den feinen Flaschenwein und die Schaumweine wollen diese besteuern. Die Möglichkeit davon ist näher zu untersuchen, wird Aufgabe der Kommission sein, welche bereits die Steuerfrage berath; an diese Kommission beantrage ich die Vorlage zu überweisen.

Staatssekretär Graf Posadowsky verwahrt die verbündeten Regierungen dagegen, daß das Gesetz ohne genügende Kenntnis der Materie gemacht worden sei; es sei unter Heranziehung von Sachverständigen vorbereitet worden, welche ganz genaue Kenner waren. Der Hauptvorwurf, daß die Winger von dem Gesetz getroffen würden, wird schon dadurch widerlegt, daß 55 pCt. aller Winger an dem Gesetze gar kein Interesse haben, weil sie nur Weine unter 50 M. produziren, also nur der Landessteuer unterliegen. In Baden und Württemberg besteht ja doch schon eine Weinsteuer mit fast ganz denselben Kontrollen, wie die Vorlage auch enthält. Im überwiegenden Theil von Deutschland wird das Volksgetränk besteuert, im Süden, wo es der Wein ist, nicht. Eine solche Ungleichheit kann man nicht bestehen lassen wollen. Daß die Steuer unter allen Umständen auf den Winger abgewälzt werden wird, behaupten zwar sämtliche Redner aus dem Westen und Süden, aber demselben hat es keiner. Der Charentwein soll deshalb nicht als Kunstwein angesehen werden, damit der Elässer Winger die zweite Pressung noch als Naturwein verwerten kann. Dagegen, daß die Abwälzung stattfinden wird, hat eine offizielle Aufklärung einer Handelskammer ausdrücklich Widerspruch erhoben. Wenn Sie diese Weinsteuer ablehnen, wird der notwendige Schluß daraus sein, daß Luxussteuern in Deutschland überhaupt keine Aussicht auf Annahme haben. (Zustimmung und Widerspruch.)

Abg. Eich (Soz.) Wenn der Staatssekretär von Posadowsky sich die Wirkungen dieses Gesetzes näher ansehen würde, würde er bald einsehen, wie verkehrt die vorgeschlagene Steuer ist. Wir sind aus zwei Gründen gegen das Gesetz: einmal, weil wir grundsätzlich die Mittel zur Deckung der Militärlasten verweigern, und zweitens, weil durch dieses Gesetz sehr viele Menschen existenzlos werden. Wären die Vorlagen bekannt gewesen vor der Wahl, so wäre die Militärvorlage nimmermehr durchgegangen. Es ist gewissermaßen ein blutiger Hohn auf das Versprechen, die Lasten auf die stärkeren Schultern zu wälzen. Es wird auch die Moral ins Feld geführt. Es ist gesagt worden, man müsse den Lotteriestempel erhöhen, das schade nichts; die dem Menschen innewohnenden Leidenschaften könnten auch besteuert werden. Der Finanzminister hat damals, als das vorgeschlagen wurde, sehr geschwänzelt; ich habe sein Gesicht genau beobachtet. Er hat aber nicht allein den Spielteufel eingefangen, jetzt will er auch den Saufteufel einfangen. Wir sind nicht abgeneigt, den Leuten, die Champagner und theure Weine trinken, erheblichere Lasten aufzuerlegen. In vielen Gegenden aber ist der Wein ein notwendiges Genussmittel des Mittelstandes und der arbeitenden Klassen. Der Wein wird wesentlich theurer, also werden auch diese Klassen mehr belastet werden. Es ist ganz interessant, daß wir einen Paragraphen finden, nach welchem der Kommuonionwein frei sein soll. Warum hat man denn nicht den Wein für die Kranken frei gelassen? Wenn man den Wein frei läßt, der gewissermaßen zu Seelenheil gehört, dann sollte man doch ebenso verfahren mit dem Wein, der zum körperlichen Wohl gehört. Wenn man ferner den Wein nicht besteuern will, den der Winger für seinen eigenen Bedarf gebraucht, so wird der kleine Weinbauer doch nur sehr selten für sich seinen Wein gebrauchen, meistens wird er ihn verkaufen, um seine Schulden damit bezahlen zu können. Wenn Sie den großen Weinberg-Besitzer, wie meinen speziellen Freund, den Kommerzienrath Siegle, besteuern wollten, so wäre ich dabei; der ist freilich gegen das Weinsteuer-Gesetz. Würde in Ostpreußen Wein gebaut, so würden wir eine solche Vorlage zweifellos nicht haben. Jetzt glaubt man aber diesen Zweig der Landwirtschaft noch paden zu können. Als Herr v. Blöth seine große Rede am 7. Dezember hielt, sagte er: „Die Interessenten der Landwirtschaft seien überall dieselben; gleichviel ob sie Zuckerrüben, Getreide oder Wein baut. Es scheint als ob ein Strahl der Morgenröthe wieder

hereinstrahle!“ Wenn das hier ein Strahl der Morgenröthe sein soll, dann danke ich! Die Klagen der Landwirtschaft über einen Nothstand mögen nicht ganz unberechtigt sein. Wenn die Landwirtschaft unter guten Verhältnissen prosperirte, wäre ja manches von dem, was wir wollen, falsch! Das es aber mit der Landwirtschaft so kommen mußte, wie es gekommen ist, hat schon Karl Marx in den vierziger Jahren nachgewiesen. Er sagt, die Landwirtschaft muß zu Grunde gehen, denn die Rente wird immer mehr sinken; der Werth des Landes richtete sich jedes Mal nach den Getreidepreisen. Bei so niedrigem Preisstand wie heute, hat das Land kaum noch einen Werth. Die Schuld daran liegt an der Entwicklung unserer heutigen Gesellschaft und der kapitalistischen Produktionsweise. Die Landwirtschaft ist das erste, was zu Grunde geht und nichts kann helfen, weder Zölle noch sonst etwas. Sie werden langsam doch aufgefreffen werden. Glauben Sie nicht, daß auf die Dauer die eine Hälfte der Menschheit sich von Ihnen durch hohe Getreidepreise ausbeuten lassen wird. Die Latifundienbesitzer werden sich ja noch halten, aber die Kleinen und mittleren Besitzer werden ausgefogen. Nachher kommt die Industrie heran. Was auf die Landwirtschaft zutrifft, trifft um vieles auf den Weinbauer zu, denn seine Lage ist viel unsicherer und er ist viel zu sehr auf die Bitterung angewiesen. In Württemberg ist in den letzten Jahren kaum der dritte Theil einer Vollernte erzielt worden. Die Arbeit des Wingers ist so ansäuernd, wie es sich der Landbauer im Osten nicht vorstellen kann, und es ist zu bewundern, daß die Leute überhaupt noch bei den fortwährenden Mißschlägen die Weinberge bearbeiten. Der Winger hat auch mit allen möglichen Krankheiten, wie der Reblaus etc., zu kämpfen und zuguterletzt kommt der Miquel und nimmt ihm seine Erträge weg. Daß das Erbitterung erzeugen muß, ist selbstverständlich, es erzeugt geradezu einen Pöbelhaß in Süddeutschland. Das mögen sich die Herren hinter die Ohren schreiben! Die Leute sind lange geduldig geblieben, aber jetzt können Sie bössartige Redensarten über die Reichsregierung hören, wenn Sie sie hören wollen. Im großen und ganzen wird die Steuer auf den Wein so drücken, daß doch der Winger und nicht der Konsument sie bezahlt. Das Steuerprojekt wirkt schon jetzt auf die Preise des Weines zu Ungunsten der Winger ein. Sie werden sagen, der Winger hat noch einen Nebenverwerb. Leider! und das ist eine der traurigsten Erscheinungen. Der Weinbauer ist nicht das ganze Jahr beschäftigt und muß seine Löhner und Söhne in die Fabriken, in die Städte schicken, wo sechs bis sieben Mark Wochenlohn noch etwas Außerordentliches sind. Bei schlechten Weinjahren, wie den letzten, und bei solcher wirtschaftlichen Depression verdrängen die Dörfer der Weinbaugenden langsam. Die arbeitsfähigen Leute ziehen fort und nur die Alten bleiben zurück. Beim Unterstützungswohnsitz-Gesetz sagte Freiherr von Güttingen: „Auch der Landwirtschaft werden durch dieses Gesetz Arbeiter entzogen, und diese gehen in die Fabriken in der Stadt, um dort einen lockeren Lebenswandel zu führen.“ Das ist ja das Unglückselige, die Leute müssen fort, und nun ruft man ihnen nach, daß sie einen lockeren Lebenswandel führen. Es wird gar nicht lange dauern, so sind die Bauerndochter und -Söhne Sozialdemokraten. Das lernen sie in der That. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Kommen die Leute dann zurück in das heimathliche Dorf und sprechen mit den Alten, so sind sie unsere besten Agitatoren. Die Bauern werden aufgeklärt, und daher haben wir in Süddeutschland auf den Dörfern so viel Stimmen bekommen, in manchen sogar die Majorität. Bald werden die Dörfer mit Kleinwirtschaft durchweg sozialdemokratisch sein. Denn der Bauer sieht ein, daß er ausgebeutet wird von Juden und Christen. Ich mache da keinen Unterschied. Der Bauer ist eben aufgewacht und es kann noch kommen, daß er wie 1525 seine 12 Artikel der Gesellschaft vorlegt, die werden dann aber einen bitteren Beigeschmack nach sozialdemokratischen Grundsätzen haben. Damals stand ihnen der Bürgerstand zur Seite, heute die wohlorganisirte Arbeiterschaft, die ihm erlumpen wird, was ihm böswilliger Weise vorenthalten wird. Lehnen Sie das Gesetz auch ab, wird damit viel geschehen sein? Daß das Gesetz eingebracht ist, genügt schon, das hat die Leute kopfschmerz gemacht, und Sie bringen es nicht mehr aus ihrem Kopf heraus, wie sehr man sie mißhandelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben in nächster Nähe von Stuttgart Beispiele, die sich von dem Nothstand im Gungelberge nicht mehr viel unterscheiden. Wenn der Ministerpräsident v. Müllner sich darum gekümmert hat, wie es seinen Landeskindern bei der Parzellenwirtschaft und dem Weinbau ergeht, dann hätte er zweifellos im Bundesrathe die Weinsteuer stimmen müssen. Wie bei den Weinproduzenten, so sieht es auch in den Kreisen der Weinbändler aus. Die prozentuale Werthbesteuerung muß dem kapitalistischen Großbetrieb. Und dann die Kontrollvorschriften. Es giebt gar keine Sachverständigen, die all die Proben machen können, oder will Herr Miquel es unternehmen, in die Keller zu steigen? (Weiterkeit.) Ein Gesetz, das so unvollkommen ist, sollen wir nicht erst in die Kommission schicken. Beschließen Sie, daß die zweite Lesung im Plenum erfolgt, und lehnen Sie dann das Gesetz ab. (Weißall bei den Sozialdemokraten.)

Nach 1 Uhr wird die weitere Berathung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Serreuhans.

3. Sitzung vom 18. Januar. 1 1/2 Uhr.

Am Ministertische: v. Seyden, Miquel, v. Berlepsch. Die Abtheilungen und Kommissionen haben sich konstituiert. Eingegangen ist eine Vorlage wegen Aenderung des allgemeinen Berggesetzes, die der Justizkommission überwiesen wird.

Zur einmaligen Schlussberathung steht der Antrag Adickes auf Annahme des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Stadterweiterungen und Grundentzuehungen.

Der Berichterstatter Oberbürgermeister Becker-Ahn verweist darauf, daß der Antrag nur den Zweck hat, die Materie wieder dem Abgeordnetenhaus zur Berathung zu unterbreiten. Der Antrag wird darauf ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Interpellation des Freiherrn v. Mantuffel: Anknüpfend an die allerhöchste Thronrede, welche die schwierige Lage der Landwirtschaft anerkennt, richten wir an die königliche Staatsregierung die Frage, ob dieselbe außer den angeführten Maßnahmen noch fernere Schritte zur Beseitigung des stetig wachsenden Nothstandes in der Landwirtschaft zu thun gedenkt?

Der Interpellant führt aus, daß er schon die Schaffung eines besonderen Agrarrechtes, wie ein solches besonderes Recht für den Handel bereits bestes, früher angeregt habe. Es läßt sich nicht leugnen, daß der allgemeine Nothstand der Landwirtschaft seit dem Juni v. J. sich erheblich verschlechtert hat. (Sehr wahr!) Das es die höchste Zeit ist, wenn man die bessere Hand anlegen will, daß jetzt zu thun, sonst stirbt der Kranke. Die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch hat den erfreulichen Beschluß gefaßt, daß die Rentenschuld zugewiesen werden soll. Das ist noch nichts besonders Hoffnung erweckendes, denn wie viele werden das fertigwerden des neuen Gesetzbuches erleben? (Weiterkeit.) Immerhin ist es aber bemerkenswerth, daß in einer Kommission, in welcher viele Gelehrte sitzen, ein solcher Beschluß gefaßt werden konnte. In der Thronrede ist die Nothlage der

Landwirtschaft offen anerkannt und der Weg gewiesen, der eingeschlagen werden soll. Dafür sind wir wirklich dankbar. Gegen die erst geplanten fakultativen Landwirtschaftskammern habe ich mich von Anfang an ausgesprochen, sie müssen obligatorisch sein, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Minderwertige Landwirtschaftskammern, deren Gutachten nur angehört aber nicht beachtet werden, haben keinen Nutzen. Wenn bei den Substitutionen so schlechte Ergebnisse erzielt werden, so liegt das an der geringen Publizität; denn die Amtsblätter liefern meist kein vernünftiger Mensch; nur die Güterausfächter erfahren davon. Hier muß, so bedauerlich auch Substitutionen sind, dafür gesorgt werden, daß das Interesse der Betroffenen gewahrt wird. Was über die Verwindung der Hypothekenschuld bisher offiziell bekannt geworden ist, ist recht erfreulich. Wenn die fundergebenen Grundstücke wirklich zur Einführung gelangen, dann haben wir einen guten Schritt vorwärts getan. Denn namentlich die Mobilisierung des Grundbesitzes und die Einführung der Grundschuldbriefe, die ohne allen Nutzen eingeführt sind, ist die Hauptursache aller Schäden. Die gesamte Hypothekenschuld wird man kaum in eine Rentenschuld zu verwandeln vermögen. Aber so weit es durchführbar ist, wird es leichter durchzuführen sein, als die Gegner denken. Man spricht von einer Konfiskation. Was ist es denn gefährlich, wenn der Hypothekengläubiger die Rente zu 95 übernimmt und nur zu 98 an den Markt bringen kann? Er wird nicht so viel Schaden haben als die Landwirtschaft, die jetzt unter den Hypotheken leidet. Bedauerlich ist es, daß die Heimstättenfrage nicht gefördert ist. Alle diese Maßnahmen reichen aber nicht aus; wenn man gründlich heilen will, muß man ein Anerbentrecht einführen. Die Versuche mit der Höfrolle sind nur daran gescheitert, daß man die Sache freiwillig gemacht hat; sie muß obligatorisch gemacht werden. Die ganze agrarische Gesetzgebung wird eine Reihe von Jahren dauern, ihre Wirkung wird erst sehr viel später eintreten, deshalb muß man im Reiche mit schnellen Mitteln helfen. Da ist das Nächste die Währungsfrage, die einen schnellen Nutzen bringen kann. Den Identitätsnachweis will ich nicht berühren, sondern nur erklären gegenüber einer Zeitungsnachricht, daß wir und am allerwenigsten ich nicht unfaßlich werden beim russischen Handelsvertrage. Auch bezüglich des Börjensegetes thut Eile noth. Denn was an der Börse an Geschäften beunruhigt wird, ist doch nicht mehr schön. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie kann nur von einem kräftigen gesunden Bauernstand geführt werden.

Landwirtschaftsminister v. Seyden wiederholt den auf die Landwirtschaft bezüglichen Theil der Thronrede, und hält dann im wesentlichen die in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gehaltenen Rede noch einmal, weshalb wir nur das Erheblichste zum Abdruck bringen: Es ergeben sich bei der Umwandlung der Hypothekenschulden in Rentenschulden so weite Aufgaben, daß es unmöglich ist, ohne Inanspruchnahme der Landwirthe selbst diese Dinge zum Abschluß zu bringen und sie den Verhältnissen der Landestheile anzupassen. Indem die Staatsregierung anerkennt, daß die Lage des ländlichen Grundbesitzes keine genügende ist, will sie an dem Punkte einsetzen, wo es am nothwendigsten ist. Deshalb ist der Entwurf von obligatorischen Landwirtschaftskammern dem Landtage vorgelegt worden. Bezüglich der Rentengüter wird frisch und fröhlich vorgegangen; 5000 Rentenalter sind von den Besitzern bereits übernommen worden. Nach der jetzigen Lage hat die Staatsregierung auf den Gang dieser Entwicklung nur einen geringen Einfluß. Ob der Regierung dabei ein weiterer Einfluß noch eingeräumt werden soll, muß der weiteren Entwicklung überlassen werden. Der Interpellant ist auf Reichsantrag gekommen. Er hat die Börjensegete erwähnt und den baldigen Erlaß eines Börjensegetes verlangt. Nachdem die Enquete aber erst abgeschlossen ist, wird man kaum die sofortige Vorlage eines Börjensegetes beanspruchen können. Was dabei die Landwirtschaft zu wünschen hat, dafür ist von meiner Seite Härte getroffen worden. Wenn der Interpellant glaubt, daß mit der Währungsfrage schneller gehandelt werden kann als mit jeder anderen Maßregel, so glaube ich, daß er die Sache überschätzt. Was in neuerer Zeit durch die Presse gegangen ist, das Schreiben der Opreußen an den Reichskanzler und die Antwort des letzteren, so kann ich erklären, daß die Staatsregierung der Ansicht ist, daß das dauernde Sinken des Silberpreises mit schweren Schädigungen für alle Erwerbsverhältnisse verbunden ist. Es wird nicht beabsichtigt, die gesamte Währungsfrage, wie sie sich darstellt im Gegensatz zwischen Gold- und Doppelwährung, von Grund aus zu erörtern. Dafür liegt Material genug vor, welches jetzt für die praktischen Maßnahmen in Indien und Amerika geprüft werden, insoweit von Deutschland aus und durch internationale Verhandlungen eine Steigerung des Silberwerthes herbeigeführt werden kann. Eine alte Beschwerde der Landwirtschaft, die Doppelbesteuerung, ist in der Befreiung begriffen. Die Steigerung der Produktion muß gefördert werden; dafür werden neue Mittel vom Landtage gefordert werden. Daß Fälle eintreten können, wo der einzelne sich nicht mehr halten kann, ist zweifellos. Wenn diese Fälle nicht mehr vereinzelt, sondern vermehrt eintreten, so bedauert das die Staatsregierung ebenso wie Sie; ich will helfen dem entgegenzuarbeiten. Wenn auf diesem Gebiet etwas geleistet werden kann, so werden die Landwirtschaftskammern der geeignete Ort sein, um Vorschläge zu machen.

Graf Pfeil-Hausdorf beantragt die Befreiung der Interpellation.

Graf v. Rinkowström: Ich kann nur meine Genugthuung über die Erklärungen des Herrn Ministers aussprechen. Was die Entlastung der Landwirtschaft anlangt, so müssen wir anerkennen, daß die preussische Staatsregierung das Mögliche gethan hat. Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz müßte im Prinzip geändert werden, etwa dergestalt, daß die Beiträge als Zuschläge zur Einkommensteuer aufgebracht werden; das würde dazu führen, daß auch der Kapitalbesitz herangezogen würde. Was die Verschuldung anlangt, so ist das Nöthige schon gesagt worden. Bezüglich der Währungsfrage hat die preussische Regierung, abweichend von der bisherigen Haltung der Reichsregierung, anerkannt, daß etwas geschehen muß, und zwar bald. Sollte und etwa die Aufhebung des Identitätsnachweises nur gegen die Befreiung der Staffeltarife geboten werden, so würden wir darauf verzichten. Die Wunden, welche der Landwirtschaft durch die Reichsgesetzgebung geschlagen worden sind, müssen durch die Reichsgesetzgebung wieder geheilt werden. Wenn eine so ruhige Bewegung geräth, wie wir sie heute sehen, so muß das tief liegende Ursachen haben.

Graf v. Mirbach: Ich bin mit dem Herrn Vorredner einverstanden, daß die Aufhebung des Identitätsnachweises unter keinen Umständen für die Staffeltarife eingetauscht werden soll. Wir verlangen ja mit den Staffeltarifen keinen Differentialtarif. Eins aber muß ich besonders hervorheben: wir werden einem russischen Handelsvertrage nie zustimmen ohne weitgehende Kompensationen in der Währungsfrage. In dieser Beziehung ist der heutige Tag für mich ein freudiger, weil der Herr Minister seine Erklärung hier sicher nicht abgegeben hat ohne Einverständnis mit den leitenden Kreisen des Reiches. Ich hoffe auf eine baldige Verständigung, und erfolgt dieselbe, so könnte ich die Garantie übernehmen, daß die gesamte konservative Partei auch einem russischen Handelsvertrage zustimmen würde. Aber ein Mißlingen solchen Vorgehens ist doch nicht ausgeschlossen, und deshalb müssen wir in einem solchen Vertrage eine Stala des Rubelpreises verlangen. Bei ernstlichem Willen wird sich diese schwierige Frage in relativ kurzer Zeit lösen lassen.

Freier von Chorlemer-Aff: Auch mir ist die Erklärung des Herrn Ministers höchst erfreulich. Von der Börse-

enquete verspreche ich mir keine wesentlichen Erfolge; die Schwindeldrüse wird man doch nicht treffen. Die Aufhebung des Identitätsnachweises ist unmöglich ohne Befreiung der Differentialtarife, und für solche halte ich, dem Herrn Vorredner gegenüber, die Staffeltarife, denn sie begünstigen den Osten gegenüber dem Westen. Wir im Westen wollen nicht aus unserer Haut die Riemen schneiden lassen zu Gunsten des Ostens. Von den Landwirtschaftskammern verspreche ich mir keinen großen Erfolg. Wir machen damit auch einen Sprung ins Dunkle, während wir alte bewährte Einrichtungen beseitigen. Bedenklich sind mir auch die ziemlich weit ausgedehnten Wahlen zu den Landwirtschaftskammern, die ein Zummelpfad für die politischen Parteien sein werden und es ist das Schlimmste für die Landwirtschaft, wenn ihre Interessen verdrängt werden mit denen der politischen Parteien. Die Landwirtschaftskammern sollen sich mit dem Agrarrecht und mit der Regelung des Kredits befassen. Wie man sich das Erlitere denkt, weiß ich nicht. Einige Herren, die sich dafür interessirten, fragte ich, wie sie sich die Sache dächten, sie aber sagten mir: Ja, das ist doch noch näher zu überlegen. Einige haben mich auf den Minister Miquel verwiesen und gesagt, der würde es schon machen. (Weiterleit.) Ich denke mir als Hauptaufgabe des Agrarrechts die Schaffung eines ordentlichen obligatorischen Erbrechts, das sich auch auf den mittleren und kleineren Grundbesitz erstreckt. Wenn das nicht geschaffen wird, so helfen Kreditmaßregeln nichts, sie könnten dann nur dem Einzelnen helfen, dem Grundbesitz als solchem nicht. Die Hilfe auf dem Gebiete des Kredits kann nur in der Umwandlung der Hypothekenschuld in eine Pfandbriefschuld bestehen. Wie diese zu bewerkstelligen ist, das ist eine schwierige und nicht schnell zu lösende Frage. Es kommt vor allem darauf an, wie das Kapital sich dazu stellt. Nothwendig ist weiter die Befreiung des Grundbuchsystems, um den leichten Besitzwechsel zu verhindern. Wir aber müssen uns vor übermäßigem Optimismus hüten; zum Vergleich ist die Lage der Landwirtschaft noch nicht.

Oberbürgermeister Bräcke (Bromberg): Wir sind mit den Landwirtschaftskammern einverstanden und auch damit, daß sie obligatorisch eingeführt werden. Das Gold ist wegen seiner verschwindenden Schwankungen der richtige Werthmesser. Es entspricht dem realen Handel und Wandel des deutschen Volks, während die Doppelwährung mit ihren Schwankungen zu unrealen Preisen und unrealen Werthen führen muß. Gegen die Enquete haben wir nichts einzuwenden, einen Erfolg mögen sich die Herren davon jedoch nicht versprechen. Dem Vorstoß gegen die Handelspolitik des Reiches können wir nicht zustimmen. Berechtigt sind die Forderungen auf Ausdehnung der Staffeltarife und Befreiung des Identitätsnachweises. Schließlich möchte ich noch meine Stimme für den russischen Handelsvertrag erheben; für diesen Preis sind wir bereit, die Interessen der Landwirtschaft nach Möglichkeit zu fördern.

Oberbürgermeister Becker (Köln): Ich konstatire, daß der Vorredner lediglich für seine Person gesprochen hat.

Oberbürgermeister Bräcke: Ich habe ausdrücklich im Namen „weiterer Volkstheile“, liberaler und konservativer, gesprochen, die auf dem Boden der Wirtschaftspolitik der Regierung stehen.

Freier v. Durant: Die Landwirtschaft leidet vor allem an der unbeschränkten Verschuldbarkeit des Grundbesitzes. Eine der nächsten Aufgaben wird eine scharfe Kontrolle der Börse und der Erlaß eines Börjensegetes sein.

Reichsbankpräsident Koch: Das darf es als völlig klar betrachtet werden, daß man auf dem Wege der Währungsänderung eine schnelle Hilfe sich gar nicht verspricht. Gerade diese Frage vermag Experimente nicht, denn jeder mißglückte Versuch hat bald den Ruin von Hunderten und Tausenden von Erbsen zu Folge. Das Beispiel von Amerika muß uns warnen. Es ist bekannt, daß da in letzter Zeit eine Krise von ganz kolossaler Ausdehnung eingetreten war. Man schätzt die Zahl der großen Bankerotte auf 15000, 4 Eisenbahnen sind still geworden, und nach autoritativer Angabe den Verlust an Nationalvermögen auf eine Milliarde Dollars, d. h. vier Milliarden Mark. Ich stehe auf dem Standpunkte des Präsidenten Cleveland, der erklärte: eine stabile Währung, das ist der beste Schatz eines Staates. Ich möchte Sie bitten, sich keiner Hoffnung hinzugeben, daß es zu einer internationalen Regelung kommen wird. Der Brüsseler Kongress lehrt uns das, und es ist ja bekannt, daß der englische Deputirte mit der gebundenen Marschroute erschien, daß in der Währung Englands nicht geändert werde. Der französische Minister Tirard erklärte, die Franzosen hätten so viel Silber, daß es ihnen nicht einfallt, ihren Vorrath noch zu vermindern. In der Schweiz giebt es eine große Partei für die Goldwährung und Ablösung vom lateinischen Währungsbande, und der holländische Finanzminister, eine der Säulen des Bimetallismus, hat sich dahin gelagert, daß von einer Wiederherstellung des Verhältnisses von 15/16 : 1 nicht die Rede sein könne. Das schließt ja aber nicht aus, daß die Kommission auch in praktischer Richtung Vorschläge zu machen im Stande ist. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Enquete die Ansichten klären und zu einer Verbesserung führen wird. Rehnlich wie mit der Währungsfrage liegt es ja mit der Börjensegete. Wer sich die Mühe gemacht hat, die Arbeiten der Enquetekommission durchzustudiren, der wird wenigstens anerkennen, daß wir uns die größte Mühe gegeben haben. Ich habe mich dabei bestrebt, der Sache möglichst auf den Grund zu gehen. Die Vorschläge, die gemacht werden, sind ja zwar von den beiden extremen Seiten angegriffen worden, ich hoffe aber, daß die Enquete doch dazu führen wird, den Schäden auf dem Gebiete der Börse ein Ende zu machen und das Wohl des Vaterlandes damit zu fördern. (Beifall.)

Graf zu Gienleben-Prassen schließt sich den Ausführungen des Oberbürgermeisters Bräcke in bezug auf den Identitätsnachweis und die Staffeltarife an.

Graf v. Mirbach: Das Beispiel Amerikas in der Silberfrage beweist gar nicht, höchstens, daß der Sturz des Silberpreises einen schweren Schaden für ein Land herbeiführt, den wir von uns abwenden wollen. Amerika hat die freie Bewegung des Silbers gehindert und dadurch die Gestaltung der Relation zwischen Gold und Silber unmöglich gemacht. Ich würde es bedauern, wenn eine internationale Konferenz keinen Erfolg haben würde, schon darum, weil wir dann unsere Stellung zum russischen Handelsvertrage nicht ändern könnten.

Damit ist der Gegenstand um 5 1/4 Uhr erledigt.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Abgeordnetenhause.

2. Sitzung vom 18. Januar 1894, 10 Uhr.

Am Ministertische: Miquel, Thielen, v. Seyden. Der Alterspräsident Nieden eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß eine die Beschlussfähigkeit übersteigende Zahl von Mandaten geprüft und für altig erachtet worden ist.

Zur Wahl der Präsidenten und Schriftführer schlägt Abg. v. Wenda vor, die Abg. v. Köller, v. Heereman und Graf Ebersfeld durch Juras zu Präsidenten zu wählen. Der Vorschlag findet lebhaften Beifall.

Abg. v. Köller wird durch Juras zum ersten Präsidenten gewählt und beim Betreten des Präsidentenplatzes mit Beifall begrüßt. Er nimmt die Wahl an, indem er für das seit 14 Jahren ihm geschenkte Vertrauen dankt und um Nachsicht bittet wegen seines zunehmenden Alters, welches ihn wieder jünger noch leistungsfähiger macht.

Zum ersten Vizepräsidenten wird Abg. v. Heereman gewählt, der mit dem Ausdruck freundlichen Dankes die Wahl annimmt.

Zum zweiten Vizepräsidenten wird Abg. Graf Ebersfeld gewählt, welcher die Wahl annimmt mit der Bitte, einen Theil des Wohlwollens und Vertrauens, welches seinem Vorgänger Herrn v. Wenda zu Theil geworden sei, auf ihn zu übertragen.

Präsident v. Köller dankt darauf dem Alterspräsidenten im Namen des Hauses für die gehabte Mithewaltung; die Anwesenden stimmen dem durch Erheben von den Plätzen zu.

Zu Schriftführern werden die Abg. Wode, Hartmann, Popelius, Weyerbusch, Zimwalle, Jerusalem, Olsen, Worjowski ebenfalls durch Juras gewählt.

Damit ist das Haus konstituiert; davon wird sowohl dem König als dem Herrenhause Anzeige gemacht werden.

Zu Quästoren beruft der Präsident die Abg. Bartels und Sattler.

Der Präsident schlägt vor, die Fachkommissionen wie in früheren Jahren zu wählen. Das Haus beschließt demgemäß.

Darauf erhält das Wort der

Finanzminister Miquel, welcher dem Hause die Rechnungen über den Staatshaushalts-Etat für 1890/91, die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1892/93 und den Etat für 1894/95 nebst Kasseheft vorlegt und den Antrag stellt: Ich muß zu meinem Bedauern mit der unerfreulichen Thatsache beginnen, daß der vorliegende Etat mit einem Fehlbetrag von 70 200 000 M. abschließt. Der Fehlbetrag gegen das laufende Jahr ist also um 12 Millionen gestiegen. Das ist hervorgerufen durch die Rückwirkung der Reichsfinanz auf den preussischen Etat. (Sehr richtig! rechts.) Einigermassen tröstlich ist dabei die Thatsache, daß der Fehlbetrag, der sich ergeben würde ohne die Mehrleistung an das Reich, also aus der eigenen Verwaltung Preussens, sich um etwa 20 Millionen niedriger stellt, als der im Vorjahr erscheinende Betrag. Dagegen übersteigen die Materialumlagen die veranschlagten Ueberweisungen um mehr als 32 Millionen. Ohne diese Steigerung würde der eigene preussische Etat um rund noch 90 Millionen günstiger abschließen. Während wir 1889-90 Mehrüberweisungen von rund 80 Millionen vom Reich hatten, verminderten sich dieselben in den folgenden Jahren auf 46, 41 und 25 Millionen und haben sich nunmehr in Mehrleistungen Preussens an das Reich von über 32 Millionen verwandelt. Bei solchen schwankenden Mehrüberweisungen und Mehrleistungen kann eine geordnete planmäßige Finanzverwaltung in den Einzelstaaten kaum geführt werden. (Sehr richtig! rechts.) Eine Voransicht in der Finanzverwaltung ist dabei fast vollständig ausgeschlossen. Sie werden es daher als eine Pflicht der verbündeten Regierungen anerkennen, daß sie bestrebt gewesen sind, in diesen bedenklichen Zuständen Wandel zu schaffen. Die einstimmige Ueberzeugung aller verbündeten Regierungen in Deutschland geht dahin, daß es die höchste Zeit ist, ein festes Verhältnis der Reichsfinanz zu den Einzelstaaten herzustellen. Die Einzelstaaten müssen auf die Zuführung unbestimmter Ueberweisungen verzichten und sich mit einer bestimmten Summe begnügen; das Mehreinkommen wird dem Reiche überlassen werden müssen, welches dadurch in die Lage kommen könnte, endlich zu einer mäßigen Schuldentilgung zu kommen. Es ist richtig, daß wir in einer allzu optimistischen Weise die Ueberweisungen an Preußen für dauernde Einnahmequellen angesehen und darauf dauernde Ausgaben basirt haben. Andererseits ist aber auch richtig, daß die Vermehrung der Reichseinnahmen von 1879 an gerade die Bestimmung hatte, Ueberweisungen an die Einzelstaaten eintreten zu lassen, damit diese drückende Ausgaben aufheben oder die Gelder nützlich verwenden können. In Preußen ist von diesen Ueberweisungen der Staatskasse wenig zu gute gekommen. Die Aufhebung der untersten Stufen der Klassensteuer, die Aufhebung des Schulgeldes, die Ueberweisungen an die Kreise nach Maßgabe der lex Huene sind Verwendungen aus diesen Geldern. Wir hoffen, daß es den verbündeten Regierungen gelingen wird, mit dem Reichstage zu einer Vereinbarung darüber zu gelangen. Erst wenn ein klares Verhältnis der preussischen und der Reichsfinanz erreicht ist, wird es möglich sein, eine sichere Uebersicht über unsere eigene finanzielle Zukunft zu gewinnen; bis dahin werden eine Reihe von Maßregeln ausgesetzt werden müssen, die an sich nützlich sind. Es wird kaum möglich sein, dem Wunsch des Hauses und der Regierung nachzukommen, durch eine Revision des Eisenbahn-Garantiegesetzes zu einem festeren Finanzsystem bezüglich der Eisenbahneinnahmen zu gelangen. Sollte die Hoffnung zu einer Einigung mit dem Reichstage zu gelangen, nicht erfüllt werden, dann bleibt nichts anderes übrig, als uns selbst zu helfen, d. h. die Mehreinnahmen an das Reich aufzubringen durch Eröffnung neuer Einnahmequellen in Preußen selbst. Der Fehlbetrag des abgelaufenen Etatsjahres ist wesentlich entstanden durch die Einnahmeausfälle der Eisenbahnverwaltung. Bei der Forst- und Bergwerksverwaltung wird sich eine Mindereinnahme, beim Landtage eine Mehrausgabe wegen der langen Sitzung (Große Heiterkeit) ergeben. An den Antheilen an den Zöllen und Verbrauchssteuern, bei den Stempelabgaben wird sich ein Minderertrag ergeben, und die Ueberweisungen an die kommunalen Verbände werden sich höchstens auf 30 Millionen stellen, während sie auf 84 Millionen angesetzt sind. Ohne die Mehranforderung des Reiches würde sich unser Etat sehr viel günstiger gestalten. Bei der Finanz- und Justizverwaltung dürfte sich eine Mindereinnahme, bei der landwirtschaftlichen und Gewerbeverwaltung sowie beim Kultusministerium dürfte sich eine Mehrausgabe ergeben. Im ganzen dürfte sich danach der Etat um 9 Millionen günstiger, der Fehlbetrag also auf 48 Mill. Mark stellen. Die Einkommensteuer ist den gesetzlichen Vorschriften entsprechend um etwas über drei Millionen Mark erhöht worden. Daraus folgt nicht, daß die Einkommensteuer entsprechend gestiegen ist, im Gegentheil, es hat sich eine den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Verminderung der Einnahmen bereits geltend gemacht. Wenn sich aus den Betriebszöllen etwas mehr als vierundzwanzig Millionen Mark ergeben sollten, so ist das nur eine sehr berechtigte Kompensation dafür, daß der Staat verzichtet hat auf die Steigerung der Gebäudesteuer und der Gewerbesteuer, die den Kommunen anheim fällt. In dem neuen Etat ergeben die indirekten Steuern, die Bergwerksverwaltung, die Forstverwaltung und die Domänenverwaltung Mindereinnahmen, die Domänen wegen der niedrigeren Pachtpreise, die Forstverwaltung wegen der niedrigeren Preise, während die Verbundkosten nicht zurückgegangen sind. Wenn die Verhältnisse des Reiches sich so weiter entwickeln, wie bisher, wird es nicht möglich sein, zu einer richtigen Bilanz zu kommen. (Sehr richtig! rechts.) Hoffentlich wird der veranschlagte Antheil Preussens an den Zöllen im Reiche bisher um zweiundzwanzig Millionen zurückgeblieben sind. (Hört! rechts.) Das beruht wohl auf den verhältnismäßig guten Ernten der beiden letzten Jahre. Die Bauverwaltung erfordert ein Mehr von 2 Millionen Mark, das Ordinarium derselben beträgt 16 Millionen Mark. Das Ministerium für Handel und Gewerbe erfordert für die Vermehrung der Fabrikaufsichtsbeamten und deren Bureaukosten ein Mehr, während bei der Justizverwaltung sich ein Minderbedarf ergibt. (Hört! links.) Für das Ministerium des Innern ist ein Mehrbedarf von 1 131 000 M. veranschlagt, davon für die Polizeiverwaltung in Berlin über 600 000 M., für die Provinzen 49 200 M. Die landwirtschaftliche Verwaltung erfordert ein Mehr von 1/4 Mill. Die Kultusverwaltung fordert 2 278 000 M. mehr für Universitäten, höhere Lehranstalten und außerdem für den Patronatsaufwands. Auch die Kosten des Medizinalwesens sind gestiegen um 94 000 M., namentlich zur Abwehr der Cholera. Wir haben verzichtet müssen auf die Fortführung der durchaus berechtigten Verbesserung der Beamtengehälter. Wir haben aber, so viel als möglich war, für die Dienstaltersstufen ist jetzt ausgedehnt auf 148 708 Beamten und zwar an 1721 höhere, 49 861 mittlere, 8928 Rangleit., 91 136 Unterbeamten. Da bei der Berechnung der Dienstzeit der Diätäre die Zeit der diätarischen Beschäftigung, soweit sie vier Jahre übersteigt, mit angedreht werden soll, hat eine Mehrausgabe von 1 222 000 Mark erforderlich gemacht.

Wir wollen hoffen, daß die Folgerungen, die wir aus den Beschlüssen des Reichstags ziehen dürfen, für uns günstig sein werden. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister v. Seyden: Ich erlaube mir, dem hohen Hause den Entwurf eines Gesetzes über die Landwirtschaftskammern zu überreichen. Eigentlich wird von keiner Seite mehr bestritten, daß die Grundbesitzer aller Klassen sich in einer schwierigen Lage befinden. Es besteht auch kein Zweifel darüber, daß ein kleiner Grundbesitzerstand für unser Vaterland unentbehrlich ist. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit eines Theiles der kleinen Grundbesitzer ist im Schwinden begriffen. Den Gründen dieser Erscheinung muß die Regierung nachgeben. Der Entschluß, dieser Frage ernsthaft näher zu treten, ist jetzt gereift. Ich will nicht sagen, die Nothlage der Landwirtschaft, sondern die schwierige Lage mancher Landwirthe (Weiterleit) ist hervorgerufen durch die Verschuldung der Landwirthe. Alle Gründe derselben kann die Regierung nicht abstellen; die Abstellung derselben aber würde ohne Weiteres eine Erhöhung des Wertes des Grund und Bodens herbeiführen, welche bei allen Rechtsgeschäften zur Erscheinung kommen. Als Gründe der Verschuldung kommen erstens nur Restkaufgelder und Erbschaften in Betracht; Meliorationskosten und verschwendereiche Lebensweise der Besitzer wird manchmal dazu beitragen (Widerpruch rechts). Dazu kommt, daß für den Grundbesitz vollständige Verschuldungsfreiheit besteht; deshalb schreitet die Verschuldung von Jahr zu Jahr fort. Eine bescheidene Verschuldung ist erträglich solange die Gutswerte steigen; sie wird unerträglich, wenn dieselben fallen. Nicht bloß die Höhe der Verschuldung, sondern auch die Art derselben lastet auf der Landwirtschaft. Wir haben nur die Hypothekverschuldung. Durch das Rentenlosgesetz ist ein Versuch gemacht worden, dem entgegenzuarbeiten. Es muß daran gedacht werden, die kündbare Hypothekenschuld zu ersetzen durch eine nicht kündbare Rentenlosgeld. Man muß darauf kommen, daß der Gutübernehmer das Gut zu einem mäßigen Anschlage übernehmen kann, bei dem er bestehen kann; man muß die übrigen Erben nicht mit Kapital, sondern mit Renten abfinden, die Rente muß amortisierbar und ablösbar sein. Der mit der Rente abgefundenen Erbe muß in der Lage sein, die Rente in Kapital umsetzen zu können. Es muß aber auch verhindert werden, daß der Gutübernehmer nicht diese Uebernahme sich eigenmächtig schleunigst zu Nutzen macht. In einer für mich selbst überraschenden Weise steigt von Jahr zu Jahr die Zahl derjenigen, welche zu der Meinung kommen, daß bei der Vererbung von Grundbesitz und bei der Verschuldung eine Milderung in dem dargelegten Sinne notwendig ist. Die Regierung kann hierbei nicht allein vorgehen, sondern bedarf dabei der Mitwirkung des organisierten Berufsstandes der Landwirthe. Deswegen ist die wirtschaftliche Vertretung obligatorisch gemacht. Es ist gedacht für jede Provinz eine Landwirtschaftskammer zu bilden. Die Landwirtschaftskammern als solche sind möglichst unabhängig gedacht; es ist ihnen ein beschränktes Besteuerungsrecht beigelegt. Erkennt man die Nothwendigkeit der Erhaltung eines unabhängigen Grundbesitzerstandes an, so ergeben sich die weiteren Schritte von selbst. Ich bitte deshalb, dem Gesetzentwurf eine wohlwollende Aufnahme zu gewähren. (Beifall rechts.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Schluß 12 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 28. Januar, 11 Uhr. (Erste Lesung der heute eingebrachten Finanzvorlagen.)

Parlamentarisches.

Stempelsteuer-Kommission. Sitzung vom 18. Januar. Der erste Theil des Tarifs (Effektenstempel) wurde erledigt. Ueber die Umsatzsteuer (auf Kauf- und Anschaffungsgeschäfte) entspann sich eine sehr lebhaft Generaldebatte, die sich hauptsächlich mit dem Arbitragegeschäft befaßte. Da eine große Anzahl von Abänderungsvorschlägen vorliegen, die zumest die legitime Arbitrage schützen wollen, soll nach Abschluß der Generaldiskussion eine Subkommission eingesetzt werden, die auf Grund der Amendements Kompromißvorschläge machen soll. Nächste Sitzung am 20. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr.

Die Wahlprüfungs-Kommission prüfte in der Sitzung am Mittwoch Abend die Wahlen der Abgeordneten Gescher (7. Düsseldorf) und Pichler (3. Niederbayern). Gegen beide Wahlen liegen Proteste vor. Herr Landrath Gescher soll seine Wahl seinem Kollegen, dem Landrath in Moers, verdanken, der durch amtliche Birkulare an die Bürgermeister seines Bezirks zur Wahl des Gescher direkt aufforderte. Außerdem wurden im Kreise die Militärvereine mobil gemacht und gelang es so, die Zentrumspartei aus ihrem alten Bestände zu verdrängen. Da Moers-Mees der einzige Wahlkreis ist, den das Zentrum an die katholisch-konservativen Gegner verloren hat, so gäbe die Kastrung der Wahl Gescher's Gelegenheit zur Probe darauf, wie die katholische Wählerschaft jetzt, nachdem sie mit dem metallischen Nachgeschmack der Militärvorlage näher bekannt geworden ist, über dieselbe denkt. Die Wahl des Abgeordneten Pichler ist gegen einen Bauernbündler und die Sozialdemokraten mit nur 8 Stimmen Majorität erfolgt. Von diesen 8 Stimmen sind in der Wahlprüfungs-Kommission noch 6 weggezählt worden. Da gegen diese Wahl im Protest auch noch sonstige schwere Verdächtigungen gegen das Wahlgesez z. unter Beweis gestellt sind, so dürfte der Vice-Vizepräsident von Pössa die längste Zeit dem Reichstag angehört haben.

In ihrer heutigen Sitzung prüfte die Kommission die Wahl des Abgeordneten Dr. Geerh (Lübeck). Auch gegen diese Wahl liegt ein Protest vor und beschloß die Kommission in einer größeren Zahl von Fällen Erhebungen.
Die Entscheidung über die Gültigkeit der drei Wahlen wurde bis zum Eingang der beschlossenen Erhebungen ausgesetzt.

Parteinachrichten.

Ueber die Ungültigkeitserklärung der Münchener Gewerbegerichtswahlen, entnehmen wir der „Münchener Post“ noch einige Details, die unsere geistige Notiz ergänzen mögen. In einigen Bezirken waren mehrere Wahlzettel der dem Gewerbevereine angehörigen Wähler für ungültig erklärt worden, weil der aufgedruckte Name des Kandidaten durch den Zettel durchschien; in einigen anderen Bezirken hatte man Wähler des gleichen Umstandes wegen zurückgewiesen. Von Seiten der Gewerbevereine wurde die Kompetenz des Wahlausschusses in Zweifel gezogen. In der Regierungsentcheidung heißt es nun:
1. Es seien die am 10. Dezember 1893 vorgenommenen Wahlen der Besitzer und Hilfsbesitzer des Gewerbegerichts München für die Wahlperiode 1894/95 aus der Zahl der Arbeitgeber für ungültig zu erklären.
2. Es seien die Kosten des Verfahrens den Beschwerdeführern als veranlassendem Theile zu überbürden, wobei für gegenwärtige Beschwerde eine Staatsgebühr nicht in Anschlag zu bringen sei.
Der Grund für die Ungültigkeit der Wahl liegt nach Ansicht der Regierung darin, daß in vier Wahlbezirken eine Anzahl von Wahlzetteln „zu Unrecht“ für ungültig erklärt und mehrere Wähler „zu Unrecht“ mit solchen Zetteln zurückgewiesen worden sind.

Diese Ansicht stützt sich auf § 15 des Reichsgesetzes über die Gewerbegerichte vom 20. Juli 1890 und auf § 22 des Ortsstatuts, wonach Stimmzettel von weißem Papier sein müssen und kein äußeres Kennzeichen tragen dürfen. Das Durchschneiden der aufgedruckten Namen sei aber kein äußeres Kennzeichen (!!), wenigstens liege bei den beanstandeten Zetteln keinerlei Anhaltspunkt dafür vor, daß diese

Zettel durch Dritte abfichtlich gekennzeichnet werden sollten. Die Namen seien auch äußerlich unleserlich gewesen. Dazu kommt noch der Umstand, daß die gleichen Zettel in der überwiegenden Zahl der Wahlbezirke als gültig betrachtet wurden. So seien diese Zettel im 1., 3., 9. und 10. Bezirke überhaupt nicht, im 2. und 5. Bezirke aber ohne Erfolg beanstandet worden.

Deshalb und da die Wahl der Besitzer und Hilfsbesitzer aus der Zahl der Arbeitgeber einen einheitlichen Akt bilde, sei die am 10. Dez. 1893 in sämtlichen Bezirken vorgenommene Wahl als ungültig zu erklären. In der Verfügung, welche diese Entscheidung begleitete, wird der Magistrat aufgefordert, das Nöthige, d. h. die Vornahme von Neuwahlen nach Eintritt der Rechtskraft anzuordnen. Gegen diesen Regierungsentcheid steht jedem Beihilgigen innerhalb 14 Tagen das Recht der Beschwerde beim I. Staatsministerium des Innern zu. Jedem Gewählten wird dieser Bescheid in Abschrift zugestellt.

Aus alledem geht hervor, daß wir uns in der Annahme, die bayerische Regierung habe ganz unparteiisch, ohne Rücksicht auf den Ausgang der Wahlen, nur aus purem Gerechtigkeitsgefühl für Aufhebung der Wahl sich entschlossen, arg getäuscht haben. Man will vielmehr den Bahnmachern, die durch ihre Mandate gründlich hereinfielen, Gelegenheit geben, ihre Schlappe nun vielleicht einmal auf ehrliche Weise nochmal zu versuchen. Wir bitten unseres Irrthums wegen gütig um Entschuldigung.

In Dortmund wurde am 14. Dezember v. J. eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins um 11 Uhr Abends durch den Vertreter der Orts-Polizeibehörde, einen Polizeikommissar unter Berufung auf die eingetretene Polizeistunde aufgelöst. Auf die Beschwerde des Vorstandes des Vereins hat der Ober-Bürgermeister jetzt folgende Antwort ertheilt:

Auf die Beschwerde vom 25. v. M. gereicht Ihnen hiermit zum Bescheide, daß ich dieselbe als begründet nicht anerkennen kann. Es handelte sich um eine vom Vereine einberufene öffentliche Versammlung, die mit Eintritt der Polizeistunde zu schließen war. Da solches nicht geschehen ist, so hat der überwachende Polizeibeamte korrekt gehandelt, wenn er sie auflöste. Schmieding. — Bemerkenswerth ist, daß der Oberbürgermeister seinen Bescheid durch keine gesetzliche Bestimmung zu stützen versucht. Es würde ihm allerdings auch unmöglich gewesen sein, eine solche anzugehen, denn es besteht keine derartige Bestimmung. Das Versammlungsrecht in Preußen beruht auf der bekannten Verordnung von 1850. Nur aus den in dieser Verordnung angegebenen Gründen ist ein Polizeibeamter befugt, eine Versammlung aufzulösen. Von der Polizeistunde ist in der Verordnung aber nicht die Rede. Der Oberbürgermeister Schmieding befindet sich also im Irrthum, wenn er auch der Meinung ist, daß ein Verein seine Sitzung schließen müsse, wenn die Polizeistunde eintritt. Daß diese Ansicht nicht zutrifft, ist bereits mehrfach in höheren Instanzen entschieden worden. Da der Dortmunder Verein sich weiter beschweren will, so wird ihm ja wohl sein Recht werden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Genosse Gustav Stengels war als Redakteur des „Hamb. Echo“ gleich so vielen sozialdemokratischen Redakteuren von Hans Blum wegen Beleidigung verklagt worden. Blum hatte sich beleidigt gefühlt durch einen Bericht im „Hamb. Echo“, der unter Anderem besagte, daß er (Blum) in einer Gerichtsverhandlung eine „klägliche Rolle“ gespielt habe. Als beleidigend war auch die Stelle „wir freuen uns andererseits aber auch, daß die sächsischen Bourgeoisie bereits auf den — Hans Blum gekommen ist“, sowie die Redewendung, daß Hans Blum im Behaupten sehr fr — ei sei, unter Anklage gestellt worden. Hans Blum hatte Gefängnisstrafe und, wie das bei ihm, der bei jeder Klage noch ein Geschäftchen machen möchte, üblich ist, 1000 M. Geldbuße (an ihn zu zahlen) beantragt. Der Gerichtshof verurtheilte Stengels zu 75 M. Geldstrafe wegen formeller Beleidigung.

Genosse Diehl, Burgen, der wegen Beleidigung eines Bürgers Stadtraths zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, hatte Berufung eingelegt. Die Berufungskammer des Leipziger Landgerichts hat am Donnerstag die Berufung des Genossen Diehl verworfen. Das gleiche Schicksal hatte die Berufung des Genossen Thiele, der wegen des anläßlich des Jubiläums des Königs von Sachsen in der „Bürgerzeitung“ veröffentlichten „Jubiläumskraus-Artikels“ von der Vorinstanz zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden war.

Der Genosse Stapel in Bergedorf erhielt vom dortigen Schöffengericht eine Geldstrafe von 10 M. zudiktirt, weil er als Vorsitzender der Kommission des dortigen Gewerkschafts-Kartells die Anmeldung der Kommissionsmitglieder unterlassen. Das Schöffengericht erlöschte in dem Gewerkschaftskartell, welches bisher nur in öffentlichen Versammlungen tagte, einen Verein und erkannte auf oben erwähnte Strafe. Berufung ist eingelegt.

Zu bemerken ist noch, daß das Hamburger Gewerkschaftskartell, welches schon im Jahre 1890 auf ähnlicher Grundlage gegründet wurde, wie das hiesige und bis vor Kurzem ungeschoren blieb, neuerdings sich auch eine Anklage wegen Nichtanmeldung der Kommissionsmitglieder zugezogen hat. Recht endlich wird man gewar, daß ein Kartell eine höchst gefährliche Sache ist, der man erhöhte Aufmerksamkeit schenken muß.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.
Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 18. Januar, Nachmittags 5 Uhr.

Auf Antrag des Rechnungsausschusses wird für eine Reihe von Rechnungen aus den Jahren 1891/92 und 1892/93, sowie für eine Reihe von Baurechnungen die Entlastung ertheilt, von den Jahresabschlüssen der Stadthauptkasse und der Hauptkasse der städtischen Werke pro 1892/93 Kenntnis genommen und die vorläufige Genehmigung der statisch-fundamenten Staatsüberschreitungen ausgesprochen.

Es folgen Berichte des Petitionsausschusses.
Derselbe beantragt, über die Petition des Gemeindefürsers von Emmaus um Gewährung eines Beitrages von 87 000 M. zum Bau einer Leichenhalle zur Tagesordnung überzugehen. Referent Stadtv. Frenkel bemerkt, daß der Ausschuss namentlich deshalb zu seinem Antrag gekommen sei, weil der bisher vorhandene Leichenhaus-Baufonds aufgebraucht sei, und giebt eine längere Darstellung der Geschichte dieses Fonds. Das Bedürfnis einer definitiven Leichenhalle neben der schon provisorisch eingerichteten hat der Ausschuss auch bewiesen.

Stadtv. Schmeißer beantragt, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Versammlung möge sich gegenüber den Rezenten nicht von Vorurtheilen leiten lassen. Namentlich für das ärmere Publikum seien die Leichenhallen ein Segen, und die Emmausgemeinde umfasse hauptsächlich die ärmere Bevölkerung des Südstens. Die Gründe des Petitionsausschusses seien unhaltbar. Berlin sei reich genug, der Gemeinde den verlangten Beitrag zu leisten.

Stadtv. Verdie bemängelt den Standpunkt des Magistrats, solche Mittel nicht hergeben zu wollen, bloß weil jener Fonds erschöpft sei. Den armen Gemeinden müsse auch ferner in dieser Beziehung Hilfe geleistet werden, Leichenhallen seien ein bürgerliches Bedürfnis.

Stadtschulrath Fürstena u weist darauf hin, daß neuerdings der Stadtgemeinde zugemutet werde, die ganze kirchliche Baukosten zu tragen. Seitdem das eingetretene sei, könne die Stadt zu Leistungen, zu denen eine Verpflichtung nicht konstruiert werden könne, sich auch nicht bereit finden lassen.

Der Ausschuh Antrag wird angenommen.
Den Beitrag von 6610 M., um welchen die Staatsbeihilfen für 8 verschiedene Fachschulen nach Mittheilung des Ministeriums für das laufende Jahr gekürzt worden sind, hat der Magistrat durch Entnahme entsprechender Beträge aus dem Dispositionsquantum von 500 000 M. extra-ordinär zu bewilligen beantragt. Der für die Vorlage niedergelegte Ausschuh ist mit der Bewilligung einverstanden und schlägt außerdem vor, in einer Resolution zu beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung bei Vorlegung des Staats-Rechnungsabschlusses über die Einnahmen und deren Verwendung von denjenigen Innungen mit vorzulegen, welche städtische Zuschüsse zu den Fachschulen empfangen. In der Ausschuhberatung hat der Magistrat sich gegen den Vorschlag ausgesprochen, auf die minimalen Beiträge der Innungen zu dem Zwecke zu verzichten, um die von diesen mit unterhaltenen und beeinflussten Fachschulen ganz in die städtische Verwaltung zu übernehmen. Auch in dem Verhältnis zu den Staatsbehörden wünscht der Magistrat nichts geändert zu sehen.

Stadtv. Singer: Ich möchte nur eine Berichtigung des stenographischen Berichts eintreten lassen über die Sitzung, in welcher zuerst über die Angelegenheit verhandelt wurde. Es liegt mir daran, festzustellen, daß ich gerade das Entgegengesetzte von dem ausgesprochen habe, was mich der Bericht sagen läßt. Ich habe mich auch nicht gegen die Absicht der Regierung, den Fortbildungsschulunterricht am Sonntag zu verbieten, gewendet; ich habe erklärt, daß mir diese Absicht sehr sympathisch ist, daß der Sonntag für die jungen Leute frei bleiben müsse, daß die Absicht der Regierung um so mehr auf die Meister dahin wirken werde, den jungen Leuten während der Zeit der gewöhnlichen Beschäftigung für den Besuch der Fortbildungsschulen Zeit zu gewähren.

Der Ausschuh Antrag wird darauf ohne weitere Debatte angenommen.

Die Petition des fortschrittlichen Vereins „Waldeck“ um Stellungnahme der Versammlung gegen die Einführung einer Tabak-Fabriksteuer beantragt der Petitionsausschuh dem Magistrat behufs Einreichung einer Petition in Gemeinschaft mit der Stadtverordneten-Versammlung gegen den beim Reichstage eingebrachten Gesetzentwurf zur Berücksichtigung zu überweisen. Für diesen Standpunkt ist im Ausschusse geltend gemacht worden, daß es in Berlin ca. 500 Fabrikbetriebe der Tabakindustrie meist kleiner Art gebe, daß die nach Einführung der Steuer voraussichtlich eintretende Abnahme des Konsums für einen großen Theil der Berliner Bevölkerung von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein würde und daß ein spezifisches Berliner Interesse noch insofern vorliege, als ein Rückgang der Tabakindustrie auch eine nachtheilige Wirkung auf die Immobilienwerthe erwarten lasse.

Referent Stadtv. Sachs II bedauert, daß die Berathung der Petition in eine Zeit fällt, wo mehrtägige Verhandlungen über die Vorlage im Reichstage bereits stattgefunden haben. Dennoch habe man keinen Anlaß, von dem Petitionsrecht der Versammlung keinen Gebrauch zu machen. Man schätze die Zahl der durch die neue Tabakbesteuerung brotlos werdenden Arbeiter auf 50 000; die Regierung habe eine Verminderung um 20 000 selbst schon zugegeben. Aus diesen Gründen bittet die Ausschuhmehrheit um Annahme ihres Antrages.

Stadtv. Cassel bringt folgenden Antrag ein: In Erwägung, daß nicht bloß die in der vorliegenden Petition erwähnte, sondern auch andere in das Erwerbsleben und die Interessen vieler Berliner Bürger außerordentlich eingreifende Steuervorlagen zur Beschlußfassung dem Reichstage seitens des Bundesraths unterbreitet sind, und daß bei dieser Sachlage eine Petition der städtischen Behörden gegen ein einzelnes Steuerprojekt ungeeignet erscheint, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Stadtv. Singer: Ich muß mich gegen diese motivirte Tagesordnung erklären, deren Begründung wir leider noch nicht vernommen haben. So weit ich verstanden habe, motiviren die Antragsteller ihren Wunsch damit, daß sie in Rücksicht darauf, daß noch andere schwer das Erwerbsleben beeinträchtigende Vorlagen im Reichstage zur Verhandlung stehen, nicht für angemessen erachten, gegen ein einzelnes dieser Projekte zu petitioniren. Das ist eine eigenhümliche Auffassung. Verstehen würde ich, wenn die Antragsteller den Ausschuh Antrag in entsprechender Weise erweitert hätten. Jedenfalls vertheidigen sie das Tabaksteuer-Gesetz nicht, sondern wollen es mit uns bekämpfen; ich kann daher ihrer Logik nicht folgen. Ein Kollege von unseren Vätern, der spezielle Fachkenntnisse besitzt, hat sich noch zum Worte gemeldet. Ich kann daher den Antrag auf motivirte Tagesordnung nur abzuwehren bitten; es würde seine Annahme verhindern, daß das Plenum überhaupt ausspricht, wie es über das Steuerprojekt denkt. Wie die Dinge jetzt liegen, ist nicht ganz bestimmte Aussicht vorhanden, daß die Vorlage ohne weiteres abgelehnt wird, und daß sich die Befürworter der Vorlage es nicht entgehen lassen werden, wenn die Berliner Stadtverordneten-Versammlung um die Entscheidung herumgeht, steht fest. So weit die Berliner Vertretung im Reichstage in Frage kommt, hat Berlin nicht zu befürchten, daß auch nur Einer davon für die Steuer stimmt, Berlin ist also Dank den direkten Reichstagswahlen und dem vernünftigen Sinn seiner Bevölkerung (Weiterleit) sicher vor der Unterfütterung dieses Projekts. Wenn aber die Versammlung die Stimmung gegen die Fabriksteuer durch eine Petition unterstützen will, so wird da keine Wirkung nicht verfehlen, und sie sollte es also mit aller Entschiedenheit ablehnen, über die Petition des Vereins Waldeck zur Tagesordnung überzugehen.

Stadtv. Cassel: Ich rechne mich zur freisinnigen Volkspartei, und auch diese gehört keineswegs zu den Anhängern, sondern zu den Gegnern der Vorlage. Trotzdem beäuferte ich die Annahme der motivirten Tagesordnung. Der Reichstag hat ein ganzes Bouquet von Steuervorlagen erhalten. Es ist garricht zu ersehen, warum wir eine einzelne Steuer herausgreifen. Wenn Herr Singer sagt, dann sollten wir doch gegen alle Vorlagen petitioniren, so erwidere ich, daß wir doch nicht in erster Linie dazu da sind, die politischen Geschäfte des Landes zu führen (Zustimmung und Widerspruch). Das wollen jedenfalls viele derjenigen nicht, die in dieser Versammlung gegen die sämtlichen Vorlagen sind. Es ist doch auch mit einer kurzen Resolution nicht abgethan, sondern wir müßten eine ausführliche Begründung unseres Standpunktes geben, und das erscheint mir bei der eitrigen Agitation der Interessenten, bei der Stellungnahme der Handelskammern und so weiter nicht erforderlich; es könnten sonst unsere eigentlichen Geschäfte dabei zu kurz kommen. (Zustimmung). Ich glaube, die Tabaksteuer wird nicht angenommen. Sollte aber Herr Singer recht behalten, daß die Vorlage irgendwie zu Stande kommt, so wird die Petition Berlin's daran nichts ändern. Mögen sich doch die Petenten an die Abgeordneten Berlin's, an den Reichstag selbst wenden! Wozu sollen wir uns ohne jede Noth auf das rein politische Gebiet begeben? Die Einstimmigkeit wie bei der Tabaksteuer möchte in dieser Versammlung bei den anderen Steuervorlagen vielleicht nicht so ganz vorhanden sein. Sollen wir uns nur kontradictorisch über den Werth dieser Vorlagen unterhalten?

Stadtv. Schulz II: Es ist nicht das erste Mal, daß sich die Städte mit derartigen Steuervorlagen beschäftigen. 1878 bezieht sogar der Berliner Magistrat einen Städtetag ein, auf welchem ein Votum gegen die drohenden Korn- und Fleischzölle abgegeben wurde. Im Jahre 1879 wurden durch die damalige Tabaksteuer 30 000 Arbeiter dieser Industrie brotlos. Die jetzige Vorlage ist ebenfalls eine trockene Guillotine (Weiterleit), welche die Tabakarbeiter umbringen wird. Ob Sie dazu lachen oder nicht, es ist die Wahrheit. Der kleine Geschäftsmann kann die Steuer nicht zahlen, er kann

ja bei der heutigen schlechten Geschäftslage kaum die Miete erschwingen. Mit einem Schläge werden in Berlin 1500 kleine Zigarrenhändler ihre Läden zumachen müssen. Das Geschäft ruiniert den kleinen Gewerbetreibenden, es führt direkt zum Monopol. Es könnte uns ja politisch ganz recht sein, wenn die Vorlage Gesetz würde, aber wir sind nicht der Meinung, daß die heutige wirtschaftliche Noth durch die Gesetzgebung noch vergrößert werden soll. Ich bitte Sie, für den Petitionsausschuß sich zu erklären.

Damit schließt die Debatte. Referent Stadtv. Sachs II stellt fest, daß man übereinstimme in der Meinung, daß die jetzige Vorlage nicht Gesetz werden soll. Was also auch beschlossen werde, ein Präjudiz lasse sich daraus nicht ableiten. Wenn es richtig sei, daß eine solche Arbeitslosigkeit die Folge des Gesetzes sein werde, so sei es angezeigt, daß auch die städtischen Behörden ihr Votum in die Waagschale werfen.

Bei der Abstimmung wird die motivierte Tagesordnung angenommen.

Die vorgelegte Skizze zum Neubau einer Turnhalle auf dem Grundstücke der Victoriafschule, Prinzenstr. 51 wird genehmigt.

Auf dem städtischen Grundstücke zwischen der Urban- und Wilhelmstraße beabsichtigt der Magistrat eine Realschule zu erbauen; er legt die Skizze und einen mit 400.000 Mark abschließenden Kostenüberschlag vor. Die Vorlage geht auf Antrag Schwabe an einen Ausschuß.

Der Feuerversicherungsbeitrag für das Geschäftsjahr 1. Oktober 1892/93 soll auf 5 (bisher 4) Pfennige für je 100 M. der Versicherungssumme festgesetzt werden, da sowohl die Zahl der Brandschäden als auch die Summe der zu zahlenden Brand-Erschädigungsgelder erheblich (letzte von rot. 600.000 auf rot. 900.000 M.) gestiegen ist.

Zu Gemeindefschulzwecken soll von der Grundrenten-Gesellschaft ein Terrain von 5178 qm., zwischen Wicel- und Siemensstraße östlich der Gudenstraße in Moabit gelegen, zum Preise von 38 M. für den qm erworben werden.

Stadtv. Gerike beantragt Ausschussberatung. Stadtv. Henlig verlangt größere Voransicht bei der Befriedigung namentlich der Schulbedürfnisse der Stadt. In Moabit herrsche eine unangenehme Schmutz. Jahrelang sei der Stadt ein großartiges Terrain zu billigen Preisen in günstigster Lage zwischen Strom- und Birkenstraße angeboten gewesen, ohne daß sie davon Gebrauch gemacht habe.

Stadtschulrath Vertram einigermassen dem Vorredner, daß gerade die in Rede stehende Vorlage sehr weisend sei und der angebotenen Schmutz in Moabit gründlich abhelfen werde. Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 10 Mitgliedern. Die Stadtv. Michelet u. Gen. beantragen:

Die Einhaltung des bisher üblich gewesen akademischen Viertels bei Beginn der Abtheilungs- bezw. Plenarsitzungen in Zukunft aufzugeben und die betreffenden Sitzungen zur angegebenen Zeit pünktlich zu beginnen. Der Antrag wird darauf abgelehnt. Direktor Dr. Schwabe hat den Antrag eingebracht:

Den Magistrat aufzufordern, Schritte zu thun, daß der Betrieb der instruktiven Einrichtungen der Urania-Säulen wieder in Thätigkeit tritt, mit dem Erfolge, eine entsprechende Position in den Etat einzusetzen.

Der Antrag wird auf Vorschlag des Antragstellers einem Ausschuß von 10 Personen überwiesen.

In Betreff der Vermehrung der städtischen Spielplätze für die Jugend und die zweckmäßige Beaufsichtigung der vorhandenen Spielplätze ist das Turnatoratorium mit der Grundeigentums-Deputation in Verbindung getreten; um namentlich im Westen geeignete Plätze zu ermitteln und die Aufsicht anderweit zu regeln.

Stadtv. Singer: Ich bin erfreut, daß die Vermehrung der Spielplätze in Aussicht genommen ist, und bemerke die Gelegenheit, eine Anregung zu geben, welche hoffentlich auf fruchtbaren Boden fallen wird. Es sollte nämlich auch ein entsprechender Theil der Spielplätze im Winter zu künstlichen Eisbahnen hergegeben werden, um die Gelegenheit zu dem so sehr geliebten Schlittschuhlaufen zu erwecken. Zur Zeit ist das Schlittschuhlaufen wie so viele andere Dinge ein Privilegium der Besten; wir haben Ursache, in der von mir angegebenen Richtung vorzugehen, um auch der ärmeren Bevölkerung diesen Genuss zu verschaffen. Es würde sich sehr

empfehlen, diesen Gedanken in nähere Erwägung zu nehmen. (Beifall.)

Stadtv. Gerkenberg: In unseren Parkanlagen haben wir nicht genügenden Raum dafür. Hat das Turnatoratorium erst besondere Spielplätze, dann ist nur ein geringer Schritt, auf diesen Turnplätzen im Winter Eisbahnen anzulegen. Wir werden bei der Stadtverwaltung bereits beantragen, Mittel dazu zu gewähren und werden event. schon im nächsten Winter in der Lage sein, an zwei oder drei Stellen zum Eislauf Gelegenheit zu geben. Wir theilen die allgemeinen Anschauungen des Stadtv. Singer in dieser Beziehung durchaus.

Die bezügliche Mittheilung des Magistrats wird darauf zur Kenntniß genommen.

Bei Gelegenheit der Verhandlung über einen event. aufzustellenden Etat für die städtischen Kladeplätze giebt auf Anfrage des Stadtv. Spinola Stadtrath Sobin die Auskunft, daß die Müllverbrennung nach englischem Muster durch ihn und einen Techniker in England studirt worden sei und daß man demnächst einen Versuchsaufstellen werde. Stadtrath Veeli theilt mit, daß die Verhandlungen wegen Beschaffung anderer Kladeplätze zur Ausführung des Mülls nach Spreenhagen noch nicht zum Abschluß gelangt seien.

Stadtv. Gerike beantragt, daß die Angelegenheit nicht vom Flecke kommt; die schönen städtischen Grundstücke würden durch die Nachbarschaft der Kladeplätze immer mehr entwerthet.

Zu Anfang Dezember hatten die sozialdemokratischen Stadtverordneten an den Magistrat eine Anfrage gerichtet, wann der in September 1892 beschlossene Bau einer Brücke im Zuge der Altonaerstraße in Angriff genommen werde.

In Beantwortung der von der Stadtverordneten-Versammlung gestellten Anfrage ist unter dem 13. Januar der Versammlung eine Vorlage des Magistrats zugegangen, wonach die früher beschlossene Regulirung der Straße 36a bis zur Wohlsmühl-Brücke nicht durchgeführt werden kann, weil die damals vorbehaltene Zustimmung der Spielermännchen Erben noch immer nicht zu erlangen gewesen ist. Die Regulirung der Straße soll nunmehr nach der neuen Vorlage nur bis zur Grenze des Spielermännchen Grundstücks unter Anschluß an die Jagowstraße erfolgen. Der Bau der Holzbrücke über die Spree im Zuge der Altonaerstraße könne sofort in Angriff genommen werden, da die Geldmittel zur Verfügung ständen, und es werde damit einer nicht geringen Anzahl von Arbeitern Verdienst gegeben werden.

Stadtv. Vogtherr: Der Magistrat spricht in der Vorlage von einer Anfrage der Stadtverordneten-Versammlung; die Anfrage rührt aber von meiner Partei her. Die Vorlage begründet wir namentlich im Interesse der Bewohner des südwestlichen Theiles von Moabit. Nach den erneuten Darlegungen des Magistrats und nach früheren Ausschussberatungen scheint uns eine neue Ausschussprüfung zu erübrigen. Den Bau der Brücke glaubt der Magistrat selbst in der jetzigen Jahreszeit vornehmen zu können. Wenn die Bauverwaltung das selbst zugiebt, sollen wir dazu beitragen, daß nicht erst durch Ausschussberatung diese Arbeitsgelegenheit, sei es auch nur um 8 oder 14 Tage hinausgeschoben wird. Auch neues Material kann der Ausschuss kaum noch herbeischaffen. Die Mittel sind bewilligt, die Pläne genehmigt, es fehlt der Ausführung nichts im Wege. Allerdings hat der Magistrat nicht einmal für notwendig erachtet die erforderlichen Zeichnungen der Vorlage beizugeben, obwohl die Versammlung oft genug ein derartiges Verlangen ausgesprochen hat. Wird die Erledigung der Vorlage dadurch verzögert, dann trägt der Magistrat die Schuld.

Unter Ablehnung eines Antrags Pinkusohn auf Ausschussberatung wird die Vorlage, die auch Stadtv. Gsmanu empfiehlt, unverändert angenommen.

Schluß gegen 8 Uhr.

Gerichts-Beilage.

Heber den Omladinaprozess liegen bloß dem Volksschen Bureau entstammende Drohmeldungen vor. Diese sind so gehässig gegen die Angeklagten, daß wir ausdrücklich für Inhalt und Ton die Verantwortung ablehnen müssen. Die Depeschen lauten:

Omladinaprozess. Während der heutigen Verhandlung zeigten die Angeklagten einen ungewöhnlichen Zynismus und große Widergesetzlichkeit. Sie begründeten die ihnen Nahrungsmittel mitbringenden, auf freiem Fuße be-

findlichen Genossen und verlangten Unterbrechung der Sitzung wegen Hungers, wobei sie von der Vertheiligung unterstützt wurden. Der Präsident wußte ihrem Wunsch, indem er die Sitzung unterbrach und bemühte sich, durch wiederholte energische Mahnungen die Haltung der Angeklagten und Vertrauensmänner, welche einander unausgesetzt heranzugriffen und sich selbst gegen den Präsidenten herausfordernd und ungebührlich benahmen, in den Grenzen zu halten. Der Präsident rügte energisch die Perceution und gehässigen Worte, welche dem Berichterstatter des Mittheilungsblattes „Mas Naroda“ beim Betreten und Verlassen des Saales zugerufen wurden. Bei der Fortsetzung des Einzelverhörs sagte der 18jährige Tischlergeselle Ziegler, bei welchem Material zur Herstellung von Schriftvervielfältigen und anderes gravirendes Material vorgefunden worden war, aus, er habe dieses Material von dem ermordeten Mrva erhalten. Der Präsident bemerkte, Mrva sei todt und könne nicht verhört werden. Nach dem Angeklagten Ziegler wurde der 20jährige Typograph Waggert verhört. Derselbe ist der Bruder der Helene Waggert, welche dem ermordeten Mrva sein Notizbuch entlockt und dem Abgeordneten Herold übergeben hatte. Der Angeklagte leugnet alle ihm vorgehaltenen Hauptthaten, die ihm als einer leitenden Persönlichkeit der Omladina zur Last gelegt werden. Er war Administrator des Vereinsorgans der Omladina „Petrolove Listu“ und hat noch aus der Zelle des Untersuchungsgefängnisses die Briefe zu versenden versucht mit der Aufforderung zur Fortsetzung der strafwürdigen Handlungen. Der Angeklagte bestreitet dieses sowie die Beteiligung an der Befehlshaber der kaiserlichen Adler und gesteht nur zu, internationale (?) Zwecke verfolgt zu haben. Bei der heutigen Fortsetzung des Verhörs der Angeklagten ermahnte der Präsident die als Vertrauensmänner anwesenden Zeitungsberichterstatter auf das dringendste, objectiv zu berichten und sich subjektiver Bemerkungen zu enthalten. Hieraus las der Präsident das Schreiben vor, welches Ziegler aus der Untersuchungshaft nach außen zu schmuggeln suchte, und in welchem er seinen Vater und den Hausmeister bittet, zu seinen Gunsten auszusagen. Der Staatsanwalt bezog diese Handlung als Verbrechen des Betruges in die Anklage ein und beantragte die Verlobung von Zeugen in dieser Sache. — Neue Unruhe im Sitzungssaal veranlaßte den Präsidenten auf das energischste anzukündigen, im Falle der Wiederholung von Ungehörigkeiten in Abwesenheit der Angeklagten zu verhandeln. — Der zwanzigjährige Angeklagte Wenzel Eigel (Advokatschreiber) gab an, daß in einigen Sitzungen der Omladina die jugendlichen Abgeordneten Graf Raunich und Raizl anwesend waren, und daß ihnen von der jugendlichen Partei hundert Gulden angeboten worden seien, damit die Internationale (?) die Junggehehen bei dem Kampfe um das allgemeine Stimmrecht unterstütze.

Der Angeklagte Hoch ist nach London geflüchtet. Der Staatsanwalt beantragte die Verlesung eines Schriftstückes über Herstellung von Petarden aus dem Alten Eigel. Gegen die Angeklagten, welche sich durch geheime Zeichen verständigten, sprach der Präsident mit energischen Tönen ein. Die Omladina bestände aus 22 Vereinen, die auf verschiedene Gebiete vertheilt seien. Schulz wurde von einem Gefangenenaufseher beschuldigt, daß er von der Zelle aus zu verbrecherischen Thaten aufzuheben suchte und zur Rache gegen Mrva aufreizte. Der Angeklagte Schulz leugnete dies ab.

Aus diesen Berichten geht hervor, daß die Absicht besteht, den Omladina-Prozess gegen die Sozialdemokratie auszuweihen, da diese Partei doch nur international ist. Wie wenig international aber die Omladinisten sind, geht aus ihrer ganzen Haltung, Takt, ihren Zielen und nicht zuletzt aus dem Umstande hervor, daß sie sich entschieden weigerten, Deutsche zu Vertrauensmännern zu bestellen.

Leipzig, 18. Januar. Das hiesige Landgericht verurtheilte heute die Anarchisten Zigarrenarbeiter Henschel und Kürschner Rabe wegen Theilnahme an dem Anarchistenklub „Autonomie“ zu 6 bezw. 10 Monaten Gefängniß.

An unsere Leser. Das gleichzeitige Zagen des Reichstages, der beiden Häuser des Landtages, der Stadtverordnetenversammlung und die Vorgänge am Friedrichshain zwingen uns, eine Reihe von Einsendungen und einen Theil der politischen Uebersicht zurückzustellen.

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadt Mainz ist mit Wirkung vom 1. April 1894 ab nach Maßgabe der Bestimmungen der Städte-Ordnung für das Großherzogthum Hessen anderweit zu besetzen. Die Wahl des Bürgermeisters erfolgt zunächst auf eine Amtsdauer von zwölf Jahren durch die Stadtverordneten-Versammlung und unterliegt der Bestätigung Sr. Königlich hohen Hoheit des Großherzogs von Hessen. Das pensionberechtigte Jahresgehalt der Stelle wurde auf 10.000 M. bestimmt, wozu weiter noch ein Repräsentationsgehalt von 2000 M. jährlich gewährt wird, das bei Berechnung eines etwaigen Ruhegehalts aber nicht in Betracht genommen wird.

Der Bürgermeister ist berechtigt und verpflichtet, sofern er bei seiner Anstellung das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, der Wittwen- und Waisen-Anstalt für die Angestellten der Stadt Mainz beizutreten.

Bewerber, welche die Befähigung für das Richteramt oder den höheren Verwaltungsdienst oder Finanz- oder technischen Staatsdienst nachzuweisen vermögen, werden hiermit eingeladen, ihre Bewerbungen, welche eine ausführliche Schilderung des Lebenslaufes und der bisherigen Wirksamkeit, sowie die erforderlichen Unterlagen für die Beurtheilung der Vorbildung enthalten müssen, mit der Aufschrift: „Bewerbung um die Bürgermeisterstelle“, versiegelt, bis längstens den 15. Februar 1894 bei der unterzeichneten Bürgermeistereie einzureichen.

Mainz, den 17. Januar 1894.
Großherzogliche Bürgermeistereie Mainz.
Reinach, Beigeordneter.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4453.
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabaks sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung:

Protokoll

über die

Berhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Köln vom 22.-28. Oktober 1893.

ca. 18 Bogen 8° — elegant broschirt

Preis 40 Pfennig.

Die Verhandlungen des Kölner Parteitages dürften wegen ihrer Bedeutung das lebendigste Interesse eines jeden Parteigenossen in Anspruch nehmen. Die erschlüssenden Verhandlungen über die Gewerkschafts-Bewegung sind überaus wichtig und ihre Kenntniß nach dem programmschriftlichen Bericht jedem Parteigenossen notwendig. In Rücksicht darauf und auf den hohen agitatatorischen Werth und die dadurch wünschenswerthe Massen-Verbreitung haben wir den überaus billigen Verkaufspreis — 40 Pfennig pro Exemplar bei sorgfältiger, geschmackvoller Ausstattung — festgesetzt.

Die Versendung erfolgt gleichzeitig nach allen Plätzen Deutschlands. Porto und Frachten zu Lasten der Besteller.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bei Aufträgen von Auswärts erlauben wir um gleichzeitige Einlieferung des Betragsgeldes (Porto 20 Pf. extra).

Achtung, Schaffarbeiter (Schuhmacher),
Zuschneider, Vorrichter, Stepperinnen!
Sonabend, den 20. Januar, Abends 9 Uhr, Wallstraße 20: Voreinsammlungs-Vortrag. Gäste willkommen.
1287b

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rum,

echt und Fagon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pl. billiger.
Inhaber: 609M
Eugen Neumann & Co., Conrad Neumann,
6a. Belle-Alliance-Platz 6a.
Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 3.
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahl ich Jedem, der mit nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Centralverb. d. deutschen Former

Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 21. Januar 1894,
Vormittags 11 Uhr,
im „Wedding-Park“, Müllerstr. 179:
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Berichterstattung des Delegirten von der Generalversammlung. 3. Vereins-Angelegenheiten. 154/13
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-,** **Alfenidewaren** (Eig. Fabr.) **goldene u. silberne Uhren** empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tabelloser Brand, in billigerer Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Roh-tabak-Handlung,** **Brunnenstr. 185.**
Formen (Wodfoorn) wieder vorräthig.

Arbeitsmarkt.

Gefangenelehrer für Männerchor wird gesucht. Adressen an 1289b **Weber, Breslauerstr. 29.**

Versilberer verl. Gopfert, Marulstraße 44, 2 Tr. 1293b

Wertmeister von einem Kaufmann mit Kapital befehrt Gröbftung eines Fabrikationsgeschäftes gesucht. Offerten sub C. 922 Annoncenbureau Eimmsstr. 208/4. 1290b

Einen tüchtigen Schriftstheographen verl. J. A. B e r l e n. Co., Luisen-Platz 11.
Für eine größere Maschinenwerkstelle wird ein tüchtiger Werksführer, in allen vorkommenden Arbeiten erfahren, zum Entwerfen neuer Muster befähigt, und mit der nöthigen Umsicht und Energie bei hohem Salare gesucht. Anerbieten unter T. X. 545 an G. L. Daube & Co., Frankfurt a. M. erbeten. 420/5*

Damen-Masken-Garderobe

von M. Roussel,
43. Skalitzerstr. 43

Nothstands - Aktionen.

Der Hauptzweck aller Erörterungen über die Arbeitslosigkeit, die ja den bürgerlichen Städteverwaltungen von unseren Genossen auch nur aufgedrungen werden, besteht mit verschwindenden Ausnahmen darin, daß sich die Besühenden möglichst lange um irgendwelche Ausgaben für die Dungenruben und Frierenden herumdrücken. In Wärmehallen, Volkstüchen und Armensuppen wird ja in den Großstädten manches gethan, das freilich der vorhandenen Noth gegenüber ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Zu Almosen kann man sich dann und wann entschließen, denn die bekräftigen nur den unentwegt hochgehaltenen Grundsatz, daß man „eigentlich“ gar nichts zu thun brauchte und nur aus reiner Gnade und Barmherzigkeit die „milde“ Hand öffnet. Aber gegen Maßnahmen, welche den Beschäftigungslosen mehr als Almosen, die ihnen ordentliche Arbeit verschaffen, sträubt man sich mit Händen und Füßen. Damit würde ja ein Einbruch in die „heilige und hegenreche Ordnung“ geschaffen, welche den Besitzlosen sagt: „Barum waret Ihr so unvorsichtig in der Wahl Eurer Eltern; wenn Ihr kein Kapital und keine Arbeit habt, so seht selbst, wie Ihr durchkommt!“

So sind zweifellos auch die Berichte der Berliner Bau deputationen zu erklären, die gar keine, absolut keine Arbeit für Beschäftigungslose haben. Merkwürdig! Einige viel kleinere Städte, die zu den üblichen Ausnahmen gehören, z. B. Mainz, München, Mannheim und Magdeburg, haben wirkliche Arbeit schaffen können, natürlich aber nur zu den erbärmlichsten Lohnbedingungen — das große Berlin findet dagegen in seiner Riesenverwaltung keinen einzigen Punkt, auf welchem es die Arme der Brotlosen zu nützlichen Kulturarbeiten lenken könnte. Schon diese Feststellung wäre ein Verdienst der Anträge des Genossen Singer im rothen Hause! Mannheim hat schon im Herbst und zeitig den Staat veranlaßt, ihm Bauarbeiten zuzuwenden, welche eventuell mit Arbeitslosen ausgeführt werden können; die Berliner Stadtväter hatten vor Monaten andere Dinge zu thun, als sich um solche Pappalien zu kümmern. Aber selbst in dem Falle, in welchem wirklich für den Augenblick keine städtische Unternehmung zur Beschäftigung Arbeitsloser vorhanden wäre, bliebe in Berlin und anderswo noch ein weites Feld für die helfende Thätigkeit. Man hat in Mainz im Hinblick auf den Nothstand Verwaltungsmaßregeln getroffen, welche wenigstens die Vermehrung des Heeres der Arbeitslosen durch den Zuzug städtischer Arbeiter möglichst verhindern sollen. Man bestimmte kürzlich auf Verreiben unserer Genossen folgendes:

1. Die Entlassung der städtischen Arbeiter ist möglichst einzuschränken. 2. Fehlt es bei eintretendem Frostwetter an Gelegenheit zu anhaltender Beschäftigung aller Arbeiter, so soll für alle diejenigen Arbeiter, welche nicht durch die besondere Art ihrer Beschäftigung ohne Unterbrechung in Thätigkeit zu bleiben haben, wie die Obleute, Vorarbeiter, Magaziniers, Kanalarbeiter, Metzger, etc. einheitlich eine Verkürzung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Kürzung des Lohnes eintreten. Es ist hierbei dem Ermessen der Verwaltung überlassen, entweder a) jedem einzelnen Arbeiter an einem oder einigen vorher zu bestimmenden Tagen der Woche feiert zu lassen oder aber b) eine Kürzung der Arbeitszeit an allen Wochentagen für sämtliche Arbeiter vorzunehmen. 3. Entfällt auch die Möglichkeit, die Arbeiter mit den unter 2. besprochenen Einschränkungen in voller Zahl zu beschäftigen, so sollen entlassen werden: in erster Linie: die allein stehenden Arbeiter, in deren Haushaltung versorgungsbedürftige Angehörige nicht vorhanden sind; in zweiter Linie: die zum Bezug von Altersrenten Berechtigten; in dritter Linie: die außerhalb Mainz Wohnenden. Die vorstehend aufgestellten Bestimmungen sollen in Ergänzung der unlängst beschlossenen Arbeitsordnung den städtischen Arbeitern mitgeteilt werden. Die Bestimmungen sind von allen Arbeitern zu unterschreiben und erhalten danach, nach Ablauf von 14 Tagen, Gültigkeit für dieselben. Die 14tägige Kündigung gilt hier nach für beide Theile auf die Winterzeit bis 1. April 1894 als aufgehoben.“

Hier wird der freilich äußerst schwache Versuch gemacht, eine Regelung der städtischen Betriebsweise derartig herbeizuführen, daß in erster Linie die Verkürzung der Arbeitszeit aller an Stelle der Entlassung Einzelner gesetzt wird. Bezüglich der gleichzeitigen Kürzung des Lohnes ist zu bemerken, daß kurz vor Einführung obiger Bestimmungen wiederum auf Verreiben unserer Genossen eine namhafte Erhöhung der städtischen Löhne vorgenommen worden war. Die ganzen Bestimmungen sind ja auch weiter nichts, als ein erbärmliches Palliativmittel; aber sie zeigen doch, daß selbst bürgerliche Städteverwaltungen nach und nach kleine Zugeständnisse an unsere Forderungen machen müssen. In Berlin freilich tragt man der Zeit pflichtschuldigst weilenweit nach. Für die Verwaltung der Reichshauptstadt gilt nach dem Aussprache des Oberbürgermeisters Zelle der Grundsatz, daß die Stadt ihre Arbeiter in Krisenzeiten genau so aufs Pflaster werfen muß, wie jeder beliebige Privatunternehmer. Wenn dieser Weisheit nicht ein tüchtiger Schneefall zu Hilfe kommt, steht sie rathlos und verlassen dem Gespenst des Nothstandes gegenüber, oder sie leugnet überhaupt das Vorhandensein dieses Gespenstes.

Unter diesen Umständen wird die Noth der Winter- und Krisenzeit immer wieder nur negativ weiter wirken: sie wird Tausende und Abertausende verkommen und verderben lassen, damit die übrig Bleibenden nur desto besser einsehen, daß mit dieser „Ordnung“ der Dinge ausgedünnt werden muß. Positives zu schaffen zur Vinderung der Noth in nennenswerthem Maßstabe ist den großen und kleinen Machthabern von heute nicht mehr gegeben. Der eine oder andere beweist nur mit einem schwachen Anlauf sein gutes Herz. Und so bilden auch die gegenwärtigen Nothstandsaktionen wieder nur einen Theil des Todesurtheils, das sich die heutige Gesellschaft nach und nach selbst schreibt.

Lokales.

Nothstand in Zahlen. Die Anzahl der nächtlich Obdachlosen, im städtischen Asyl aufgenommenen (nicht mitgerechnet die im Familienobdach befindlichen, deren tägliche Durchschnittsziffer 150—250 ist) belief sich auf durchschnittlich täglich:

	1890	1891	1892	1893
im Dezember . . .	1193	1182	1409	1992
„ Januar . . .	975	1600	1675	2183
„ Februar . . .	953	1533	1651	2102
„ März . . .	935	1267	1655	1661
„ April . . .	675	1186	787	958
„ Mai . . .	440	864	539	695

Die Besuchszahlen an den einzelnen Nächten schwanken sehr: wie neulich dargelegt, wird in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag durchschnittlich die höchste Besuchsziffer erreicht. Selbstverständlich ist auch die Temperatur und Länge der arbeitslosen Zeit von wesentlichem Einfluß auf die Frequenz des Asyls. Im Monat Dezember erreichte in der Nacht vom 2. zum 3. Dezember die Besuchsziffer den Höchstbestand mit 2894 nächtlich Obdachlosen. Die Zahlen der ersten Woche des Januar 1894 gingen gar noch weit darüber hinaus. So suchten am 5. und am 6. Januar je über 3000 — die offizielle Ziffer soll 3324 sein — Personen das städtische Asyl auf. Neben diesem städtischen Asyl gewährt der von Privaten aus Privatmitteln gegründete und geleitete „Berliner Asylverein für Obdachlose“ in seinen beiden Grundstücken (Wäldingstraße und Prästlerstraße) allnächtlich durchschnittlich 300 Männern und 75 Frauen, Mädchen und Säuglingen Aufnahme. Werden noch durchschnittlich 250 im städtischen Familienobdach Unterzubringende zugerechnet, so ergibt sich, daß etwa 4000 Menschen in Berlin bei der furchtbaren Kälte als obdachlos und völlig mittellos in Asylen aufgenommen werden. Wieviel mögen außerdem in Berlin ohne eigenes Heim sein! Auffallend ist zunächst der Umstand, daß im Durchschnitt kaum der 60. Theil der im städtischen Obdach Aufnahme nachsuchenden dem weiblichen Geschlecht angehört. Hinzutritt, daß das Asyl an der alleräußersten Grenze von Berlin (Prästler- und Wäldingstraße) liegt. Wie Viele kennen dessen Existenz überhaupt nicht! Und wie Viele irren — von Frost und Hunger entkräftet — auf den Straßen Berlins umher, suchen in Hausfluren, auf Treppen, in Ställen ein schließendes Nachunterkommen! Wie Vielen endlich wird gegen einige Pfennige in den obstruirt, überfüllten, stinkenden Löchern eine „Herberge“ oder eine sog. „Christliche Heimath“ in Anstalten geboten, deren roher Charakter in so mancher Vertheilung eine erhebliche Rolle gespielt hat. Rechnet man all diese unglücklichen Opfer der heutigen anarchischen Gesellschaftsordnung zusammen, so wird man mindestens abermals 4000 erhalten. Insgesamt also etwa 8000 Menschen in Berlin, die auch kein scheinbar eigenes Heim besitzen, die nur mit zerrissenen Fetzen bekleidet, oft selbst barfuß, der bittersten Kälte ausgesetzt sind! Und was thut die Stadt hiergegen? Noch geht des verstorbenen Oberbürgermeisters Fordernden Hinweis in den Ohren aller anständigen Bürger wider, daß ein Nothstand nicht vorhanden, es biete ja Raum genug die Stadt. Dieser Hinweis wurde ausgesprochen zu einer Zeit, als in dem zur Aufnahme von höchstens 1400 Personen bestimmten städtischen Obdach 2090 freierende Personen zusammengepfercht waren! Die Stadtverordnetenmenge heulte der Ableugnung des Nothstandes jubelnd Beifall. Das war im Winter 1891/92. Doch Thatsachen lassen sich auch vom Berliner Frostreich nicht durch Leugnen oder Beifallsgeheule aus der Welt schaffen. Der entsetzliche Nothstand zeigte sich so grimmig, so klar, daß selbst diese reaktionäre Stadtvertretung in eine Vergrößerung des Obdachs um die Hälfte willigen mußte. Schnellenlangsam schritt trotz aller Versuche seitens des Obdachkuratoriums, eine Beschleunigung herbeizuführen, der Bau infolge des bekannten Schlenndrians, der in der Berliner Bauverwaltung herrscht, vorwärts — es handelte sich ja nicht um Aufstellung eines aus fremden Taschen geschenkten „Fordernden“ oder um eine borbeklämmte Befestigung eines Schuppenst-Platzes oder um Straßenklimbin-Bauten, die vielleicht einen italienischen Pienpach heranführen lassen könnten. Der Neubau ist seit diesem Winter voll in Anspruch genommen und erweitert sich bereits als zu klein. Der Neubau enthält genau so viele Räumlichkeiten und so große Schlaffäle, wie der ältere Bau: je 70 Schlaffäle. Jeder Schlaffaal ist nach den Bauansichten, den Verwaltungsberichten des Magistrats und dem Votum, daß er auf seine hygienische Fürsorge dem 10. medizinischen Kongress sang, auf 60 bis höchstens 70 Bewohner berechnete. Das gesammte Obdach faßt also 2800 Schlaffer, ist mithin bereits jetzt wieder zu klein. Allerdings: wenn jeder Saal mit 80 und mehr belegt, wenn ferner auch die geräumigen Flure belegt werden, dann lassen sich auch 4000 und mehr in das Obdach hineinpacken. Herr Hobrecht, der Ober-Baurath Berlins, leugnet natürlich ganz nach dem Vorbilde seines früheren Chefs das Vorhandensein eines Nothstandes, trotzdem die vorgeführten Zahlen beweisen, daß die Stadt noch nicht einmal der ihr gesetzlich obliegenden Pflicht genügt, ein den Mindestforderungen der Hygiene entsprechendes Unterkommen zu beschaffen — und das nicht zum geringsten infolge der jämmerlich schlechten Verwaltung, der sich insbesondere das Nothort erstreckt, dem Herr Hobrecht angehört. — Herr Hobrecht leugnet den täglich, stündlich sichtbaren so ungeheuren Nothstand — und doch herrscht selbst in dem magistratlichen Ententeich und im Frostreich des rothen Hauses ein erheblicher Nothstand — allerdings nicht, weil es dort mangelt an Geld, an Lebensmitteln, an Wohnungsgelegenheit, sondern weil es dort fehlt an Humanität, an Ansehen, an Verantwortlichkeitsgefühl, an Einsicht und an Aufrichtigkeit.

Zu die Zivilabtheilung. Nachdem kürzlich erst Landgerichtsdirektor Schmidt in die Zivilabtheilung übergegangen ist, wird heute gemeldet, daß der Untersuchungsrichter in den Strafsachen gegen Mac-Adger, Schwennhagen und Abward, Dr. Jung, sich gleichfalls in eine Zivilabtheilung hat versetzen lassen.

Nicht weniger als 54 Züge sind vorgestern infolge des Zusammenstoßes am Schleifens Bahnhofe auf der Strecke liegen geblieben und haben insgesamt 240 Stunden Verspätung erlitten. Der entgleiste Waggon des Borortzuges, dessen Entfernung vom Geleise dadurch sehr erschwert wurde, daß er an Ort und Stelle reparirt werden mußte, statt der abgerissenen Achse eine neue untergelegt erhielt, konnte infolge der mühseligen Arbeit erst um 1/2 Uhr Nachmittags nach der Reparatur-Werkstätte überführt werden. Dann aber entwickelte sich ein reges Leben auf der Strecke der gesammten Stadtbahn; um die angeammelten Züge möglichst schnell fortzuschaffen, wurden immer mehrere Trains an einander gekoppelt, die in gleicher Richtung aus Berlin fuhren. Die Strecke nach Köpenick passirten gegen 2 Uhr wohl 200 Waggons, die auf dieser Station zu Zügen rangirt nach ihren Bestimmungsorten entsandt wurden. — Der Verkehr wurde durch den Eisenbahnunfall empfindlich gehindert, da ein großer Theil der Postsendungen auf der Strecke liegen blieb. Die Frühpost aus Schlesien, Posen und Preußen konnte erst am Nachmittag, diejenige aus der

Rheinprovinz, Hannover u. s. w. gegen Mittag ausgegeben werden. — Der durch den Zugzusammenstoß angerichtete Schaden an Material beträgt nach oberflächlicher Schätzung etwa 8000 M.

Der Berliner Thierschutz-Verein (zur Bekämpfung der Massen-Thierquälereien im Deutschen Reich) hat vor einiger Zeit ein „Wittgesuch an sämtliche Oberkirchenbehörden des Deutschen Reiches, zugleich aber auch an alle frommen, edlen, sittlich ernten Menschen“ gerichtet. Das Gesuch, dessen Wortlaut wir der von dem antisemitischen Reichstags-Abgeordneten Prof. Dr. Paul Förster geleiteten Zeitschrift „Der Thier- und Menschenfreund“ entnehmen, wünscht Befreiung der „verrohenden Gebräuche, die in bezug auf die Behandlung der Thiere, besonders beim Tödteten derselben, im Deutschen Reich noch immer geduldet werden“. Es schildert die sübliche Art des Schlachtens der Thiere, das Fangen der Vögel in Schlingen, der Fische und Kote in Begangeln, die Gewinnung der Froschschenkel von lebenden Froschen. Damit ist jedoch die Liste der Thierquälereien, wenigstens in dem Wittgesuch des „Berliner Thierschutz-Vereins“, erschöpft. Der Leser wird sich verwundert fragen: Wo bleiben die Pferde, die in Distanzritten und Wettrennen von Offizieren zu Schanden geritten werden, wo die Tauben, die dem Sport adliger Schützen geopfert werden, wo das Bild, das in Treibjagden bis zur Erschöpfung gekehrt wird? Seine Verwunderung wird sich jedoch bald legen, wenn er weiter liest und den Worten begegnet: „Unter dem Eindruck dieser in einem gestifteten und christlichen Volle unmöglich scheinenden Grausamkeiten wachsen Millionen Menschen auf. Welche Gefahr in einer Zeit, da die wilden Leidenschaften so mächtig erregt werden! Wo könnte die ausgebreitete Saat des Hasses besseren Boden finden, als in abgestumpften und verrohten Gemüthern?“ Der „Berliner Thierschutz-Verein“, in dem die Antisemiten das große Wort führen, befürchtet von den Quälereien und Grausamkeiten beim Fangen und Tödteten der Thiere eine Verrohung besonders des „niederen“ Volkes und infolge dessen ein besseres Aufgehen der ausgebreiteten „Saat des Hasses“, will sagen: eine weitere und schnellere Ausbreitung der Sozialdemokratie. Da begreift es sich allerdings, daß das Wittgesuch Wettrennen, Taubenschützen und Jagden nicht unter die Massen-Thierquälereien rechnen dürfte. Im Uebrigen bitten wir unsere Leser, zu bedenken, daß das Gesuch ja an alle „frommen“ Menschen gerichtet ist, vor allem aber an die Ober-Kirchenbehörden. In einem solchen Gesuch dürfte nichts gegen die Vergnügungen der Aristokratie und verwandter Kreise gesagt werden, mögen sie, nach dem Urtheil anderer Kreise, noch so thierquälend sein. Die meisten Ober-Kirchenbehörden haben dem Wittgesuch, in welchem, wie gesagt, Wettrennen, Taubenschützen und Treibjagden fehlen, Unterstützung gewährt und haben „wegen der Bedeutung der Thierschutz-Bestrebungen für das religiöse und sittliche Leben“ auch die Gesittlichen ermahnt, diese Bestrebungen zu unterstützen. Wir nehmen an, daß jeder edle, sittlich ernste Mensch, auch wenn er nicht zu den Frommen gehört, den auf den Schutz der Thiere gerichteten Bestrebungen freundlich gegenübersteht. Aber aus diesem Wittgesuch scheint uns sehr wenig sittlicher Ernst zu sprechen, wie überhaupt die Bestrebungen der Kreise, welche sich der Thierschutz-Verein in erster Reihe bemächtigt haben, und von denen dieses Gesuch ausgeht, sehr viel Pharisäerhaftes an sich haben. Sie überliefern jeden Droschkenkutscher, der seinen köstlichen Gaul die Peitsche fällen läßt, dem nächsten Schutzmänn, hüten sich aber, Sportsleute, die ihre Pferde zu Schanden reiten, zu benutzten; sie wachen streng darüber, daß kein Ziehband zu sehr angezogen wird, und thun, als hätten sie nie etwas von abgehenden Jagdhunden gehört; sie kümmern über die Frosche, denen man bei lebendigem Leibe die Schenkel abschneidet, und decken die Wunden des Wildschweins, das man vor der Sauhay seiner Hauer beraubt, mit dem Mantel der Liebe zu. Solche Leute haben wahrhaftig herzlich wenig Grund, sich als die allein „edlen, sittlich ernten“ Menschen aufzuspielen, gegen „Kohheit, Grausamkeit und Blutgier“ zu eifern und auf die Leide von der christlichen Barmherzigkeit hinzuweisen. Sie haben um so weniger Grund dazu, weil gerade diese Kreise es sind, die den Kapitalismus, der das genaue Gegentheil von christlicher Barmherzigkeit ist, am eifrigsten verteidigen. Und die Grausamkeit und Blutgier des Kapitalismus richtet sich nicht gegen Thiere, sondern gegen Menschen, von denen Jahr aus Jahr ein Hunderttausende dem Siechthum und einem frühen Tode überliefert werden.

Das Frömmigkeit und Kuppelrei einander harmonisch ergänzen können, zeigt folgende Annonce aus dem Mittwochsbild der „Vossischen Zeitung“:

Dame von frommen Wesen, im Besitze ihrer feinen Wohnung, wünscht die Bekanntschaft eines älteren Herrn behufs Heirath. Verm. ausgeschl. Udr. unter T. G. 165 in der Exped. dieser Zeitung.

Ein Familiendrama. Auf eine Verlobung zurückzuführen ist der Selbstmord des Kohlenhändlers W. in der Albalberstraße. Seine achtzehn Jahre alte Tochter Gertrud hatte sich Weibmachten gegen den Willen des Vaters verlobt und war nun nicht mehr zu bewegen, ihm in dem ständigen Geschäft hilfreiche Hand zu leisten. Vorgestern Abend kam es deshalb zwischen Vater und Tochter zu ersten Auseinandersetzungen, und die Letztere fand bei Bekannten für die Nacht Unterkommen. Das nahm sich der Vater derart zu Herzen, daß er an demselben Abend gleichfalls die Wohnung verließ und gestern Morgen auf dem Kohlenplatz an einem Baum hängend todt aufgefunden wurde.

Einer Schicksprügel ist, wie der „Vossischen Zeitung“ aus München gemeldet wird, ein Berliner Student zum Opfer gefallen. Der Mann wurde vor einigen Tagen in einem bei Großpöfelohde abgehaltenen Pistolenduell schwer verwundet und ist am Mittwoch an den Folgen der standesgemäßen Bestialität gestorben.

Vielerhundert Mark für vierzig Pfennig. Vor ungefähr einer Woche verkaufte eine Frau L. aus der Alten Jakobstraße an einen heruntergehenden Produktenhändler einen Sack Lumpen. In der Eile hatte sie einen alten Unterrock, worin sie ihre Ersparnisse (400 M.) eingeklebt hatte, dem Händler mitgegeben. Als sie nun dieser Tage wieder etwas Geld in ihre sonderbare Sparbüchse einmahnen wollte, fand sie den Sack nicht mehr vor. Da sie den Namen des Produktenhändlers nicht angeben weiß, so wird sie wohl schwerlich wieder in den Besitz ihres Geldes gelangen. Für den Sack Lumpen hatte sie 40 Pfg. erhalten.

Polizeibericht. Am 16. ds. Mts. Abends wurde ein Arbeiter, als er sich in seiner Wohnung, in der Blumenstraße, von seinem Wirth die Einrichtung eines Revolvers erklären ließ, durch einen Schuß in die Schulter verlegt. — Am 17. d. Mts. Vormittags fiel eine Frau in der Markthalle VIII infolge eines Fehltritts zur Erde und brach den Oberschenkel. — Vor dem Hause Lindenstraße 16 wurde Abends ein tauchstummer Mann durch eine Trolche überfahren und im Gesicht erheblich verlegt. — Im Laufe des Tages fanden fünf kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Cuno. Sitzung vom 13. Januar.

Das Gericht habe immer angenommen, wenn Arbeiter aussetzen sollen, aber Buch und Karte erhalten, daß dies eine verschleierte Entlassung sei. Mit diesen Worten begründete der Vorsitzende die Verurteilung des Maurermeisters Petermann zur Zahlung einer Lohnentschädigung von 34 M. Der Kläger hatte wegen unrechtmäßiger Entlassung (ohne Kündigung und gegenseitigen Brund) geklagt.

Kammer III. Dem Maurer Hannemann, welcher bei dem Maurermeister Greber in Arbeit stand, wurde eines Donnerstags Abends gesagt, er müsse „aussehen“. Als er nach zwei Tagen anfragen kam, sprach der Meister seine Entlassung aus. Hannemann klagte darauf, die Bezahlung der beiden Tage verlangend, die er „ausgesehen“ hatte. Das Urteil lautete auf Abweisung der Klage, unter folgender Begründung: Der Kläger habe keinen Anspruch an den Beklagten. Er hätte wenigstens fragen müssen — was Kläger nicht that — ob ihm die Zeit des Aussehens bezahlt werde. Da die Kündigung ausgeschlossen war, hätte der Kläger sich jeden Tag andere Arbeit suchen können. Empfehlenswerth wäre es allerdings gewesen, wenn der Beklagte, und das treffe auch für viele andere Unternehmer zu, den Kläger klar und deutlich darüber informiert hätte, daß er seinen Lohn bekomme, wenn er aussehe. — Assessor Dr. Freund hat, im Gegensatz zu Assessor Cuno, folgendes in der Begründung eines Urtheils seinerzeit ausgeführt: Das Aussehen der Arbeit sei nicht mit der Aufhebung des Arbeitsverhältnisses identisch. Wenn daher ein Arbeitnehmer auf Verlangen seines Arbeitgebers aussehe, sei ihm die Zeit seines Fortseins zu entschädigen.

Der Zimmerpolier Lindenberg klagt gegen den Restaurateur Weimardhausen; er beansprucht eine vierzehntägige Lohnentschädigung. Die Klage wurde abgewiesen. Gründe: Der Beklagte sei als Gewerbetreibender Restaurateur. Der Kläger habe, als er für ihn thätig war, nicht in einem gewerblichen Betriebe gearbeitet. Beklagter habe in Bergfeld sein Restaurant bauen lassen, wobei er selbst den Bauherrn spielte und wohl Arbeitgeber des Klägers, aber nicht Unternehmer im Sinne eines Gewerbetreibenden gewesen sei. Nach dem allgemeinen Landrecht habe aber jeder Arbeiter, der bei einem Nichtgewerbetreibenden in Arbeit tritt, das Recht, ohne Kündigung aufzuhören; entgegengesetzten Falles sei der Arbeitgeber nicht verpflichtet, zu kündigen.

Kammer III. Sitzung vom 15. Januar. Vorsitzender Assessor Cuno.

In einem Lohnentschädigungs-Prozess des Malers Seidel gegen den Malermeister Rosak gelang es dem Beklagten nicht, seine Behauptung zu beweisen, die Kündigung sei ausgeschlossen gewesen. Als er wies durch die Verhandlung nahm das Gericht aber an, daß Beklagter acht Tage vor der Entlassung des Klägers zu diesem gedauert hat, „wenn die Arbeit zu Ende sei, wäre es alle“ (mit dem Arbeitsverhältnis nämlich). Diese Äußerung sah das Gericht als Kündigung an und verurtheilte den Beklagten in anbetracht der achtstägigen Weiterbeschäftigung des Klägers zur Zahlung einer Lohnentschädigung für die übrige Hälfte der Kündigungsfrist.

Kammer VII. Vorsitzender: Assessor Meiner.

Interessante Entscheidung. Der Droschkentreiber Priebsch klagt gegen den Droschkenbesitzer Meier auf Zahlung einer Lohnentschädigung für 5 Tage, die er infolge seiner sofortigen Entlassung beschäftigungslos gewesen ist. Der Beklagte wendet ein, zur Entlassung ohne Kündigung berechtigt gewesen zu sein. Er habe dem Kläger, der bei der Einstellung in seinen Betrieb Buch und Karte nicht besaß, gleich gesagt, wenn er beides nicht nachbringe, würde er entlassen. Kläger habe nach drei Tagen diese wichtigen Papiere nicht beigebracht, und um sich vor Strafe zu schützen, habe er, Beklagter, denselben entlassen. Durch Vernehmung eines Zeugen wird nicht der Beweis erbracht, daß Beklagter dem Kläger beim Engagement angedroht hat, ihn zu entlassen, insofern Buch und Karte ausblieben. Erwiesen wird, daß Beklagter bei der Entlassung zum Kläger gesagt hat, es ginge nicht an, ihn weiter zu beschäftigen; er, Beklagter, sei schon einmal hereingefallen. Wenn Kläger das verlangte beschaffe, könne er wiederkommen. Herr Meier wurde zur Zahlung der Klagesumme verurtheilt. Begründet wurde das Urteil, das Fehlen von Buch und Karte sei an sich kein gesetzlicher Entlassungsgrund. Nach dem Krankenversicherungsgesetz habe der Arbeitgeber einfach den Arbeiter in der zuständigen Krankenkasse anzumelden, es könne sich dabei höchstens um Ausstellung eines neuen Buches und Zahlung eines neuen Umschreibegeldes handeln. Dann habe der Arbeitgeber allerdings die Pflicht, dem Arbeiter die Karten der Alters- und Invaliditätsversicherung zu liefern und dazu gehöre selbstverständlich die Karte. Ein Paragraph des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes gebe aber dem Arbeitgeber das Recht, für einen Arbeiter eine neue Karte zu beschaffen und die Kosten ihm vom Lohn abzuziehen. Das mache wohl Umstände, Beklagter hätte es jedoch thun müssen. Anders verhielte es sich, wenn der Kläger, wie behauptet worden, nur unter der Bedingung engagiert wäre, daß er bestimmt innerhalb dreier Tage die gewünschten Papiere beigebrächte. Dieses sei durch die Aussage des einzigen Zeugen des Engagements nicht erwiesen worden.

Breslau, 13. Januar. (Ein militärischer Vork.)

Im Herbst des Jahres 1889 wurde der Premierlieutenant Lühbert vom 9. Dragonerregiment Kaiser Alexander III (Westpreussisches Nr. 1) aus Wittsch nach Glogau in eine höhere Adjutantentstelle versetzt. Er beantragte mit der Bewerbstheilung seines Umzuges den damals in Breslau ansässigen Expediteur Mag. Bettführ. Da der Offizier genöthigt war, in Glogau vorübergehend eine unzulängliche Wohnung zu beziehen, wurde die Ueberführung der Sachen in zwei Transporten vereinbart und dafür eine Entschädigung von 1100 M. mit gegenseitiger Ueberstimmung festgesetzt. Nachdem die größere Hälfte bereits nach Glogau expedirt war, versuchte der Expediteur, dafür die Zahlung von 550 M. zu erlangen. Der Lieutenant verweigerte dieselbe, zahlte 300 M. und beantwortete das schriftliche Gesuchen des Expediteurs um gelegentliche Verichtigung der fehlenden 250 M. durch das vorgeschlagene Schreiben vom 20. November 1889, welches weiter unten ausföhrlicher wiedergegeben wird. Der Expediteur, welcher auf sein Recht der Vorauszahlung nicht verzichtet hatte, verlangte diesmal vor der Ablieferung der kleineren Resthälfte volle Bezahlung in Höhe von 600 M. Da sich Lühbert dazu nicht verstehen wollte, machte der Expediteur seine dem Lieutenant drei Tage vorher mitgetheilte Drohung nützlich wahr, indem er auf Grund des dem Expediteur im Handlungsbuche zugestandenen Retentionsrechtes die Herausgabe der Sachen verweigerte. Der Offizier wurde nun gegen ihn klagbar, und Bettführ wurde in zwei Instanzen zur Auslieferung der retinirten Gegenstände loco Glogau gegen sofortigen Empfang von 600 M. verurtheilt. Nun wurde zwar das Transportgeschäft erledigt, aber der Friede zwischen den streitenden Parteien war doch noch nicht endgiltig hergestellt. Der Lieutenant machte eine Reihe von Adjutanturen und Offiziersklassen von dem Streitfalle Mittheilung, um seine Kameraden vor der Geschäftverbindung mit Bettführ zu warnen, und der Expediteur betrat wegen verschiedener ihm zugesagter Beleidigungen u. den Beschwörungsweg, welchen er in alle Instanzen verfolgte. Der Expediteur wurde in allen Instanzen abschlägig beschieden, der Lieutenant aber hatte mehr Erfolg, denn Bettführ verzichtete sehr bald, daß seine militärische Kundschaft sich mit anfallender Schnelligkeit verringerte. Er richtete daher am 11. Dezember 1892, um eine weitere geschäftliche Schädigung zu

verhüten, an etwa 50 Truppenteile folgendes hektographirtes Rundschreiben: „Den mit gewordener gelegentlicher Mittheilungen zufolge hat der damalige Premierlieutenant und Adjutant der 9. Kavalleriebrigade zu Glogau, Herr Lühbert (gegenwärtig Rittmeister im 9. Dragonerregiment zu Regh), durch schriftliche Mittheilungen über das zwischen ihm und mir seiner Zeit entstandene geschäftliche Zerwürfniß durch Vermittelung der Offiziersklasse p. p. mich bei seinen Herren Kameraden geschäftlich geschädigt. Eines Mannes Rede ist bekanntlich keines Mannes Rede, man muß sie hören alle beide. Im Vertrauen, das... Regiment werde diesen bewährten deutschrechtlichen Grundfah ebenfalls anerkennen und dementsprechend auch meine Rechtfertigung geneigt zur Kenntniß der betreffenden Herren Offiziere und Militärbeamten bringen, gestalte ich mir folgende streng sachliche Darstellung zu liefern. Ich hatte das zwei Möbelwagen und drei Waggons füllende, also sehr umfangreiche Lühbert'sche Umzugsgut in zwei Theilen von Wittsch nach Glogau zu befördern und zwar Anfang November 1889 bezw. Mitte März 1890, für eine vorher vereinbarte Gesamtvergütung von 1100 M., einschließlich des Umräumens der zuerst beförderten Häfte aus der interimistischen in die demnächst zu beziehende große Wohnung. Obgleich Herr Lühbert hinsichtlich des ersten Transportes weder Ersatzansprüche erhoben, noch Ausstellungen benannt hat, verweigerte derselbe befremdlicher Weise die Ausfertigung des üblichen Ablieferungsscheines und zahlte statt der fälligen 550 M. nur 300 M. Unter dem 20. November 1889 richtete Herr Lühbert an mich ein Schreiben, in welchem er mich ohne Grund der Stellung eines anderen Möbelwagens, als angeblich verabredet, beschuldigte und wieder wörtlich sagte, er sei nicht der Mann, sich auf der Nase herumtanzen zu lassen; ich hätte viermal so viel genommen, als der Unternehmer eines anderen, von Glogau nach Wittsch versetzten Offiziers, welcher doppelt so viel Sachen gehabt habe! Endlich verriet Herr Lühbert sich zu der unqualifizierbaren Drohung, daß er die vorgelommenen Unregelmäßigkeiten ausposaunen würde, wenn ich mich nicht ganz und gar beruhigte. Einen Ablieferungsschein zu geben, läge keineswegs in seiner Absicht. Da sich Herr L. hierdurch mindestens als ein seinen vermeintlichen Rechtsstandpunkt schroff wahrnehmender Herr zu erkennen gab und ich den hiernach drohenden Prozeß vermeiden wollte, schrieb ich ihm unter dem 17. März 1890 unter Bezug auf sein erwähntes Schreiben folgendes: Ich hätte an diesem Tage den Rest seines Umzugsgutes in Wittsch verladen und ersuchte um baldige Ueberlieferung meiner Restforderung von 800 M. und 5 M. Zinsen für die seit November rückständigen 250 M. oder Zahlung dieses Betrages vor Ablieferung der Restladung an meinen Postmeister, da ich andernfalls von der Ausübung meines mir nach Artikel 882 und 409 H. G. B. zustehenden Pfandrechtes Gebrauch machen müßte. Da Herr Lühbert dessen ungeachtet sowohl am 20. März bei der zuerst versuchten Instellung der Restladung, als auch einige Wochen später im Zahlungsvorgange war, sah ich mich zu meinem Leidwesen genöthigt, ihm die zweite Hälfte seines Umzugsgutes einmal ganz und demnächst theilweise zu pfänden, weil ich mir die seinerseits beabsichtigte Preisermäßigung nicht konnte gefallen lassen. Die zutreffendste Beleuchtung erhält das mir gegenüber beobachtete Verhalten des Herrn L. aber erst durch die unerhörte Thatsache, daß derselbe durch Rechtsanwalt Pohl zu Glogau (der von ihm zuerst befragte Justizrat Dr. jur. Wittmann hat sich mit der Angelegenheit nicht befaßt) unter dem 28. Mai 1890 binnen acht Tagen bei Androhung weiterer Schritte (also der gerichtlichen Klage) folgende enormen Beträge für kleine Beschädigungen von mir verlangt: 1. Beschädigung eines Kronleuchters 1000 M., 2. eines Kerzenlandlesters 100 M., 3. eines Oemvorsehers 50 M., zusammen 1150 M., während die Beseitigung dieser Beschädigungen laut Rechnung des Schwertfegers Richter in Glogau, unter welcher Herr Lühbert seine Zufriedenheit mit der Ausführung schriftlich bekräftigt hat, nur 20 M. und 20 Pf. betragen hat! — Jeder vorurtheilfreie Offizier oder Militärbeamte dürfte meiner Auffassung zustimmen, daß Herr L. jeden Anspruch auf Schonung meinerseits verwirkt hatte und derselbe es selbst verschuldet hat, wenn ich mich genöthigt gesehen habe, diese Vorkommnisse zur Kenntniß seiner Vorgesetzten zu bringen. Selbstverständlich macht der Creditur von dem ihm gesetzlich zustehenden Pfandrechte selbst einem einflußlosen Privatmann gegenüber nur widersprechend Gebrauch. Einem Offizier gegenüber zu diesem Zwangsmittel zu greifen, wird er stets nur im Falle einer wirklichen Zwangslage thun. Da ich mich leider in einer solchen befand, so sollte die mir aufgeobigte Wahrnehmung meiner Rechte mir nicht nachgetragen werden. Wenn ich nun pflichtmäßig versichere, daß ich jedem Offizier gegenüber nach wie vor das entsprechende Entgegenkommen betätigt habe und betätigen werde, wie aus der Neuzeit u. a. der Herr Oberst von Desseld zu Graudenz bestätigt kann, dessen Umzug ich Anfang Juli d. J. von hier zu seiner vollen Zufriedenheit bewirkt habe, so glaube ich mich dem Vertrauen hingeben zu dürfen, daß die Herren Offiziere ihr sehr geschätztes Vertrauen meinem auch hohen Anforderungen genügenden Umzugsgeschäfte wieder wie vorher zuwenden werden, zumal ich äußerst empfehlenswerthe Postmeister, sowie vorzüglich beschaffene und sehr geräumige Möbelwagen besitze. Bei Stadtumzügen bewillige ich den Herren Offizieren und Militärbeamten 10 pCt. Preisermäßigung. Mit der Versicherung u. M. Bettführ.“ — Dieses Schreiben sandte der Rittmeister Lühbert mit einigen die Sache in anderem Lichte darstellenden Randbemerkungen nebst einem Strafantrage an die Staatsanwaltschaft, und infolge dessen wurde gegen Bettführ öffentliche Anklage wegen Beleidigung des Offiziers erhoben. Die Sache lag heute der unter Vorsitz des Landgerichts Gnede tagenden I. Strafkammer zur Entscheidung vor. Als Verteidiger trat Rechtsanwalt Cohn II auf. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Sachverhalt in dem Schreiben des Angeklagten im Wesentlichen richtig dargestellt war. Die überraschende Reparaturforderung des Rittmeisters fand darin ihre Erklärung, daß die genannten, sehr wertvollen antiken Gegenstände nicht beschädigt, sondern daß nur Stücke davon verloren gegangen waren, die sich dann wiedergelunden hatten, so daß nichts als die Kosten der kunstgerechten Zusammenlegung erforderlich wurde. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 M. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung. Der Angeklagte möge — so führte der Vorsitzende publizierend aus — die Sache in einigen Punkten einseitig, vielleicht sogar unrichtig dargestellt haben. Er habe aber ohne allen Zweifel in Wahrnehmung vollberechtigter Interessen gehandelt, und da weder aus der Form des Schreibens, noch aus den Umständen, unter denen es abgesetzt wurde, die Absicht zu beleidigen gefolgert werden könne, so liege gemäß § 193 des St. G. B. eine strafbare Handlung nicht vor.

Versammlungen.

Für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis fand am 15. Januar eine öffentliche Vereinsversammlung statt, in der Genosse Timm über das Thema: „Nothstandsaktionen“ referirte. Redner führte etwa folgendes aus: Die auf dem Boden des Klassenkampfes ruhende Sozialdemokratie sieht den bestehenden Nothstand als eine soziale Krankheit an, entstanden durch die in der kapitalistischen Produktionsweise zum Ausbruch kommenden Krisen. Die bürgerliche Gesellschaft beweist durch alle die Pfahsterturen, die sie uns unter den sogenannten Nothstandsaktionen darbietet, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind. Diese Erscheinungen mahnen das Klassenbewußte Proletariat an seine Kulturmission: Die Besitzergreifung der Produktionsmittel zum Wohle der Gesellschaft. Dem Gefühl der Solidarität entspringend, und keineswegs die Gefahren verlassend, welche die durch Arbeitslosigkeit degenerirten

Massen für die sozialdemokratische Bewegung bedeuten, sind Maßregeln zu verlangen, welche die Lage der Arbeiter unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem zu heben geeignet sind. Folgende Forderungen sind daher zu stellen: 1. Statistische Erhebungen über die Zahl der Arbeitslosen. 2. Direkte, ausreichende Unterstühtungen der Arbeitslosen aus Staatsmitteln. 3. Gesetzliche Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. 4. Befreiung aller, die industriellen Arbeiter schädigenden Gesängnis- und Zuchthausarbeit. 5. Vergebung der Staats- und kommunalen Arbeiten in Regie. 6. Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises unter Kontrolle der Arbeiter. 7. Sicherstellung des Koalitionsrechtes. 8. Befreiung aller den Konsum belastenden Zölle und Verbrauchsabgaben. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat ergriff der Vorsitzende Redner das Wort, um in einer ausführlichen Darlegung der Verhandlungen in der Stadtverordneten-Versammlung über die Nothstandsfrage zu zeigen, wie wenig die Arbeiter von dieser Seite zu erwarten haben. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten

Wahlkreis beschloß am 16. Januar mit der von den Genossen P. Böhm, G. Ledebour und S. Mattutat ausgearbeiteten Vorlage, betreffend die Reorganisation der Berliner Wahlvereine. Dr. Arons hatte das Referat übernommen. Einleitend bemerkte Redner, von beachtenswerther Seite sei gesagt worden, man solle doch Reorganisationspläne wie den Ledebour'schen Parteitagern zur Veröthung überlassen. Das sei grundfalsch, die Wahlvereine haben nicht das Geringste mit der Parteiorganisation zu thun, sie müssen ihre Maßnahmen treffen nach den lokalen Verhältnissen der Kreise. Die Erfolge der Berliner Wahlvereine seien noch lange nicht groß genug, ihre Organisation noch nicht die beste. Bezüglich letzterer stellt Redner einen Vergleich an zwischen der Beseitigung der sozialdemokratischen Wähler in Hamburg an den politischen Organisationen, den Wahlvereinen, und der in Berlin. Dann streift Redner das sich in bestimmten Genossenschaftskreisen geltend machende Streben nach Beseitigung der kleinen Vereine, Landmannschaften und dergleichen, vornehmlich aber der Bildungs- und Debattirkreise. Durch ein Dekret, durch Versammlungs- und Kongreßbeschlüsse lassen sich diese nicht beseitigen, so lange sie auf bestimmten Bedürfnissen beruhen. Im Prinzip ist ja dem Genossen Antrick beizustimmen, daß der Wahlverein auf Kosten dieser Vereine und Vereinen gestärkt werden möge; dazu sei aber Voraussetzung, daß der Wahlverein, was er bisher nicht that, den Bedürfnissen gerecht werde, welcher zur Gründung jener politischen Zirkel und jener Debattirkreise führten. Das könne er bei seiner heutigen Organisation nicht. Wie sehe denn das Vereinsleben im zweiten Wahlkreise jetzt aus? In jedem Viertel des weit verzweigten Kreises fände nur alle acht Wochen eine Versammlung statt; vier Säle würden noch einander benutzt und alle 14 Tage halte der Verein eine Versammlung ab. Bei den weiten Entfernungen sei es öfter sogar den näher interessirten Genossen nicht möglich, jede Versammlung zu besuchen. Infolgedessen fehle es an einem richtigen, innigen Zusammenhang zwischen den Mitgliedsen. Wie lasse sich nun die Thätigkeit des Wahlvereins ergiebiger gestalten? Redner verliest den oben erwähnten Entwurf und bemerkt, daß er auf die darin vorgesehene Eintheilung der Wahlvereine in Bezirke nicht den größten Werth lege. Von Vortheil wäre die Institution der Bezirksvereine, die sich zu einer Arbeit, wie der Flugblattverbreitung, Helfer heranziehen könnten, sodas möglicherweise jedes Haus vertreten sei. Diese Art der Organisation habe in Hamburg der Partei große Dienste geleistet, sei so gut gewesen, daß sich sogar die Polizei bei Gelegenheit der Cholera-Epidemie zweimal an die Sozialdemokraten wegen der Verbreitung gewandt hätte. Das Wesentlichste schien ihm, Referenten, an dem Entwurf die in Aussicht genommenen Viertelversammlungen mit der Art und Weise zu sein, in der sie abgehalten werden sollen. Die Eintheilung des Wahlkreises in ein Friedrichsfeldisches, ein Potsdamer, ein Kreuzberg- und ein Hagenfelde-Viertel ermöglige es jedem Genossen, die Versammlungen seines Viertels regelmäßig zu besuchen, sich an die anderen regelmäßigen Besucher derselben aus dem Viertel näher anzuschließen und ein inniges Band zwischen sich und ihnen herzustellen. Bei Annahme des Entwurfs würde für die Viertelversammlungen die unangenehme Referentenjagd fortfallen. Das einleitende Referat zur Diskussion, auf welche diese Versammlungen den meisten Werth legen sollen, und der Referent würden zu der vorausgegangenen Viertelversammlung bestimmt worden sein; vielleicht auch Referenten, wenn sie sich finden, die Referate brauchen nicht lang zu sein. Mancher Genosse würde sich bereit finden, mit Rücksicht auf den ihm mehr oder minder bekannten Kreis seiner Zuhörer ein kurzes Referat zu übernehmen, was er für eine andere Versammlung ablehnt. Das Resultat wäre eine ganz andere Durchbildung als die, welche durch das Anhören einzelner, noch so bedeutender Redner und angegebener Parteigenossen erzielt werden kann. Die Selbstthätigkeit im Urtheilen würde gehoben und das selbständige Urtheil gestärkt. Der Entwurf bietet einen Schritt dazu, dies zu erreichen, ist das Maßgebende in dem von Böhm, Ledebour und Mattutat gemachten Organisations-Vorschlag. An den Vortrag schloß sich eine lange, zum Schluß etwas hitzige und persönlich werdende Diskussion. Ihre Sympathie mit dem Reorganisations-Entwurf, hauptsächlich bezüglich der Viertel-Versammlungen, sprachen die Genossen Bach, Rosenthal, Sieg, Volderitz und Schneider aus, während ihn die Genossen Kising, Kleinert, Jakob, Werner, Antrick, Lange, Silberstein, Legefer, Auer, Böhm und Knäuper bekämpften. Auer trat dem Entwurf, dessen Einbringung durch die theilhaftigen Genossen er auf die allerbeste Absicht derselben zurückführte, aus formalen Gründen entgegen. Sich auf seine praktischen Erfahrungen aus der sozialistengesellschaftlichen Zeit stützend, war er der Meinung, der Staatsanwalt könnte aus den regelmäßigen Viertel-Versammlungen mit dem im Voraus bestimmten Referaten sehr leicht selbständige Vereine herausdefinieren und preussische deutsche Richter sich dem anschließen. Gegen Bezirksführer, die jedoch seiner Ansicht nach nicht Zusammenkünfte haben dürften, hat er nichts einzuwenden. Genosse G. Ledebour trat in längerer Ausführung den Einwänden der Gegner des Entwurfs entgegen. Um 1/2 Uhr Morgens nahm die Versammlung die Wahl einer Kommission vor, die einer nächsten Versammlung Vorschläge zur Reorganisation des Wahlvereins machen soll. Gewählt wurden die Genossen Dr. Arons, Kising, News, Volderitz, Silberstein, Antrick und Knäuper.

In einer stark beachteten Versammlung des 5. Ber-

liner Wahlkreises sprach der Genosse Wolkendubr über „Die politische und gewerkschaftliche Organisation“. Der Redner bemerkt zu Beginn seines Referates, daß es von vornherein ein vergebliches Streben sei, eine dieser beiden Strömungen auf Kosten der anderen vorzugeben. Die Gewerkschaftsbewegung bezweckt im Wesentlichen, die Waare Arbeitskraft zu möglichst vortheilhaften Bedingungen zu verkaufen. Haben die Arbeiter es hier zumeist mit einzelnen Unternehmern zu thun, so ist die politische Bewegung weitergehender Natur. Der Kampf richtet sich dann gegen die ganze Gesellschaft. In ihrem Endziel verwirklicht die politische Bewegung ein hohes Ideal. Redner behandelt nunmehr eingehend die Geschichte der englischen proletarischen Bewegung und bemerkt, daß die englische Gewerkschaftsbewegung, weil sie vorwiegend an die Hänfte anknüpfte, und ferner, weil England als erster Weltmarkt damals wenig Konkurrenz zu fürchten hatte, ein leichteres Fortkommen haben mußte. Das der Kontinent erst später von der Bewegung erfaßt wurde, ist bekannt.

Das Koalitionsrecht in Deutschland ist beschränkt, zunächst weil Diensthoten, Seelente, ländliche Arbeiter nicht daran

partizipieren, dann auch durch die verschiedenen deutschen Vereins-

Es war unmöglich, daß sich die deutschen Gewerkschaften so schnell entwickeln konnten, wie das lokalisierte Kapital. Handel und Industrie können vermittelst der Börse Angebot und Nachfrage genau kontrollieren, auch die Arbeiterklasse muß sich über die Lage des Arbeitsmarktes genaue Kenntnis verschaffen.

Wegen die Arbeiter um ihre gegenwärtige Position in den Verbänden kämpfen und für Ergründung der politischen Macht thätig sein. (Lebhafter Beifall.)

In der sehr lebhaften Diskussion bemerkte der Genosse Griepentrog, manche Kampfmittel der Gewerkschaften, z. B. die Kontrollmarke schädige die kleinen Händler, indem dieselben ihre bürgerliche Kundenschaft verlieren. Die folgenden Redner, Hübler, Schulz und Müller kritisierten den egoistischen Standpunkt des Vorredners und verteidigten das Vorgehen der Gewerkschaften. Es ist bezeichnend es als eigentümlich, daß ein Anschweller der politischen Bewegung mit dem Niedergang der Gewerkschaften zusammenfällt. Die einzelnen Vereine sollten mehr aus eigener Kraft thun und nicht bei den verschiedensten Anlässen die Arbeiterklasse zur Hilfe heranziehen. Es ist hohe Zeit, daß in Berlin endlich bestimmte Formen geschaffen werden, damit solche Streitereien wie die bei den Schuhmachern unmöglich werden. (Sehr richtig!) Die Genossen Zahn und Drescher plädierten für Unterstützung beider Bewegungen. Jeder tritt wie immer für den rein wirtschaftlichen Kampf ein und meint, daß die Gewerkschaften alle Thematika (?) behandeln, seien die Wahlvereine überflüssig. (Widerspruch.) Genosse Molkenbührer weist dem Vorredner nach, daß in dem sehr gelobten England die Arbeiter noch nicht allgemein den Achtungstag haben. Die Nachtheile des „rein gewerkschaftlichen“ Systems zeigen sich drastisch in Amerika, wo die Bourgeoispolitiker zum Theil die Gewerkschaften sehr stark beeinflussen. Die deutschen Arbeiter haben zunächst energisch dafür einzutreten, daß der anderen Hälfte ihrer Brüder das Koalitionsrecht erst gewährt wird. (Beifall.) Die Versammlung setzte die anderen Punkte von der Tagesordnung ab und nahm zum Schluß folgende Resolution einstimmig an: Die 2c. Versammlung befindet ihr Einverständnis mit dem Referenten und betont, weil gewerkschaftliche und politische Bewegung Hand in Hand arbeiten müssen, nochmals die Pflicht jedes Genossen, die bestehenden Organisationen nach Kräften zu unterstützen.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Filiale I) tagte am 8. d. M. Nachdem der Vorredner, Kollege Sperber, der Versammlung den ausführlichen Kassenbericht gegeben hatte, vollzog man die Wahl des Vorstandes. Es wurden gewählt: Sperber, Rott 2., Wosonitzky 3. Bevollmächtigter. Gerlach und Lindholz zu Revisoren. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Der Verein Deutscher Schuhmacher (Filiale B) tagte am 8. d. M. Der vom Vorstand erstattete Kassenbericht weist ein geringes Defizit auf, was bei der erst vor kurzem erfolgten Gründung der Filiale erklärlich ist. Die hierauf vollzogene Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl sämtlicher Mitglieder der bisherigen Verwaltung. Hierauf folgte eine sehr lebhafte Diskussion über den Schuhmacherstreik. Die Unterstützung der Kollegen bei Harenheim wurde als selbstverständlich betrachtet, und am Schluß zum Abonnement auf das „Schuhmacher-Rachblatt“ aufgefordert. Holzgrefe, Wasserhorst, 45a III nimmt Abonnements entgegen.

Der Fachverein der Uhrmacher und verwandten Berufsangehörigen hielt am 18. Januar seine ordentliche Generalversammlung ab, in derselben sprach Genosse Zahn über „die französischen Arbeiter-Assoziationen und das Recht auf Arbeit“. Der interessante Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Hierauf erstattete der Kassierer Käsch den Kassenbericht für das verfloßene Quartal. Danach beliefen sich die Einnahmen auf 114 M., die Ausgaben auf 69,08 M.; der Kassenbestand betrug am 30. September 1893 150,24 M., am 31. Dezember 1893 106,19 M. Sodann wurde die Neuwahl des Vorsitzenden vorgenommen und Kollege Lüberitz einstimmig mit diesem Amt betraut. Zum Beisitzer wurde Kollege Weigelt gewählt. Das neugewählte Vergütungskomitee wurde aus den Kollegen Lüberitz, Glauer, Schulz, Witt und Schulze gebildet, dieselben haben das am 14. April stattfindende Stiftungsfest zu arrangieren. Unter „Verschiedenem“ forderte Kollege Näbber die Mitglieder zu besserer Agitation in den Kreisen der Berufsangehörigen an. Die nächste Versammlung findet am Sonnabend, den 27. Januar im Vereinslokal, Alte Jakobstr. 83, statt, zu derselben haben auch Nichtmitglieder Zutritt.

Eine von etwa 800 Personen besetzte öffentliche Volks-Versammlung, einberufen von der Frauen-Agitationskommission, tagte am 15. Januar in den Germania-Festhallen. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Kohrlack: „Das Werkzeug als Kulturträger“. Der Redner suchte mit seinen Ausführungen den Nachweis zu führen, daß an Stelle der heutigen Gesellschaftsordnung eine andere und zwar die von der Sozialdemokratie erstrebte Platz greifen muß, in der die „Arbeit“ die erste Stelle einnehmen werde. An den sehr beifällig entgegen genommenen Vortrag schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der die Redner und Rednerinnen an drastischen Beispielen das Elend der arbeitenden Bevölkerung schilderten und zur ungeschwächten Agitation für die Ideen des Sozialismus und zum Beitritt in die politische wie gewerkschaftliche Organisation ermahnten. Mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung gegen 11 Uhr ihren Schluß.

Die Agitationskommission der Bäckereiarbeiter Berlins erstattete in der am 16. d. M. stattgehabten öffentlichen Versammlung die Abrechnung für die letzten beiden halben Jahre. Die Gesamt-Einnahme belief sich auf 771 M. 57 Pf. Die Gesamt-Ausgabe auf 668 M. 80 Pf., der verbleibende Bestand beträgt demnach 71 M. 77 Pf. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von gewählten Revisoren bestätigt. Kollege Most berichtete sodann über die Thätigkeit der Agitations-Kommission, die sich vornehmlich auf die Sonntagsruhe und die Kontrollmarke erstreckte. Letztere gelangte, wie Most sich ausdrückte, auf Drängen der Berliner Arbeiterklasse zur Einführung. Dieser Annahme trat Wansfeld direkt entgegen, gleichzeitig darlegend, daß die Kontrollmarke ihren Zweck gänzlich verfehlt hätte, indem durch sie die bestehenden Mißstände nicht beseitigt seien. Die Ausführungen des Vorredners geben Kretschmar Veranlassung zu einer energischen Richtigstellung. Besonders betonte derselbe, daß die Inhaber von Kontrollmarken den an sie gestellten Bedingungen nachkommen. Die Sonntagsarbeit könne durch die Kontrollmarke nicht abge schafft werden, nur durch Organisation der Bäckerei-Arbeiter. Die verschiedenen Genossenschaften warfen sich gegenseitig ihre Sünden vor, wogegen die Versammlung schließlich protestierte. Beschlossen wurde sodann, die noch vorhandenen Broschüren, betreffend die Mißstände in Bäckereibetrieben an die Verbandsmitglieder, sowie an die übrige Arbeiterklasse zu verteilen. Die Versammlung vollzog hierauf die Neuwahl der Agitationskommission. In dieselbe wurden gewählt Dally, Karl Schmidt, Schulz, Wasser, Pfeiffer, Dietrich und Probst. Zu Revisoren wurden Klammring, Springborn und Adnig auf ein Jahr gewählt. Im Anschlusse hieran erstattete der Kollege Kretschmar als Delegierter zur Gewerkschafts-Kommission Bericht. Die Versammlung beschloß, bei der Gewerkschafts-Kommission zu beantragen, deren Erträgnis zur Hälfte der Gewerkschafts-Kommission, zur Hälfte den Gewerkschaften zu fallen solle. Als Delegierter zur Gewerkschafts-Kommission wurde Prüfer gewählt.

Eine Versammlung der Konfektionschneider tagte am 15. Januar. Der Referent Wiesemann erläuterte in einem ausführlichen Referat den Werth der für die Aufnahme einer Statistik ausgegebenen Fragebogen. Kulick schildert hierauf die in der Herrenkonfektion herrschenden Zustände und meint, wenn man die Händler veranlasse, Betriebsverhältnisse einzurichten oder sie dahin verpflichte, die Arbeit außer dem Hause, direkt an die Schneider ohne Benutzung von Mittelspersonen zu veranzulassen, die Verhältnisse gebessert würden. Die nachfolgenden Redner führten Beschwerde über schlechte und unwürdige Behandlung seitens der Unternehmer. Von anderer Seite werden die Angriffe, die gegen den deutschen Schneiderverband resp. gegen die Leiter desselben gemacht wurden, zurückgewiesen und besonders betont, daß die lokale Bewegung keinesfalls Erfolge zeitigen könne, nur durch Verbindung mit den anderen Berufsgenossen würde man in der Lage sein, etwas zu erreichen.

In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung der Maler, Anstreicher und Berufsgenossen, die am 16. Januar in Gratzweil's Bierhallen stattfand, wurde die Diskussion über den am 12. Dezember v. J. im selben Lokal vom Reichstags-Abgeordneten Herbert Stettin gehaltenen Vortrag über: „Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung“ fortgesetzt. Ebenso wie in der vorigen Versammlung, kam es auch in dieser zu einem interessanten Meinungsaustausch mit einigen „Unabhängigen“ und „Anarchisten“. Zum Unterschied von der vorigen Versammlung wurden diesmal die Debatte sehr sachlich geführt, und beteiligten sich an derselben Reichstags-Abgeordneter Herbert, Maler Kiesel, Pini, Zimmer, Benz, Hübler und Schweizer. Nach Beendigung der sehr ausgedehnten Debatte gelangt gegen 8 Stimmen ein Antrag zur Annahme, der sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt.

Die Schmiede hielten am 17. Januar im Lokale „Bedding-Part“ eine öffentliche Versammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Legien besprach die augenblickliche politische und wirtschaftliche Lage. Die heutigen Zustände, meinte der Redner, seien auf die Dauer durchaus unhaltbar und drängen mit Naturnotwendigkeit zu einer Aenderung. Die Sozialdemokratie habe dies längst erkannt und erstrebe die Umgestaltung auf legalem Wege. Um zu diesem Ziele zu gelangen, ist die Ergründung der politischen Macht, die sich zur Zeit in den Händen der Bourgeoisie befindet, notwendig, und hierzu die gewerkschaftliche und politische Organisation das einzig zweckmäßige Mittel. Die gewerkschaftliche Organisation ist die Schule, welche den Arbeiter zum Klassenbewußtsein erzieht. Es gelte zunächst die Arbeiter aufzuklären und heranzubilden, damit sie die ihrer wartende Aufgabe verstehen und später erfüllen können. Die Pflicht eines jeden aufgestellten Arbeiters ist die Zugehörigkeit zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation. (Lebhafter Beifall.) In der Debatte, die dem Vortrag folgte, sprachen mehrere Kollegen für die Gründung einer eigenen Filiale der „Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen“ im Norden Berlins. Ein dahin gehender Antrag fand Annahme, worauf sofort die Wahl der Verwaltung vorgenommen wurde, die folgendes Resultat ergab: Leitmann und Krachagel, Vorsitzende; Richter, Kassier; Förster, Schriftführer; Nimrich, Wilske und Toppel, Revisoren. Degen forderte die Versammlung auf, Beschwerden über sanitäre Mißstände in Werkstätten und Wohnungen Herrn Dr. Jadel, Annenstr. 46, mitzutheilen. Am 22. Januar findet eine Versammlung in Moabit, Stromstr. 28 bei Lange, statt.

Eine Versammlung der Barbiers, Friseure und Perrüdenmacher tagte in der Nacht zum 18. Januar für den Norden Berlins im Lokale Brunnenstr. 34. Kollege Piere sprach über den Nutzen der Berufsorganisation und den Zweck des Verbandes deutscher Barbiers, Friseure und Perrüdenmacher. Nach kurzer Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtete sich, dem Verband beizutreten. Es wurde hierauf beschlossen, eine Filiale des Verbandes für den Norden zu gründen, und das Bureau der Versammlung erhielt den Auftrag, in acht Tagen die erste Filialversammlung einzuberufen.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein (Filiale Gesundbrunnen) hielt am 13. d. M. in Panlow eine Wanderversammlung ab. Das Referat hatte Frau Emma J. H. übernommen. Ehe aber die Referentin zu Wort kommen konnte, spielte sich eine der bekannten, von der überwachenden Polizei beobachteten Szenen ab: Der Gendarm verlangte, daß der Einberufer (die Wanderversammlung eines Frauenvereins war nämlich von der Behörde nicht gestattet worden, so hatte man zu der Form einer öffentlichen Versammlung greifen müssen) die Versammlung eröffne. Der Einberufer war aber nicht anwesend. Darauf löste der Gendarm die Versammlung auf, weil „Minderjährige und Kinder sich im Saal befinden“. Schon hatte die Versammlung sich in ihr Schicksal gefunden und tröstete sich wohlgenuth durch Abingung eines Liedes, als der Einberufer erschien. Nun fand die aufgelöste Versammlung dennoch statt. Der Vortrag der Frau J. über ihre Frauenerziehung und Frauenrecht wurde mit begeistertem Beifall aufgenommen. Die Vortragende führte aus: 40 pCt. aller Frauen seien selbständig Erwerbende, dennoch bedeuten sie vor dem Gesetz so gut wie nichts. Die Erfüllung ihrer Pflichten sollte ihnen ihre Rechte garantieren, aber dem ist nicht so. Auch im Unterrichtsweesen ist es sehr mangelhaft bestellt. Nicht einmal die Fortbildungsschule bietet man nöthig für sie, denn für die jungen Mädchen ist der Besuch einer solchen nicht obligatorisch. Immerhin etwas mehr bedeute die organisierte Frau. Eine Anzahl imponire doch schon eher, als die Einzelnen. Darum empfiehlt die Vortragende die Organisation und so den unermüdbaren Kampf für ihre Gleichstellung durch das Mittel der Bildung und des Wissens. Eine Resolution, in der Stellung gegen das Benehmen des Beamten genommen wurde, fand einstimmige Annahme. In der Diskussion sprachen die Genossen Hoffmann, Bilz, Kunkel, Freiwald, Fr. Ewenberg und Wess. Bilz meinte, der Umstand, daß die Polizei gerade die Frauen in ihren Organisationsbestrebungen fortwährend hindert, lasse tief blicken. Die organisierte und aufgeliarte Frau scheint der Polizei wohl besonders gefährlich zu sein.

Reinickendorf. Der hiesige Arbeiterbildungs-Verein hielt am 14. d. M. eine Versammlung ab, in der Näbber in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über „die Malthus'sche Theorie“ sprach. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Vom Genossen Gramm wird hierauf bekannt gegeben, daß der Amtsvorsteher Herr Wille das Stiftungsfest verboten hat, da nach einer Verfügung des Landraths Vergnügungen politischer Vereine als Versammlungen angesehen werden, deshalb auch Damen zu einem derartigen keinen Zutritt haben dürfen. Zum Schluß wird auf den vom Verein eingerichteten stenographischen Unterricht aufmerksam gemacht, der alle Dienstag Abends 7 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Widde stattfindet.

Eine Arbeitslosen-Versammlung tagte für Friedenau, Steglitz und Umgebung am 18. Januar im „Kurhaus“ zu Friedenau. Genosse Stabernaed hielt das Referat über das Thema: „Ist die heutige Gesellschaft im Stande, der Arbeitslosigkeit Einhalt zu thun?“ Redner führte der Versammlung vor Augen, in wie hohem Grade in den letzten Jahrzehnten das Kapital sich in den Händen einer sehr kleinen Zahl von Besitzenden konzentriert hat, und zeigte, daß dies unter der herrschenden Ausbeutung eine ganz natürliche Folge der großartigen Entwicklung unserer Produktionsweise ist. Aber nicht genug, daß die Kapitalisten die Vorteile der Entwicklung der Technik allein einheimen, suchen diese Leute noch durch übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit und durch Heranziehung der Frauen und Kinder zu der früher allein von Männern verrichteten Arbeit weiteren Profit zu erhaschen, und der Staat kommt ihrer Profitgier zu Hilfe, indem er durch Schutzzölle die Be-

völkerung zwingt, den paar Kapitalisten hohe Preise für die Waaren zu zahlen. Unter diesen Umständen müsse man, so betonte Redner, die im Vortragsthema aufgeworfene Frage verneinen. Die Arbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren einen erschreckenden Umfang angenommen hat, werde erst aufhören, wenn das Recht auf Arbeit proklamirt und die gegenwärtige Gesellschaft beseitigt ist. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten sich aber die Arbeiter organisiren, da sie einzeln nichts vermöchten. In der Diskussion warf zunächst Genosse Kasper einen Blick auf das furchtbare Elend, das der Kapitalismus erzeugt hat, und geißelte die Herzlosigkeit, mit welcher das Unternehmertum es noch fortwährend vermehrt. Genosse Freizang erwähnte, daß die Gemeindevorwaltung in Schöneberg gegenwärtig zum Aufstellen der Wählerliste — Soldaten beschäftigt, als ob es arbeitslose Zivilpersonen, die diese Arbeit machen könnten, gar nicht gäbe. Mehrere Redner erzählten, wie wenig im vorigen Jahre die Behörden in Steglitz und Schöneberg sich zur Unterstützung der Arbeitslosen bereit gezeigt haben. Die Steglitzer Genossen klagten außerdem darüber, daß ihr Gemeindevorstand zur Errichtung eines Gemeindegerechts nicht zu bewegen sei. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung erklärt, daß es Pflicht der öffentlichen Behörden ist, für die Beschaffung von Arbeit zu sorgen, und erucht die Gemeindevorstellungen von Friedenau und Steglitz derartige Beschlüsse zu fassen, welche dem schreienden Nothstande Abhilfe schaffen.“ Unter Verschickendem forderte Genosse Kasper die Parteigenossen von Steglitz 2c. auf, jetzt zwischen dem 15. und 30. Januar die Wählerlisten einzusehen, damit sie bei der Gemeindevahl ihre Stimme abgeben können. Nach einigen weiteren Mittheilungen schloß die Versammlung.

Algenius Kranen- und Sterbehilfe der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29 Hamburg), Filiale Berlin 6. Sonnabend, den 20. Januar, Abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung bei Reimann, Alte Schönhauserstraße 42. Tagesordnung: Kassenbericht.

Photographen! Freitag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Gratzweil, Kommandantenstraße. Tagesordnung: Die Sonntagstube der Photographen. Referent: J. Hansen.

Allgemeines Kranen- und Sterbehilfe der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29 Hamburg), Filiale Rixdorf. Sonnabend, den 20. Januar, Abends 8 Uhr. Versammlung bei Schaller, Berlinerstraße 117. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Aufstellung von Kandidaten zur General-Versammlung. 3. Verschiedenes.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, Abends von 8-10 1/2 Uhr: Nord-Schule, Müllerstraße 179a: Unterricht in Gesundheitslehre und Buchführung. Di-Schule, Wilmersdorf 31: Unterricht in Geschichte (alte). Sa- u. So-Schule: Reichensbergerstraße 123. Unterricht in Geschichte und Buchführung.

Bei allen Unterrichtsstätten können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Leser- und Bibliotheksverein. Freitag, Karl Marx, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schuler, Mariendorferstr. 2. — Witten, bei G. Werner, Wilmersdorf 62. — Leser- und Bibliotheksclub Otto Reimer, Abends 8 1/2 Uhr, Wilmersdorferstr. 23 bei Rube.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Vorabend 2d. Hermann, Brunnenstraße 120, 3 Tr. Alle Sängervereine im Vereinslokal der 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

Achtung, Holzarbeiter! An die Tischler, Drechsler, Bürstenmacher u. s. w. Kollegen! Wie seit Jahren die verschiedenen Berufsorganisationen statistische Erhebungen über die Lage der Arbeiter in ihren Berufen veranstalten, so ist auch der Deutsche Holzarbeiter-Verein im Begriff, wiederum eine derartige Erhebung vorzunehmen, um damit den Kollegen die Gelegenheit zu geben, ihre Lage begreifen zu lernen und ihr Handeln danach zu richten. Von der hiesigen Geschäftsstelle des Verbandes und deren Kommissionen wurden nun sämtliche obenbezeichneten Holzarbeiter aufgefordert, sich an diesem zum Vortheil aller gereichenden Unternehmen lebhaft zu beteiligen. Wir sehen aber, daß eine große Anzahl Kollegen keine Fragebogen ausgefüllt haben. Womit läßt sich nun diese Gleichgültigkeit rechtfertigen? Es wäre doch geradezu unverantwortlich, wenn sich so Viele gegen das wenden, was eine so klare Erkenntnis ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage ermöglichen würde.

Jeder aufgeklärte Arbeiter weiß, daß es unbedingt notwendig ist, mehr Verständnis für unsere wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse durch Aufnahme von Statistiken zu verbreiten; deshalb fordern wir unsere organisierten Kollegen auf, mit ganzer Energie dahin zu wirken, daß die gleichgültigen Kollegen angeschlossen werden, und ihre traurigen Arbeitsverhältnisse wahrheitsgetreu im Fragebogen wiedergeben.

Fragebogen sind in allen Bezirks- und Vertrauensmänner-Versammlungen, sowie auf dem Arbeitsnachweis, Wallstr. 7/8, zu haben. Kollegen, sorgt für recht baldige Zurücksendung der ausgefüllten Fragebogen.

Die Ortsverwaltung.

Aufruf! An die Mitglieder sämtlicher Orts-Krankenkassen Berlins! Am Sonntag, den 21. d. M., Vormittags 10 Uhr, findet in den Konfordinaleen, Andreasstr. 64, eine Versammlung sämtlicher Mitglieder, sowie der Vorstände und Beamten obiger Kassen statt; Unterzeichneter fordert daher alle diejenigen Arbeiter, die sich für eine Zentralisation sämtlicher Kassen interessieren, auf, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Arbeiter Berlins! Da eine Zentralisation sämtlicher Kassen ein Bedürfnis geworden ist, so erachten wir es an der Zeit, so schnell wie möglich diese Zentralisation in Angriff zu nehmen und appelliere ich hiermit in erster Linie an das Solidaritätsgefühl sämtlicher sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter, um in dieser Sache kräftig zu unterstützen.

A. Meyer, Schlosser.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands macht bekannt, daß alle Geldsendungen von jetzt ab zu richten sind an: A. Demuth, Hamburg, Poolstr. 41 II.

Kirchliche Stellen sind immer die einträglichsten — für diejenigen nämlich, die bei ihrem Posten nicht zu arbeiten brauchen, für Leute, die arbeiten, hat die Kirche kein Geld übrig, auch wenn die geleisteten Arbeiten ihr zu gute kommen. So sucht gegenwärtig der Gemeinde-Kirchenrat zu Schmöditzen bei Dr. Eylau einen Glöckner, Küster, Todtengräber, Balgentreter und — Postboten! Das heißt, sie sucht für alle diese Posten einen Mann, nicht etwa für jeden Posten einen, wie unsere Leser vielleicht glauben möchten.

Der Mann hat alle mit der Stellung eines Glöckners, Küsters, Todtengräbers und Balgentreters verbundenen Funktionen zu besorgen bzw. für deren Besorgung Sorge zu tragen. Außerdem muß er das Amt eines Postboten versehen. Er empfängt dafür das Jahresgehalt von 220 M., von welcher Summe er auch noch einen Balgentreter honorieren muß, falls er bei seinen vielen Nummern dies nicht mehr besorgen kann. — Wie viel Gehalt mag wohl der Herr Pfarrer in Schmöditzen bekommen? Auch 220 M.?

Militärischer Boykott gegen Gastwirthe. Wie von Neumann mitgeteilt wird, soll das dortige Garnisons-Kommando den Militärpersonen den Besuch von mehreren Hotels, Restaurants und Weinhandlungen verboten haben, weil die Inhaber dieser Etablissements bei der Bürgermeistereiwahl gemeinsam mit den Sozialisten für den Bürgermeister N. B. gestimmt haben. Diese Maßregel würde mehr die Offiziere betreffen, da diese meist in den betreffenden Lokalen verkehren.

Welchen zweifelhaften Werth die von der Regierung durch die Polizei gemachten Erhebungen im Allgemeinen haben, ist von keinem Geringeren, als dem badischen Fabrikinspektor Dr. Wörthhoffer konstatiert worden. Derselbe gab in Bezug auf die in Baden veranlassungen Müller-Fragebogen zu, daß 60 pCt. derselben sich als „ungenügend beantwortet“ herausgestellt hätten. Die Unternehmer machen vielfach Angaben, welche die Lage der Arbeiter in rosigem Lichte erscheinen lassen, eine große Anzahl der Arbeiter sind zu ängstlicher Natur, um die volle Wahrheit zu Papier zu bringen und doch sollen diese mangelhaften Erhebungen die Unterlage bilden für Gesetzentwürfe, die bestimmend sein sollen für das Wohl und Wehe der arbeitenden Klasse. Wir können deshalb auch hier nur wiederum unsere Forderung wiederholen, die Arbeiter mündlich über ihre Lage vernehmen zu lassen — freilich solche Vertreter der Ar-

beiterschaft, die diese sich selbst erwählt haben und somit ihr volles Vertrauen genießen.

Ein Lohzettel, der Thränen redet, wird in unserm Frankfurter Parteiorgan veröffentlicht. Es ist der Lohzettel einer 23jährigen Arbeiterin und stammt aus der „Mannheimer Wollfabrik.“ Aus dem Zettel geht hervor, daß das arme Mädchen für 11 Tage Arbeit ganze 4 M. Lohn erhielt. Treffen also auf den Arbeitstag etwa 36 Pfennige Verdienst und auf den Tag zu leben 28 1/2 Pf.

Der gemahregelte Lehrer R. zu Danzig, der wegen Agitation zu gunsten eines liberalen Reichstags-Kandidaten durch die königliche Regierung zu Danzig seines Amtes entsetzt worden war, hat die Entscheidung des Kultusministers nachgesucht. Da der betreffende Lehrer bis zu endgültiger Entscheidung nur das halbe Gehalt bezieht und der größten Noth ausgesetzt ist, wandte sich derselbe an die königliche Regierung mit der Bitte, ihm doch zu gestatten, zwecks Erlangung einer Nebenbeschäftigung einen anderen Wohnplatz wählen zu dürfen. Dieses Gesuch ist durch die königliche Regierung zu Danzig abgelehnt worden. — So sieht die preussisch-deutsche Freiheit aus. Und da wundert man sich über das „leite Umsichgreifen“ der sozialistischen Ideen unter der deutschen Lehrerschaft.

Die Zahl der subhastirten Grundstücke betrug:

	1889	1890	1891	1892	1893
Brandenburg	10	8	12	24	23
Stettin	18	14	19	11	40
Posen	4	9	7	13	17
Promberg	11	8	9	14	9
Danzig	39	38	19	28	31
Königsberg	58	60	63	40	43
Breslau	56	77	105	79	98
Görlitz	6	13	17	32	28
Magdeburg	59	65	137	185	179
Halle	28	42	75	108	98
Hannover	10	15	16	30	39

In den letzten 5 Jahren haben sich also in 8 Städten von 11 die Verhältnisse ganz bedeutend verschlechtert, worunter der Arbeiter am meisten leidet.

Erbanprüche auf bereits beantragte Alters- und Invalidenrenten. In den beteiligten Kreisen scheinen die letzten Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts über die Rechtsbeständigkeit der Erbanprüche auf die seitens der Versicherer noch bei ihren Lebzeiten in Antrag gebrachte Gewährung von Alters- und Invalidenrenten noch wenig bekannt zu sein, worauf die in dieser Hinsicht bisher sehr spärlich bei den Versicherungsanstalten eingehenden Anträge schließen lassen. Da hierdurch ziemlich erhebliche Summen dem allgemeinen Wohlstande entzogen werden, so wollen wir die fraglichen Entscheidungen und das von den Interessenten zur Verfolgung ihrer Ansprüche zu beobachtende Verfahren in Folgendem kurz besprechen:

Zunächst kommt es darauf an, daß der verstorbene Versicherer bereits bei seinen Lebzeiten den Antrag auf Gewährung einer Alters- beziehungsweise Invalidenrente bei der zuständigen Stelle (Amts- beziehungsweise Gemeindevorsteher, Magistrat, Landrath) gestellt hat. Wenn dies geschehen ist und der Antrag durch die von dem Versicherer bezw. seinen Rechtsnachfolgern beigebrachten Unterlagen (Taufschein, Arbeitsbescheinigungen, Quittungskarte u. s. w.) ausreichend gesichert begründet ist, so haben die testamentarischen bezw. gesetzlichen Erben des Antragstellers unzweifelhaft Anspruch auf die den Verstorbenen bis zu seinem Tode zustehende Alters- bezw. Invalidenrente und zwar bei Altersrenten in der Regel vom Tage der Vollendung des 70. Lebensjahres und bei Invalidenrenten vom Tage des Eintritts der Erwerbsunfähigkeit ab. Um nun zu ihrem Erbtheil zu gelangen, haben sich, falls der Verstorbene kein Testament hinterlassen hat, die gesetzlichen Erben nach dem für den Sterbort zuständigen Amtsgericht zu begeben und dort unter Ueberreichung der Sterbeurkunde des Rentenberechtigten, ihrer Taufschein, etwaiger Trauscheine, sowie der Sterbeurkunden der vorher verstorbenen Miterben die Ausfertigung eines Erbes- Legitimationsattestates zu beantragen. Sämtliche zu diesem Attest erforderlichen oben erwähnten Personenausschnitte werden dem Erben auf Grund des § 140 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 kostenfrei ausgestellt. Dieselben haben demnach das ihnen ausgefertigte Erbes- Legitimationsattest nebst einem Antrage auf Auszahlung der dem Rentenberechtigten bis zu seinem Tode zustehenden Rente dem Vorstande derjenigen Versicherungsanstalt einzusenden, in deren Bezirk der Verstorbene zuletzt Lohnarbeiten verrichtet hat.

Falls mehrere Erben vorhanden sind, empfiehlt es sich noch, daß sämtliche Erben einen unter ihnen zur Empfangnahme des Rentenbetrages durch eine Vollmacht ermächtigten, die hinsichtlich der Unterschriften durch eine zur Führung eines öffentlichen Siegelberechtigten Person beglaubigt sein muß. — Hat der Verstorbene ein Testament hinterlassen, so ist statt des Erbes- Legitimationsattestates die Testamentausfertigung der Versicherungsanstalt einzureichen. Wenn dagegen der Rentenberechtigte bei

seinen Lebzeiten an zuständiger Stelle noch keinen Rentenanspruch gestellt hatte, so stehen den Erben keine Ansprüche auf Rentenzahlung zu, da das Recht der Antragstellung ein rein persönliches ist und daher, wenigstens nach landrechtlichen Grundsätzen, nicht vererbt werden kann.

Briefkasten der Redaktion.

J. 500. Sie haften nicht für die Schulden Ihres Mannes. Wird bei Ihnen gepfändet, so müssen Sie schnell eine Interventionistka anstellen.

M. Sch. Wenn es verlangt wird, ja, falls nämlich die Mißhandlung keine sehr starke war.

G. E., Schöneberg. Das entbindet nicht von der Mitationspflicht.

Recht. Wenn nichts anderes vereinbart ist, kann er nur zum Quartalswechsel entlassen werden nach vorausgegangener sechswochentlich Kündigung. § 132a Gew.-O.

St. G. W. Erkundigen Sie sich beim Amtsgericht I ob die Frau die Steuer angetreten hat. Wann ja, können Sie die Frau verklagen, nach Kräften des Nachlasses zu zahlen. Von selbst haftet sie nicht.

M. S. Wenn der Lohn dem Mädchen abgezogen wird, muß es klagen beim Amtsgericht in Charlottenburg. Wenn der Schade ohne ein besonderes Versehen des Mädchens entstanden war, darf ihr der Betrag nicht abgezogen werden.

1000. 1. Innerhalb 6 Monaten nach Erwerb des Spindes müssen Sie Abänderung und wenn dadurch der Mangel nicht zu haben ist, können Sie statt dessen Rücknahme und Rückzahlung fordern. 2. Beleidigungen unter Verwandten und unter vier Augen sind auch strafbar.

G. H. Fragen Sie bei der Lotterieverwaltung selber an.

Edmund Renter. Der Lohn ist wegen der Alimente der ehelichen Kinder pfändbar. Wegen der der unehelichen nur soweit, als sein Gesamtbetrag 1500 M. für das Jahr übersteigt und das Arbeitsverhältnis mindestens auf ein Jahr bestimmt oder bei unbestimmter Dauer die Kündigungsfrist mindestens drei Monate beträgt.

Paul Lehmann. Nein.

S. G. 10. Sie haben keinen Anspruch; denn bei der Verheirathung weiblicher Personen besteht der Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für die Invaliditätsversicherung geleisteten Beiträge erst, wenn dieselben für mindestens 5 Beitragsjahre entrichtet worden sind.

G. Heine. Das Gewünschte können Sie durch ein wechselseitiges Testament erreichen. Erklären Sie und Ihre Frau dasselbe vor dem Testamentsrichter, Neue Friedrichstr. 13, Zimmer 2.

M. R. 1. Nein. 2. Nein.

1005. Ja, die Ladung zum Sühnetermin wird unentgeltlich in der Anmeldestube des Amtsgerichts I Berlin, Neue Friedrichstr. 13, aufgenommen. Wenden Sie sich dorthin unter Vorlegung Ihrer Heirathsurkunde.

F. G. C. 27. 1. Beim Zimmungs-Schiedsgericht, falls ein solches besteht, sonst beim Gewerbegericht. 2. Mündliche Auforderung genügt. 3. Erkundigen Sie sich im Arbeitsnachweis, An der Stadtbahn, Bogen 103/104, oder bei Kollegen.

N. R. 100. Der Mietvertrag mit dem neuen Hauswirth ist gültig, falls er schriftlich geschlossen. Falls er bloß mündlich vereinbart, nur wenn der Miethzins für die Kontraktsdauer 150 M. nicht übersteigt.

11a. 1. Der Ehemann hat kein Verfügungsrecht. Nach der Scheidung kann ihm aber 1/4 des Erbtheils seiner Frau zugesprochen werden.

2. Der Gläubiger muß den Termin beantragen.

Stein-Oberberg. 1. Präventiv bedeutet vordringend. 2. Ja, die Malschheit liegt vor.

Reffelstr. 20. Gütertrennung herrscht in der ganzen Mark Brandenburg.

F. G. 15. Das Testament können Sie vor dem Testamentsrichter, Neue Friedrichstraße 13 Zimmer 2, zu Protokoll erklären.

J. W. 40. Sprechen Sie in der Redaktion 7 1/2-8 1/2 Uhr Abends vor.

J. R. Griebelstr. 22. Fordern Sie die Leute auf, die Sachen abzuholen. Sie haften 30 Jahre lang für die Rückgabe, falls dieselben nicht ohne Ihr großes Versehen abhandeln kommen. Von der Verbindlichkeit können Sie sich befreien, wenn die Sachen auf Grund einer einseitigen Verfügung des Amtsgerichts, die Sie beantragen, einer Gerichtsperson zur Verwahrung übergeben werden.

Königsberg 32. Der Abzug für die Invalidenmarken ist nicht berechtigt, falls für die Zeit vom 24. Dezember bis 2. Januar kein Lohn bezahlt wurde.

Genosse Kahler. Der Hauswirth.

P. R., Weberstraße. Ihr Wächlein läßt nicht ersehen, von wem diese Versicherung ausgeht. Schreiben Sie uns doch näheres oder besuchen Sie uns zwischen 1-2 oder 7-8.

Allgemeiner Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. (Mitgliedschaft Berlin).

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 21. Januar, Vorm. 10 Uhr, in Bühler's Saal (fr. Philipp), Rosenthalerstr. 39.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Vereinsangelegenheiten. (386 S) Der Vorstand.

„Zum Prophet“
1. Etage. Am Dönhoffplatz. 1. Etage.
Ecke Leipziger- und Kommandantenstrasse.

Winter-Paletots von 8 M. an	Hosen in Burlington von 4 M. an
Bauch-Paletots „ 12 „	Neuveauté-Hosen „ 6 „
Pelerinen-Mäntel „ 10 „	Haus- u. Jagdhoppen „ 6 „
Sohlenell. Mäntel „ 21 „	Interims-Joppen „ 8 „
Hochfeine Paletots in Frise, Montag-nac, Duffel „ 15 „	Schlafrocke in Double re. „ 7 „
Kaifer-Mäntel „ 10 „	Schlafrocke in Belour „ 10 „
Chenille-Anzüge „ 10 „	Westen, hochfein „ 11 1/2 „
Compl. f. Anzüge „ 15 „	Anaben-Anzüge „ 2 1/2 „
Gehrock-Anzüge, hf. „ 26 „	Burschen-Anzüge „ 5 „
	Jünglings-Anzüge „ 7 „

Anaben-Paletots mit und ohne Pelerine, sowie Anaben-Hohenzollern-Mäntel zu äußerst billigen Preisen.

Frack-Verleih-Institut.
Vorsand nur gegen Nachnahme.
Sonntags geöffnet bis 2 Uhr.

Warnung. 55112
Ich Endesunterzeichneter warne hiere mit Jedermann, meinem Sohne Hermann Hinkeldeh zu borgen, in dem ich nicht mehr dafür auskomme.
Friedrichsberg, den 17. Januar 1894.
Johann Hinkeldeh.

Otto Naether,
Uhrmacher,

Anklamerstr. 44, an der Brunnenstr.
Reparaturen an Uhren jeder Art
solid und preiswerth. (54172)

Gesucht wird von uns:
Jahrgang 1890
der
„Neue Zeit“
(Monatshefte) in Heften.
Offerten mit Preisangabe sind an die Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin SW., Beuthstr. 2, zu richten. 443-8

Große helle Tischlerwerkstätten
sind sofort spottbillig zu vermieten
1267b Eibingerstr. 12.

Apfelsinenverkäufer
finden größte Auswahl bester Frucht, ausgezählt und listenweise billigt im Keller Friedrichsbergstr. 15. (12206)

Homöopath. Institut, Schönholzerstr. 17. 8-9, 4-5.
Sonntags 9-10. 11376

Verband der Sattler und Tapezierer.

Versammlung

am Sonnabend, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Wienecke, Alte Jakobstraße 83.

Tagesordnung:
1. Die Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Zunftverhältnisse und Kartellverträge. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.
NB. Die Mitglieder werden gebeten, die resignirenden Beiträge pro 1893 in dieser Versammlung zu begleichen. 294/4

Adhv. d. Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mitglieder-Versammlung

am Montag, den 22. Januar, Abends 8 Uhr, in Deigmüller's Lokal, Alte Jakobstr. 48a.

Tages-Ordnung: 474/7
1. Vortrag des Herrn F. Hansen über: Materialismus und Ethik. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Weihnachtsvergügen. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen werden auf § 6 des Statuts aufmerksam gemacht. Ferner werden diejenigen, welche noch nicht mit den Weihnachtsfest-Geldern abgerechnet haben, aufgefordert, dies bis Sonntag Nachmittag 5 Uhr bei Rohr zu regeln, eventuell werden die Namen bei der Abrechnung in der Versammlung bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Sonnabend, den 10. Februar 1894, im Elysium, Landsberger Allee 40-41:

Großer Maskenball.

Musik von der „Freien Vereinigung der Berufsmusiker“.
Anfang 8 Uhr. Billets à 50 Pf. Demaskirung 12 Uhr.
Billets sind zu haben für den Süden beim Kollegen E. Koch; Bschstr. 12, S. 2 Tr.; Südosten bei Rohr, Restaurant, Baumstr. 78, Osten bei W. Scholz, Am Ostbahnhof 7, 3 Tr. vorn und bei F. Wille, Restaurant, Andreasstr. 28.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.